Montag, 12. Mai 1986 · D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 108 - 20.W. - Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11. Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 560,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,30 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL.

Heute in der WELT

Ein Dokument der Verschwendung

Auf Kosten von Mietern und Steuerzahlern lebten sie in Saus und Braus – die ehemaligen Manager der Neuen Heimat. Die WELT dokumentiert aus dem unveröffentlichten Bericht des Untersuchungsausschusses in Hamburg. Seite 6

Warum die Staatsanwälte einstellen

Entlastung für den Kanzler: Die Staatsanwaltschaft in Bonn will das Ermittlungsverfahren gegen Kohl einstellen. Günther Bading beleuchtet die Hintergründe und fragt, warum es gegen SPD-Chef Brandt kein Verfahren geben soll. Seite 4

125 Jahre DIHT

Vor 125 *Jahren wurde der Deutsche Industrie-* und Handelstag (DIHT) gegründet. Hans Jürgen Mahnke beschreibt die Entstehungsgeschichte, seine Leistungen für die deutsche Wirtschaft und seine Aufgaben im heutigen Europa. Seite 3

POLITIK

Tschernobyl: Drei Mitarbeiter der Kerntechnischen Hilfsdienste (KHG) sind gestern von Frankfurt nach Moskau geflogen, um dort sowjetische Techniker im Umgang mit fernlenkbaren Manipulator-Fahrzeugen zu unterweisen. Mit den ferngesteuerten Geräten, die bereits am Samstag in die UdSSR gebracht worden waren, soll *erstmals seit dem Unfall* vom 26. April das Innere des Reaktors von Tschernobyl erkundet werden. (S. 5)

Trümmerfrauen: Nach Plänen in der Union sollen Rentnerinnen, die beim Gesetz über die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung leer ausgegangen sind, von 1987 an doch noch bestimmte Zahlungen erhalten. Diese würden nach Kinderzahl gestaffelt. (S. 8)

Wackersdorf: Auf das Rathaus *von Bodenwöhr in der Nähe der* Baustelle der Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe ist gestern morgen ein Brandanschlag verübt worden. Die Täter hatten drei Molotow-Cocktails durch die Fenster in das Rathaus geworfen.

Bangladesch: Nach den offiziellen Auszählungen liegt die Partei *von General Ershad bei den Parla*mentswahlen in Führung. In 21 Wahlbezirken hatte die Militärregierung wegen Behinderung der Stimmabgabe für gestern Neuwahlen angesetzt. Die Opposition beschuldigte die Militärs des Wahlbetrugs.

Philippinen: Armee-Chef Ramos hat einen Ausschuß eingesetzt, der wegen des Verdachts der Korruption in den Streitkräften ermitteln soll. Das Militär müßte bei der Herstellung demokratischer Verhältnisse mit gutem Beispiel vorangehen. Unterdessen bauen Anhänger des gestürzten Präsidenten Marcos nach Angaben eines hohen Vertreters einer Provinzregierung im Norden des Inselreichs eine Widerstandsarmee auf.

Nordirland: *In der protestanti*schen Unionisten-Front gegen das anglo-irische Abkommen zeigen sich Risse. *Beleg dafür ist der Be*schluß des Stadtrats von Belfast, die politische Arbeit wieder aufzunehmen und die Verweigerungshaltung aufzugeben. (S. 5)

WIRTSCHAFT

Überstundenabbau: Nordrhein-Westfalen plant im Bundesrat eine *Gesetzesinitiative,* mit der Überstunden zugunsten neuer Arbeitsplätze abgebaut werden sollen, dabei aber den Betrieben „für kurzzeitigen und unvorhersehbaren Arbeitsanfall die nötige Flexibilität" belassen wird. (S. 9)

Wohnungsmarkt: Bundesbauminister Schneider wies die Forderung des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer nach totaler Liberalisierung des Wohnungsmarktes zurück. Die Regierung müsse versuchen, abrupte, wirtschaftlich oder sozial einseitige Korrekturen zu vermeiden. (S. 9)

Frankreich: Premierminister Chirac hat für den Haushaltsplan 1987 Einsparungen von insgesamt 40 Milliarden Franc (etwa 13 Mrd. DM) verlangt. Das wären etwa vier Prozent der diesjährigen Staatsausgaben. Eine derartige *Kürzung hat es in Frankreich bis*her noch nie gegeben. (S. 9 u. 10)

KULTUR

Ausstellung: In Venedig wurde jetzt im Palazzo Grassi die umfassendste Ausstellung über den Futurismus, über seine direkte Ausstrahlung in alle Welt und seinen *indirekten* Einfluß auf fast alle zeitgenössischen Kunstformen mit dem Titel „Futurismus und Futurismen" eröffnet. (S. 15)

Theater: *Lessings „Miß Sara Sampson"* gilt in der Literaturgeschichte als das erste bürgerliche Trauerspiel. Dem Bonner Publikum wurde das Stück jetzt aber als Lustspiel präsentiert. Der neue „Hausregisseur" David Mouchtar-Samorai brachte das gleichsam *mühelos fertig.* (S. 15)

SPORT

Handball: Das Tor von Manfred Freisler (Foto) zwei Minuten vor Spielschluß reichte nicht: Mit einem Treffer in letzter Sekunde gewann der FC Barcelona den Europapokal der Pokalsieger trotz einer *19:21-Niederlage. Im Hinspiel* aber hatten die Spanier in eigener Halle 20:18 gewonnen, auswärts also ein Tor mehr erzielt.



Tennis: Der Hamburger Ricki Osterthun unterlag im Finale der Bayerischen Meisterschaften in München dem Spanier Emilio Sanchez deutlich mit 1:6, 4:6. (S. 14)

Fußball: Brasiliens Idol Pelé hat sich angeboten, der Nationalmannschaft bei der Weltmeisterschaft zu helfen. Der 46 Jahre alte Pelé, *der mit* Brasilien dreimal den Titel gewann und vor sieben Jahren offiziell zurücktrat, will wieder spielen. (S. 12)

AUS ALLER WELT

Metro: In den Bahnhöfen der Pariser Untergrundbahn häufen sich wegen eines Streiks des Reinigungspersonals Schmutz und Abfall. Ausgelöst wurde der Ausstand durch angeblich rassistische Äußerungen eines Vorgesetzten der für die Säuberung zuständigen Firma gegenüber einem der zahlreichen ausländischen Mitarbeiter. (S. 16)

Sicherheitsgebühr: Vom 7. Juli an müssen Flug- und Schiffpassagiere bei der Einreise in die Vereinigten Staaten eine Art Sicherheitsgebühr von fünf Dollar zahlen. Mit dieser Gebühr sollen die Kosten zusätzlicher Sicherheitsvorkehrungen gegen Terroranschläge, zum Beispiel gründlicheres Überprüfen des Gepäcks, gedeckt werden.

Dregger beschwört die Bauern: Boykott wäre Selbstbestrafung

Besorgnisse vor der Niedersachsenwahl / Union berät über Hilfen für Landwirte

DW. Bonn

In der Schlußphase des niedersächsischen Landtagswahlkampfes hat die CDU damit begonnen, ihr derzeit kritisches Wählerpotential unter den Landwirten vor den Folgen einer Veränderung der politischen Machtverhältnisse zu warnen. Wenige Stunden vor dem „Zehnergipfel" der Unionsparteien in Bonn, bei dem auch über die Forderung nach wirksamen Hilfen für die bäuerlichen Betriebe beraten werden soll, wandte sich der CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dregger in einem Interview der WELT mit beschwörenden Worten an die Landwirte: „Wir werden die Bauern nicht im Stich lassen. Das gilt allerdings nur, wenn die Bauern auch uns nicht im Stich lassen."

Dregger vertrat die Auffassung, „derartige finanzielle Aufwendungen für die Landwirtschaft", wie sie die Union durchsetze, seien von keiner anderen Partei zu erwarten. „Wir haben während der Konsolidierung des Staatshaushaltes nur einen Teiletat ausgenommen, den wir extrem ausgeweitet haben: der Agraretat. Ich kann den Bauern daher nur dringend abraten, den dummen Parolen zu folgen; die Union durch Wahlenthaltung zu bestrafen. Die Bauern würden damit nur sich selbst bestrafen. Denn sie würden ihre einzigen Freunde in die Opposition schicken und die Parteien an die Macht bringen, von denen sie nichts zu erwarten haben. Das gilt für die Roten genauso wie für die Grünen."

Der CDU/CSU-Fraktionschef markierte die Richtung, in die Hilfsmaßnahmen gehen sollen. „Wir werden einer Freigabe der Preise nicht *zustimmen, denn das würde den Tod* vieler bäuerlicher Existenzen und die Verödung ganzer Landschaften bedeuten. Wir werden auch nicht auf die Stützung des Preissystems verzichten und stattdessen auf Direkthilfe der einzelnen Betriebe setzen. Die deutschen Bauern würden auf diese Weise zu Sozialhilfeempfängern, und das Spiel um den Kampf der Regionen der Betriebsgrößen, der guten und der schlechten Böden und der Parteien entschiede über die Einkommenslage." Die sicherlich schwierige und zunächst sehr kostspielige Lösung heiße „Mengenbegrenzung".

Ein Marktentlastungsprogramm könnte kurzfristig helfen, aber nur, wenn es auf europäischer Ebene verwirklicht würde. „Würden wir Deutschen es allein machen, würde der Nutzen nur bei den anderen liegen."

Dregger bekundete Sympathie für den Vorschlag der hessischen Landjugend, ein „Brachejahr" in gewissen Abständen einzuführen. „Dieser Vorschlag hat den Vorzug, daß er landwirtschaftliche Flächen nicht auf Dauer stillegt und damit der betrieblichen Entwicklung nicht entzieht. Er hat *ferner den Vorzug, daß er eine* wirksame Hilfe wäre für die Probleme der Überdüngung." Die Union werde diesen schwierigen und kostspieligen Weg gehen, weil es offenbar keine andere Möglichkeit gebe, um die klein- und mittelbäuerliche Struktur zu erhalten. „Das aber ist unser Ziel", betonte Dregger.

In dem Interview der WELT (Seite *4) äußert sich der CDU/CSU-Frakti*onschef auch zu deutschen Forderungen an die Sowjetunion nach der Katastrophe von Tschernobyl und zur Energiepolitik der SPD.

DER KOMMENTAR

Nicht haltbar

ENNO v. LOEWENSTERN

Wenn die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Bundeskanzler Helmut Kohl in Bonn diese Woche bekanntgegeben wird, so wird das niemanden überraschen – außer allenfalls diejenigen, die darauf spekulierten, politische Einflüsse könnten die Einstellung wenigstens bis nach den niedersächsischen Wahlen verzögern. Allerdings ist zu diesem Zeitpunkt die Lage so, daß, wie man hört, die Bonner Staatsanwaltschaft ihre Einstellungs-Absicht dem Generalstaatsanwalt Schmitz in Köln zugeleitet hat. Man kann nur hoffen, daß diesem politischen Beamten der Düsseldorfer SPD-Regierung nicht noch etwas einfällt, was nach Sach- und Rechtslage nicht zu erwarten wäre.

Daß gegen den Bundeskanzler nichts vorlag, war auf den ersten Blick klar gewesen. Kohl hatte dem Bonner Flick-Auschuß über Spendeneingänge berichtet. Ob ein umstrittener Betrag überhaupt an die CDU gegangen ist, war nicht zu klären; ohnedies aber war es absurd, dem Bundeskanzler zu unterstellen, er habe gegebenenfalls diesen Betrag bewußt verschwiegen. Denn Kohl hatte nicht aus eigenem Wissen, sondern an Hand von Unterlagen des CDU-Schatzmeisters ausgesagt.

Nicht viel anders liegt die Sache im Koblenzer Verfahren, aus dem zwar immer wieder über ein gewisses Hamburger Wochenblatt vorverurteilende Hinweise lanciert werden; nur eben: näherer Nachprüfung halten diese Hinweise nicht stand. So ist zu hoffen, daß auch dort die Dinge bald zu Ende gebracht werden.

Und dann wird man sehen, wie der politische Beamte Schmitz das Verfahren Brandt meistert. Denn es mag ja sein, daß Brandt sich an sein Gespräch mit Halstenberg nicht erinnerte, aber danach müßte man ihn zumindest fragen. Und dafür ist die Einleitung eines Verfahrens unumgänglich. Am Ende mag eine Untersuchung über das Thema „Justiz und Politik heute" stehen. Wie Halstenberg so treffend sagte: „Alles nicht so angenehm, aber ..."

Apel rechnet mit Farthmann ab

SPD-Wirtschaftskongreß: Schiller für Angebotspolitik / Rappe warnt vor Wahltaktik

PETER PHILIPPS/DW. Hamburg

Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller hat auf dem wirtschaftspolitischen Kongreß der *SPD in Hamburg seine Partei aufge*fordert, sich bei ihren ökonomischen Perspektiven stärker als bisher an eine Angebots-Politik zu orientieren. Zwei Jahrzehnte nach seinen Erfolgen mit dem Keynesianischen Nachfrage-Instrumentarium sagte der Professor: Die „alte antizyklische Politik" habe „*ihren Ansatz verloren*". Auch für die SPD müsse eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik in Verbindung mit Keynesianischen Elementen die probate Perspektive sein. Schiller erleichterte seinen Genossen den Schwenk mit dem Hinweis: „Umweltpolitik ist auch Sache *einer Angebots-Politik.*"

Der finanzpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Hans Apel, nahm während der Podiumsdiskussion, die den Kongreß abrundete, diesen Ball auf: „Unser Programm Arbeit und Umwelt ist eine Mixtur, ist auch Angebots-Politik." Apel ging vor allem scharf mit dem im Saal zuhörenden Friedhelm Farthmann ins Gericht. Nachdem der nordrhein-westfälische SPD-Fraktionschef in den vergangenen Wochen die Erhöhung der Staatsquote zum Ziel erklärt hatte, sagte Apel: „Wir dürfen *diese Idiotendebatte nicht weiterfüh*ren, sich die Erhöhung der Staatsquote als Ziel zu setzen." Denn die Höhe der Staatsquote sei kein Selbstzweck, habe sich ausschließlich an Erfordernissen auszurichten.

SEITE 2
Vergnügen größer

In seinen Schlußbemerkungen griff später der niedersächsische Spitzenkandidat Gerhard Schröder noch einmal die Energiedebatte auf, die den ersten Tag des Kongresses weitgehend bestimmt hatte: Er warnte, ganz in Übereinstimmung mit Kanzlerkandidat Rau, die SPD davor, unter dem Eindruck von Tschernobyl nun die „energiepolitische Linie ruckartig" zu verändern. Aber er kündigte Bundesratsinitiativen seiner Partei an, durch Änderung des Atomgesetzes die Inbetriebnahme von Wackersdorf und Kalkar zu verhindern. Außerdem forderte er, alle Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland „sofort einer unnachsichtigen Sicherheitsüberprüfung" zu unterwerfen und „notfalls Anlagen sofort stillzulegen, bei denen die geringsten Zweifel möglich sind".

Nach Ansicht des Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Chemie, des SPD-Bundestagsabgeordneten Hermann Rappe, ist ein Ausstieg aus der Kernenergie auch nach dem sowjetischen Reaktorunfall nicht diskutabel. In einem Interview in der Samstagausgabe der Hannoverschen „Neuen *Presse" sagte Rappe: „Eine auf lange* Sicht angelegte Energiepolitik ist zu wichtig, als daß sie wahltaktischen Gesichtspunkten geopfert wird". In der SPD hielten es einige „heute aus wahltaktischen Gründen für opportun, jetzt den Ausstieg aus der Kernenergie zu propagieren".

Die Sowjets gestehen Fehler ein

Falin: Nicht ausreichend informiert / Süssmuth kritisiert Ärzte wegen Abtreibungs-Ratschlag

DW. Bonn

Bundesgesundheitsministerin Rita Süssmuth hat heftige Kritik an Ärzten geübt, die nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl werdenden Müttern zum Schwangerschaftsabbruch geraten haben. Ein solches Verhalten sei „weder mit der ärztlichen Ethik vereinbar, noch unter irgendeinem Gesichtspunkt zu rechtfertigen". Sie habe Hinweise, daß einige Ärzte solche Ratschläge gegeben hätten. Frau Süssmuth berief sich auf den Präsidenten der Bundesärztekammer Vilmar, der Sorgen vor eventuellen Spätschäden für das ungeborene Leben als „in keinem Falle gerechtfertigt" genannt hatte.

Der hessische Sozialminister Clauss hat am Wochenende Grenzwerte für Jod-131 und Caesium-137 im Rindfleisch festgelegt und davor gewarnt, Fleisch von Schafen oder Reh- und Damwild zu essen. Frau Süssmuth wies die hessische Forde*rung nach einer Grenzwert-Festle*gung von von Fleisch als „nicht zu rechtfertigende Verunsicherung der Bürger" zurück. Regierungssprecher Ost warf in einem Interview mit der „Bild-Zeitung" dem Land Hessen vor, „in geradezu unverantwortlicher Weise" *für Verwirrung gesorgt zu ha*ben.

Die Bundesregierung wird den von Brüssel für den EG-Binnenhandel vorgeschlagenen Grenzwerten von 1000 Becquerel pro Kilogramm Blattgemüse und 500 Becquerel je Liter Milch nicht zustimmen, weil der Wert für Blattgemüse zu hoch sei. Die EG erließ ein Einfuhrverbot für alle frischen Lebensmittel aus allen Ostblockstaaten mit Ausnahme der „DDR". Der Importstopp, der bis zum 31. Mai befristet ist, gilt für Frischfleisch, Rinder, Schweine, Molkereiprodukte, Obst und Gemüse sowie Geflügel und Süßwasserfische.

Der sowjetische Ministerrat räumte am Wochenende ein, daß der Brand im Kernkraftwerk von Tschernobyl noch immer nicht vollkommen unter Kontrolle ist. Dagegen hatte der Direktor der Internationalen Atomenergiebehörde, Hans Blix, erklärt, der Brand sei erloschen. Inzwischen teilte der Leiter der sowjetischen Nachrichtenagentur Nowosti und frühere Sowjetbotschafter in Bonn, Valentin Falin, mit, daß das Unglück ein viertes Todesopfer gefordert habe. Er gestand ein, daß die Katastrophe die Sowjetunion unvorbereitet getroffen habe und die Moskauer Zentrale nicht ausreichend und schnell genug über die Lage in Tschernobyl informiert worden sei.

In der CDU/CSU hat der Vorwurf des Bundesvorsitzenden der Jungen Union (JU), Christoph Böhr, Bundesinnenminister Zimmermann habe sich seiner „Aufgabe nicht gewachsen" gezeigt, scharfe Reaktionen ausgelöst. Der CSU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der bayerischen JU, Alfred Sauter, wies Böhrs Äußerungen als „völlig sachfremd, unangebracht und unverschämt" zurück. Böhr hatte Kohl geraten, nach der Wahl 1987 einen neuen Umweltminister zu ernennen.

Paris will künftig besser informieren

DW. Paris

Die französische Regierung will nach der heftigen Kritik an ihrer Informationspolitik im Zusammenhang mit dem sowjetischen Reaktor-Unfall künftig die Bevölkerung besser unterrichten. Das sicherte Umweltminister Alain Carignon am Wochenende zu.

In einem Fernsehinterview räumte der Minister Mängel der bisherigen offiziellen Informationen über die Auswirkungen der Katastrophe von Tschernobyl ein und kündigte eine besondere Informationsstelle an.

Kohl-Verfahren vor Einstellung

DW. Bonn

Die Ermittlungen der Bonner Staatsanwaltschaft gegen Bundeskanzler Kohl werden nach Informationen des „Spiegel" in der nächsten Woche eingestellt. Für eine Anklageerhebung reichten die Beweise nicht aus. Das Verfahren geht auf eine Anzeige des ehemaligen Abgeordneten der Grünen, Schily, zurück, der Kohl Falschaussage vor dem Flick-Untersuchungsausschuß vorgeworfen hatte. Das Verfahren bei der Koblenzer Staatsanwaltschaft werde dagegen weitergeführt.

Madrid will keinen Bruch mit Libyen

DW. Madrid

Spanien hat nicht die Absicht, die diplomatischen Beziehungen zu Li*byen abzubrechen. Mit dieser Erklä*rung nahm ein Regierungssprecher Stellung zu den angespannten Beziehungen beider Länder. Am Wochenende waren in Spanien zehn mutmaßliche Mitglieder eines internationalen Terroristenrings festgenommen worden, die Gelder von „libyschen Funk*tionären", angeblich Mitgliedern des* libyschen Volksbüros in Madrid, erhalten haben sollen.

London weist Syrer aus

DW. London

Die britische Regierung hat am Samstag drei Diplomaten der syri*schen Botschaft in London aufgefor*dert, das Land innerhalb von sieben Tagen zu verlassen.

Der Schritt resultiert aus Vorwürfen, die Syrer seien in den versuchten Anschlag auf ein israelisches Flugzeug auf dem Flughafen London-Heathrow am 17. April verwickelt. Im *Gegenzug hat Syrien gestern* drei britische Diplomten ausgewiesen.

Seite 8: Schlag gegen Terror

Atomkraftwerk für Libyen

DW. Bonn

Die Sowjetunion denkt nach den Worten ihres Botschafters in Tripolis daran, Libyen beim Bau eines Atomkraftwerks zu helfen. Botschafter Oleg Peresypkin sagte in einem Interview des libyschen Fernsehens, dem *libyschen Volk könnte damit gehol*fen werden, sparsam mit seinen Ölvorkommen umzugehen. Die UdSSR entwickle die Atomkraft weiter. Mit Zwischenfällen müsse man dabei rechnen, das Unglück von Tschernobyl sei nicht „außergewöhnlich".

Wieder US-Rakete explodiert

DW. Bonn

Die Panne mit einer „Nike-Orion"-Rakete, die kurz nach dem Start zerstört werden mußte, bedeutet für die US-Weltraumbehörde Nasa einen weiteren Rückschlag. Angesichts des Unfalls, der mit zweiwöchiger Verzö*gerung erst am Freitag bekannt wur*de, meinte ein Nasa-Sprecher, es sehe so aus, „als ob wir von einer Schlange gebissen worden wären".

Die Traglast, ein Gerät für Forschungen in der Atmosphäre, segelte an einem Fallschirm zur Erde.

Wechsel auf Botschafterposten

Ke-Bonn

Im Auswärtigen Amt steht ein größeres Revirement auf wichtigen Auslandsposten bevor. Botschafter *Franz-Jochen* Schoeller *soll* voraussichtlich im Herbst Paris verlassen und als Botschafter nach Madrid gehen.

Als Nachfolger in der Seine-Metropole wird der Name des Staatssekretärs Andreas Meyer-Landrut genannt. An dessen Stelle könnte Gerold von Braunmühl treten, bis 1982 Genschers Büroleiter und heute Leiter der Unterabteilung Osteuropa im Auswärtigen Amt.

Im Oktober dieses Jahres wird der deutsche Botschafter in Rom, Lothar Lahn, 65 Jahre alt. Ihm soll Guido Brunner, zur Zeit Botschafter in Spanien, im Amte folgen.

Die größte deutsche Auslandsbotschaft, Washington, wird erst im Oktober 1987 frei: Dann wird Botschafter Günther van Well 65 Jahre alt.

SED-Kritiker durfte ausreisen

DW. Köln

Der Wirtschaftsexperte Professor Hermann von Berg, ein früherer Berater des „DDR"-Ministerpräsidenten Willi Stoph, ist gestern in die Bundesrepublik Deutschland übergesiedelt. In Köln sagte Berg, daß er sich auf seine Freunde von der SPD freue. Ohne diese hätte er „die Anstrengungen der letzten Jahre nicht ausgehalten". Seit 1978 war er mehrmals der „Propagierung sozialdemokratischer Ideen" und „landesverräterischer Beziehungen zur SPD" beschuldigt worden. Im Januar wurde er von seinem Posten an der Humboldt-Universität abgelöst. Berg sagte, er habe ein weiteres Buch über die Entwicklung des Systems in der „DDR" geschrieben. Von der SED sei versucht worden, durch Einschüchterungen das Erscheinen des Buches Ende dieses Jahres zu verhindern. Nach *einem* kurzen Aufenthalt in Köln werde er ins Aufnahmelager Gießen fahren.

Seite 2: Murx

Kohl mahnt Reagan: SALT-2 einhalten

DW. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in einem gestern bekanntgewordenen Brief den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan zur Einhaltung der im SALT-2-Vertrag festgelegten Rüstungsobergrenzen aufgefordert. *Kohl erklärte in dem der „Bild"-Zei*tung im Wortlaut vorliegenden Brief, den nie ratifizierten SALT-2-Vertrag nicht länger zu respektieren, hieße der UdSSR ein „ungehemmteres *Wachstum ihrer strategischen Poten*tiale" zu ermöglichen. Der Brief ist datiert vom 25. April, wurde also vor dem Treffen Kohls mit Reagan beim Gipfel von Tokio geschrieben.

Bundesaußenminister Genscher hat bestätigt, daß die USA der Bundesrepublik Deutschland in der Frage der Stationierung von chemischen Waffen ein Vetorecht eingeräumt haben. *Genscher erklärte am Samstag,* dies sei am Rande des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio zwischen Kohl und Reagan erreicht worden.

Bei den hessischen Grünen fällt das Wort „Neuwahl"

„Umstiegskonzept" auf eine atomfreie Energiepolitik

DW. Frankfurt

Die hessischen Grünen werden Ministerpräsident Holger Börner möglicherweise schon in dieser Woche mit einem „Umstiegskonzept auf eine atomfreie Energiepolitik" konfrontieren. Umweltminister Joschka Fischer *bestätigte am Wochenende,* daß in seinem Ressort ein Strategieplan erarbeitet werde. Im Fernsehen kündigte er eine Initiative der Grünen zur Stillegung des Atomreaktors Biblis *an der* Bergstraße an. Die Reaktorteile A und B könnten innerhalb eines halben Jahres stillgelegt werden, wenn der politische Wille dazu da sei. In der rot-grünen Koalition „knirscht es *zumindest von unserer Seite* erheblich", fügte Fischer hinzu.

Börner hatte in der vergangenen Woche versichert, eine Abschaltung des Kernkraftwerks Biblis komme nicht in Betracht. Die Grünen reiben sich allerdings weniger an Börner als an Finanzminister Hans Krollmann, der von seinem Abgeordnetensitz im Landtag aus Überlegungen zum Bau eines Hochtemperaturreaktors im nordhessischen Borken angestellt hatte.

Sollte Krollmanns Vorstellungen Mehrheitsmeinung in der SPD werden, so sieht der Koalitionspartner „*die politische Schmerzschwelle* erreicht", wie in Fischers Ministerium formuliert wurde. Fischer selber lehnte es ab, über einen Bruch der Koalition zu spekulieren. Sein Pressesprecher Georg Dick ging dagegen weiter. Für den Fall, daß die Festlegung konkreter Schritte in Richtung eines Ausstiegs aus der Kernenergienutzung nicht möglich sein sollte, *deutete* er die Forderung nach Neuwahlen an.

Die Möglichkeit eines ernsten Konflikts in der rot-grünen Koalition wird allerdings auch in Wiesbadener Oppositionskreisen *skeptisch* beurteilt. Krollmanns Forderung wird als Teil eines „Spiels mit verteilten Rollen" in der SPD gewertet. Der Finanzminister solle offensichtlich „konservative" *Kräfte in der hessischen SPD,* die dem Zusammenspiel mit den Grünen noch immer mißtrauisch gegenüberstehen, beruhigen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Auf ganzer Linie versagt

Von Uwe Bahnsen

Drei Jahre lang ist der Neue Heimat-Untersuchungsausschuß der Hamburger Bürgerschaft durch den Sumpf gewatet. *Das Ergebnis, auf 1200* Druckseiten festgehalten, ist von einer solchen Eindeutigkeit, daß sich sogar vor einem erbitterten Wahlkampf der Hansestadt alle Bürgerschafts-Parteien (SPD, CDU und GAL) auf einen Abschlußbericht einigten. Dieses Faktum und der weitere Tatbestand, daß es bei dem Untersuchungsgegenstand nicht etwa um irgendeine NH-Regionalgesellschaft, sondern um die in Hamburg ansässige Konzernzentrale ging, markieren den Kontext, in dem die Ermittlungsergebnisse zu sehen sind.

Beweisbar ans Tageslicht gebracht worden ist trotz beachtlicher „Erinnerungslücken" vieler Zeugen, was die Eingeweihten schon immer wußten, aber aus unterschiedlichen Gründen nicht laut sagen mochten, bis der Ausschuß sie vorlud: Auf der Grundlage jenes „Beziehungsgeflechts", das noch subtilere Einwirkungen ermöglicht als der herkömmliche Genossenfilz, konnten die NH-Manager praktisch machen, was sie wollten.

Und was sie wollten, war immer klar: Macht für den Konzern und damit für sich, und gern auch Kasse auf eigene Rechnung. Sie hatten den direkten Zugang zu den einflußreichen Senatsmitgliedern. Die zur Rechtsaufsicht nach dem Wohnungsgemeinnützigkeits-Gesetz verpflichtete Baubehörde der Hansestadt sah, wenn sie denn schon die Machenschaften dieser Genossen ins Visier nahm, schnell wieder weg. Und das zuständige Prüfungsorgan, der Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen, war alles andere als ein Prüfungsorgan, *sondern Geschäftspartner* der Neuen Heimat. Behörde und Verband haben „auf der ganzen Linie versagt" – so das Resümee des Ausschußvorsitzenden Ulrich Hartmann (SPD). Und was geschah mit Beamten, die sich erdreisteten, den NH-Bossen auf die Finger zu sehen (noch nicht einmal zu klopfen)? Ihnen wurde, so Hartmann, „das Kreuz gebrochen".

So kam es zu vielfachen Rechtsverstößen, Manipulationen und persönlichen Bereicherungen, die der Bericht auflistet. Die Staatsanwaltschaft will ihn unter die Lupe nehmen; es geht um möglichen Subventionsbetrug. Hoffentlich entwickelt sie dabei dieselbe Emsigkeit, mit der sie in Sachen Parteispenden zu Werke geht.

Murx

Von Dieter Dose

Hermann von Berg (53) kam nicht zum ersten Mal in die Bundesrepublik. Der Unterschied zu seinen früheren Reisen in offizieller Mission für die „DDR"-Regierung: Er kam diesmal für immer. Legal ausgereist und mit kleinem Gepäck. Den Wehrpaß abgegeben und dafür die Entlassungsbescheinigung aus der „DDR-Staatsbürgerschaft" erhalten – ein Traum Hunderttausender „DDR"-Bewohner.

Im August 1985 trat von Berg nach 35 Jahren aus der SED aus und beantragte die Ausreise. Prominente Polit-Touristen der SPD, allen voran Egon Bahr, betätigten sich bei ihren Besuchen in Ost-Berlin als Fürsprecher seines Ausreisebegehrens. 1978 wechselte Honecker-Berater Wolfgang Seiffert die Seiten, mit von Berg kehrte ein ehemaliger Vertrauter des Ministerpräsidenten Willi Stoph den Rücken.

„*Marx ist Murks*", sagte von Berg bei der Ankunft in Köln und faßte so die Gründe seiner Abkehr vom Regime in eine Kurzformel. Gebrochen mit der SED hat der Träger des „Vaterländischen Verdienstordens in Silber" schon vor Jahren. Wegen „landesverräterischer Beziehungen zur SPD und zur Bundesregierung" (Originalton von Berg) sei er 1978 drei Monate lang vom Staatssicherheitsdienst inhaftiert gewesen. Nach der Rehabilitierung wurde er kaltgestellt – „fachlich und gesellschaftlich isoliert" nennt er es.

Die Beurlaubung als Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Ostberliner Humboldt-Universität erfolgte unmittelbar nach der Einreichung des Ausreiseantrages. Leicht gefallen ist es der „DDR"-Führung offensichtlich nicht, ihn ziehen zu lassen. Doch selbst das Angebot eines Dauervisums für Reisen in die Bundesrepublik konnte ihn nicht bewegen, auf die Herausgabe seines neuen Buches „Marxismus-Leninismus – das Elend der halbdeutschen-halbrussischen Ideologie" zu verzichten. Der Autor folgte nun dem Manuskript, denn das befindet sich schon im Westen. Vielleicht auch ein Grund, den *unbequem gewordenen Mann, der sich „auf seine Freunde von* der SPD freut", reisen zu lassen.

Non olet

Von Joachim Neander

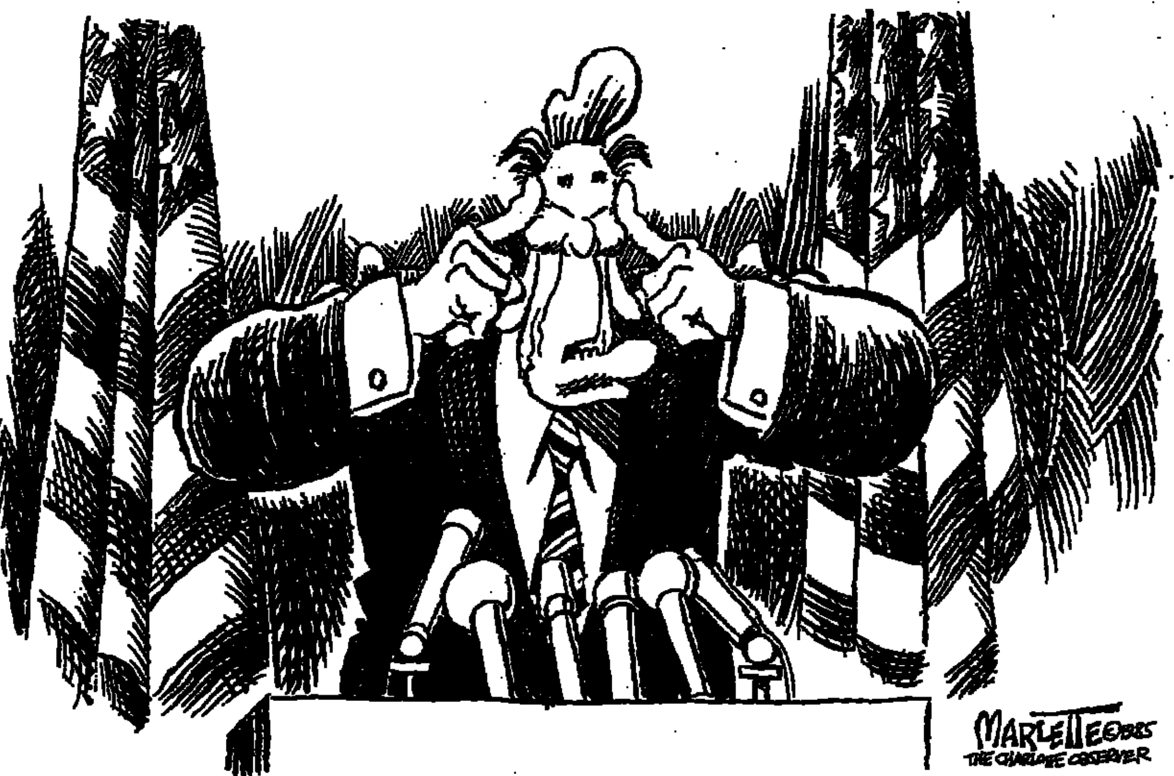
Ländliche Hochzeiten, weiß die Polizei aus trauriger Erfahrung, verlaufen gelegentlich anders als geplant, nur weil da einer ein falsches Gesprächsthema aufgebracht hat. Vielleicht gilt das auch für politische Veranstaltungen.

Geplant war (und ist) Mitte Juni ein durchaus friedliches Symposium in der Mainzer Universität zum Thema „Giftgasfreie Zone in Europa". Die Referenten – Egon Bahr (SPD) und Hermann Axen (SED) – gewährleisten neudeutsche Parteienvielfalt. Auch der Kreis der Veranstalter, SPD, DGB und zwei Friedensinitiativen, scheint allzu heftigen Grundsatzstreit eigentlich auszuschließen. Der vorsorglich „eingeladene Vertreter der USA" (niemand weiß, wer) wird mit ziemlicher Sicherheit nicht erscheinen. Und da bekanntlich Bonn sich ohnehin mit Washington darüber geeinigt hat, daß die „alten" C-Waffen abgezogen und die modernen binären C-Waffen bis zum Krisenfall in den USA gelagert werden, müßten SPD und SED sich schnell darüber einigen können, daß jetzt erst einmal die Pfalz giftgasfrei werden muß.

Aber nun ist da dieses andere Zeug, vom Ostwind hergeweht. Es stinkt zwar nicht wie Kampfgas. Aber dafür ist es meßbar. Und den Leuten einzureden, daß Tschernobyl in der Westpfalz liegt, hieße Übermenschliches verlangen.

Da aber auf der anderen Seite jedes Abkommen über eine giftgasfreie Zone in Europa bei allen Beteiligten vorbehaltlose Offenheit und die Bereitschaft zu gegenseitiger Information und Kontrolle voraussetzt, diese Bereitschaft aber zur Zeit gerade auf östlicher Seite tiefen und bohrenden Zweifeln ausgesetzt ist (Zweifeln, deren Halbwertzeit sicherlich höher liegt als bei Jod 131), wird das Mainzer Symposium also logischerweise anders verlaufen. Die Vertreter der SPD werden sicherlich ihre östlichen Gesprächs- und Sicherheitspartner (auch aus der Sowjetunion kommen welche), in die Zange nehmen und von ihnen bindende und beweiskräftige Angaben über Giftgaslager in der „DDR", der CSSR oder Polen verlangen, damit die Pfalz in dieser Hinsicht wenigstens Chancengleichheit erlangt.

Werden sie? Man wird sehen.



„Protektionismus? Ich sehe das so!" MARLETTE/THE CHARLOTTE OBSERVER

Schule wieder Ort der Bildung

Von Hans Maier

Bildung, Bildungsvermittlung, Bildungspolitik stehen heute *unter anderen Bedingungen als in* den fünfziger, sechziger und noch den siebziger Jahren. Der Wandel macht sich in vielen Ländern bemerkbar, zeichnet sich jedoch in der Bundesrepublik Deutschland mit besonderer Schärfe ab.

Vieles der Bildungsreform war notwendig, alles an ihr schien einleuchtend – zumindest am Anfang. Dennoch war das Ergebnis so vieler Mühen nicht allgemeine Zufriedenheit, sondern oft auch Enttäuschung. *Wie kam es, daß eine mit* so großen Hoffnungen und zunächst von allen politischen Kräften einvernehmlich unternommene Bildungsexpansion in offensichtlich krisenhafte Zustände hineingeführt hat?

Drei Gründe dürfen genannt werden. Einmal wurden die Rahmenbedingungen von Bildungsreform und Bildungsexpansion unzureichend beachtet. Sodann hat man die allgemeine Bildung zu Lasten der beruflichen Bildung überproportional ausgeweitet. Endlich begann man die klassische Bedarfsfrage umzukehren: Nicht Bedürfnisse sollten das Bildungssystem bestimmen, sondern Bildung sollte umgekehrt Bedürfnisse wekken, sich ihren eigenen Bedarf schaffen. Die Bildungsreform, ursprünglich von außen angestoßen, vornehmlich aus amerikanischen Erfahrungen, wurde so zum Selbstzweck und geriet in Konflikt mit ihren ursprünglichen Zielen.

Georg Picht sah richtig, daß es bei uns im Jahr 1964 weniger Abiturienten gab als in zahlreichen westlichen Ländern. Er übersah aber, daß bei uns fast alle Abiturienten zum Studium drängten – *ganz anders als in der Sowjetunion* oder in den USA. Das hieß aber: Wenn man in Deutschland die Zahl der Abiturienten vermehrte, so hatte dies erhebliche Konsequenzen für den Hochschulbereich. Da die Hochschulplätze nicht im Tempo der Abiturientenprogression wachsen konnten, war bei einer unabgestimmten Vermehrung der Hochschulberechtigungen der Numerus clausus programmiert.

Die Bildungsreform brachte nicht nur Erweiterungen (vorwiegend in Realschulen, Gymnasien, Hochschulen), sie führte auch zu Entwicklungsstillstand und Schrumpfung an anderer Stelle (vorwiegend in Hauptschulen und im beruflichen Bildungswesen).

Der Hauptschule wurden viele qualifizierte Schüler entzogen. Die In*vestitionsströme liefen in die Rich*tung der Schulen mit den stärksten Übertrittsquoten. Auf dem dezimierten Sockel einer (Rest-)Hauptschule konnte auf die Dauer kein qualifiziertes berufliches Bildungswesen gedeihen. Die Gegensteuerung kam um Jahre zu spät. Das Ergebnis war eine mit Fremdsprachen angereicherte, aber von Schülern entblößte Hauptschule, neben der die Sonderschulen zunahmen, ein in seinem Eigenwert *eingeschränktes Gymnasium,* Hochschulen, deren Studiengänge eine Abschließung gegenüber Beruf und Leben zeigten, und eine berufliche Bildung, die ihr Theoriedefizit beklagte, statt sich ihrer Praxisnähe zu rühmen.

Heute wird der Öffentlichkeit bewußt, daß die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen der Bildungsexpansion sich verändert haben. Weder können wir mit Zuwachsraten des Sozialprodukts wie in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren rechnen, noch dürfte sich die überproportionale Steigerung der Bildungsausgaben fortsetzen. Diese stoßen in allen Industriestaaten an schwer überwindbare Obergrenzen. Für die Bundesrepublik fällt eine weitere Rahmenbedingung weg: die Annahme einer stetig wachsenden Schulbevölkerung, die den Prognosen und Planungen

GAST-KOMMENTAR



Hans Maier ist bayerischer Kultusminister FOTO: JUPP DARCHINGER

der sechziger Jahre zugrundelag. Auf die größte Bildungsexpansion *unserer Geschichte ist der größte* Geburtenrückgang unseres Jahrhunderts gefolgt; und beides paßt nicht zusammen.

So hat sich unter dem Druck neuer Tatsachen die bildungspolitische Problemlage völlig umgedreht. Suchten früher Eltern und Kinder nach mehr Lehrern, mehr Räumen, besserer Ausstattung, so suchen heute die Lehrer (und die Erzieherberufe allgemein) nach Kindern und Schülern. Neugebaute Kindergärten und Schulgebäude drohen sich zu leeren; das eben überwundene Stadt-Land-Gefälle akzentuiert sich neu.

Die neue Problemfront (zuviel Kapazitäten bei zu wenig Nachfrage) schiebt sich von Jahr zu Jahr stärker in die alte, aus der Zeit der geburtenstarken Jahrgänge und der Bildungsexpansion stammende Problemfront (zuviel Nachfrage bei zu wenig Kapazitäten) hinein. Der wechselseitige Konkurrenzdruck hat die Gymnasien erreicht, die sich bereits bei örtlicher Kumulation die Schüler abzujagen beginnen, während die Realschulen vom Schwächerwerden der Aufstiegserwartungen profitieren und daher leidlich über die Runden kommen. Bei gymnasialer Oberstufe und Hochschulen ist die alte Problemfront noch ausgeprägt; dies zeigt vor allem der Numerus clausus. Aber auch hier wird der Prozeß der Umstellung sich abkürzen, falls sich der seit Jahren erkennbare Trend befestigt, daß nicht mehr alle (oder fast alle) Abiturienten von ihrem Recht auf Studium Gebrauch machen.

Den geschilderten Vorgängen entspricht psychologisch eine ver*änderte Einschätzung von Schule* und Bildung. Sie dringt heute wiederum, wie in den frühen sechziger Jahren, von Amerika her in die europäischen Länder vor. Da ist, nach Jahren der Schulüberschätzung, eine Tendenz zu heftiger Schulkritik. Da ist eine stärkere Achtsamkeit auf die Umweltbedingungen der Bildung, die das blinde Vertrauen in bloß organisatorische Maßnahmen der Bildungsreform allmählich ablöst. Da ist endlich, wie erwähnt, die Neuentdeckung der Schule als Ort der Bildung und Erziehung – jenseits der in den sechziger und siebziger Jahren in den Vordergrund gerückten sozialpolitischen, gesellschaftsreformerischen Nebenabsichten.

IM GESPRÄCH A. Gomez Hurtado

Die kolumbianischen Goten

Von Günter Friedländer

In *einigen Ländern* Südamerikas nennt man die Anhänger der konservativen Parteien respektlos „die Mumien", in anderen spöttisch „die Goten", ein spanischer Ausdruck für die reiche Oberklasse. Sie gaben einst den Ton auf dem Subkontinent an, in den letzten fünfzig Jahren aber schwand ihre Macht. Alvaro Gomez Hurtado (67) ist in Kolumbien der Prototyp des „Goten". Seit Ostern führt er einen fast aussichtslosen Kampf um die Landesführung, den viele mit *einer Anspielung auf den* strengen Katholizismus der Konservativen „Alvaros Passion" nennen.



Kandidat der Präsidentenwahlen am 25. Mai: Alvaro Gomez Hurtado FOTO DPA

Alvaro, wie man ihn kurz nennt (verheiratet, drei Kinder), ist der Sohn des früheren Präsidenten Laureano Gomez und gehört zur Elite der „Goten". Er studierte in Belgien, Frankreich und Kolumbien und spricht außer Spanisch auch Deutsch, Englisch, Französisch und Italienisch. Seine Doktorarbeit schrieb er mit 22 Jahren über den „Einfluß des Stoizismus auf das Zivilrecht". Er war Studentenführer und ging dann in die Politik. Er wurde Abgeordneter und Senator, Gesandter und Botschafter in der Schweiz und in den USA. Wenn die Zeit es ihm erlaubte, schrieb Bücher über Kunst, Wirtschaft und Politik.

Als der Diktator Rojas Pinilla 1953 Laureano Gomez stürzen half, begleitete Alvaro seinen Vater ins Exil. Von Francos Spanien aus nahmen Vater und Sohn am Aufbau der Nationalen Front teil, einer großen konservativ-liberalen Koalition, die 1957 zum erneuten Machtwechsel führte. 1974 verlor Alvaro seinen ersten Wahlkampf um die Landesführung, 1982–84 war er „Designado", eine Art Vizepräsident des Landes. Der Weg zur Nachfolge Betancurs schien noch Anfang März sicher; die gleiche Kombination, die 1984 Belisario Betancur an die Macht brachte, sollte nun Alvaro den Sieg bringen: den „Goten" als Führer einer Politik der „Beteiligung der ganzen Nation" vorzustellen, während die Mehrheitspartei der Liberalen sich zusehends aufsplitterte.

Parlamentswahlen brachten Ende März die Überraschung: Betancurs Mißerfolge – Contadoras Scheitern in *Mittelamerika und das Mißlingen des* Plans, alle Gruppen der kolumbianischen Guerrilla zur Einstellung des Kampfes zu bringen, der heute heftiger tobt als vor vier Jahren – führten unerwartet viele Liberale in die Mutterpartei zurück. Auch prominente konservative Führer *halten den liberalen Sieg am 25. Mai für sicher.*

Alvaro aber gibt nicht auf. Es steht mehr der Stolz des „Goten" auf dem Spiel. Jeder künftige liberale Präsident ist auf die Mitarbeit der Konservativen angewiesen. Alvaro muß zeigen, daß der ebenfalls konservative Betancur zwar die konservativen Wahlchancen zerstört hat, aber nicht die Konservative Partei. Alvaro wird kaum Präsident werden, bleibt aber einer der einflußreichsten Männer des Landes, mit dem jede Regierung rechnen muß. Ein Journalist fragte den alternden Alvaro: „Ist es diesmal für Sie jetzt oder nie?" Alvaro gab zurück: „Nein, es ist jetzt und immer."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Le Parisien libéré

Die französische Zeitung wundert sich über die Geheimhaltung in ihrem Land:

Während aus dem Ausland jede Menge Informationen kommen über die Giftwolke, hört man in Frankreich selbst so gut wie nichts. Man erfährt keine einzige Ziffer der zahllosen Messungen, die jeden Tag auf dem französischen Territorium vorgenommen werden. Solche Informationen werden in unserem Land als hochgeheim eingestuft unter dem Vorwand, daß sie unsere nationale Verteidigung betreffen: die Atomkraft. Die Öffentlichkeit hat aber Recht auf Auskunft.

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt kritisiert das deutsch-deutsche Kulturabkommen:

Leidenschaftlich, doch leider vergeblich hat Günther Grass darauf gedrängt, daß der Präambel die Verpflichtung beider Staaten eingeschrieben werde, dem (von Herder geprägten) Begriff der Kulturnation lebendigen Inhalt zu geben. Nichts davon, und das ist fatal, denn diese Lücke bleibt nicht einmal offen. Das Abkommen selbst schüttet sie zu und macht sie zur gemeinsamen unausgesprochenen Lüge.

NÜRNBERGER Nachrichten

Sie fügen der Dauerspekulation, ob Honecker kommt, ein Indiz hinzu:

In der Sache ist es nicht neu, was SED-Chef Erich Honecker für die „Prawda" zu Papier gebracht hat. Entscheidend ist, daß der Staats- und Partei-Chef der DDR nun im Zentralorgan der großen sowjetischen Bruderpartei massiv die Bonner Politik attackiert und die Bundesrepublik für die in seinen Augen „destruktive Politik der USA" voll haftbar macht. Für die Regenten am Rhein muß dies ein überdeutlicher Hinweis sein: Mit der Visite Honeckers in der Bundesrepublik, die schon zweimal perfekt schien und dann doch wieder scheiterte, wird es auch diesmal vorerst wohl nichts werden.

ИЗВЕСТИЯ

Die sowjetische Regierungszeitung macht den Westen für die Folgen des Reaktorunfalls verantwortlich:

In Tschernobyl wird die Säuberung des Territoriums im 4. Block des Atomkraftwerks durchgeführt. In Washington und einigen anderen NATO-Hauptstädten aber wird die Verschmutzung der internationalen Atmosphäre verstärkt. Die radioaktive Situation im Bereich des Unfalls stabilisiert sich mit einer Tendenz zur Besserung – aber die politische Situation in den „Machtkorridoren des Westens" wird von der Tendenz zur Destabilisierung des internationalen Klimas bestimmt – sowie durch den Versuch, die Radioaktivität der Panik und Verleumdung zu erhöhen. Es fällt nicht schwer, den Schluß zu ziehen: Die imperialistischen Kreise versuchen, die technische Havarie in einen internationalen Konflikt zu verwandeln. Der Lärm, der um die Ereignisse in Tschernobyl gemacht wird, kompromittiert nicht die friedliebende Politik Moskaus. Er entlarvt das aggressive Wesen der Politik Washingtons.

Vergnügen an absoluten Forderungen ist größer als an Rau

Der wirtschaftspolitische Kongreß der SPD / Von Peter Philipps

D*ie Zielvorgabe war klar und* vom SPD-Vorsitzenden Willy Brandt seit Monaten landauf, landab verkündet worden: Da den Sozialdemokraten ausweislich der Meinungsumfragen für eine erneute Regierungsübernahme in Bonn in den Augen der Bürger vor allem eine ausreichende wirtschaftspolitische Kompetenz fehlt, sollte in Hamburg ein Signal gesetzt werden. Zwei Tage lang sollten die Genossen das Gegenteil demonstrieren und wie ein Phoenix aus der Asche alter Keynesianischer Steuerungsideen aufsteigen. Mit Karl Schiller hatte sich hierfür das denkbar beste Zugpferd verpflichten lassen.

*Doch der Versuch blieb in An*sätzen stecken. Die Parteiführung demonstrierte, wie wenig ernst sie das Hamburger Unternehmen tatsächlich nahm: Willy Brandt kam gar nicht erst, Stellvertreter Hans-Jochen Vogel harrte nur einen Tag lang aus, und auch Kanzlerkandi*dat Johannes Rau ward am zweiten* Tag nicht mehr gesehen. Er versäumte dadurch muntere Diskussionen mit Parteifremden, wie dem Vorsitzenden des CDU-Wirtschaftsrates, Heinrich Weiss, dem Präsidenten des Instituts der deutschen Wirtschaft, Gerhard Karl Fels, und dem Unternehmer Arend Oetker. Vor allem aber ersparte er sich die Grundsatzrede Wolfgang Roths sowie demagogische, beifallsumrauschte Attacken des IG Metallers Hans Janßen.

Mit dem alten sozialistischen Gruß der erhobenen Faust quittierte Janßen das Tosen des Auditoriums, nachdem er zuvor dem abwesenden Rau ins Stammbuch geschrieben hatte: „Nie wieder" wolle er von dem Kanzlerkandidaten solche Sätze hören, wie dieser sie am Vortag ausgesprochen hatte. „Arbeitszeitverkürzung darf nicht dazu führen, daß teure Maschinen immer länger stilliegen", hatte Rau gesagt und von der „volkswirt*schaftlichen Vernunft*" gesprochen, die verlange, „diese Maschinen möglichst intensiv einzusetzen". Vor allem aber Raus Hinweis auf das Modell BMW, wo man sich auf einen Drei-Schichten-Betrieb geeinigt hat, hatte den IG Metaller herausgefordert. Die Stimmung stieg. Vergessen waren Dohnanyis Worte, man solle auf die Unternehmer zugehen und daß auch dem sozialsten Unternehmer Grenzen im Bereiche der Sozialleistungen gesetzt seien.

Die Bilanz von Hamburg läßt sich mit vier Punkten ziehen:

- Trotz aller Lippenbekenntnisse läßt man Johannes Rau weitgehend allein kämpfen, zieht sich die restliche SPD-Führung gern als Zuschauer auf die Ränge zurück. Der Kanzlerkandidat, von Hause aus kein Ökonom, bemüht sich unterdessen um wirtschaftspolitisches Profil und scheut dabei auch vor begrenzten Konflikten mit Gewerkschaftern nicht zurück.
- *Karl Schiller* ist weitgehend in den Schoß der Partei zurückgekehrt und nach wie vor mit seinem Sachverstand für die SPD unverzichtbar. Er herrschte absolute, erwartungsfrohe Stille im Auditorium wie in den Vorräumen, in die die SPD per Kabel (!) übertragen ließ, wenn der Professor das Wort nahm und die Genossen zum verspäteten Schwenk in Richtung Angebots-Politik drängte.
- Die SPD hat keinen überzeugenden wirtschaftspolitischen Sprecher, was zusätzlich in den Augen des Publikums den Eindruck des Kompetenz-Defizits erhöht. Wolfgang Roth ist ein kenntnisreicher, Mann, aber er vermag es nicht, Außenwirkung zu entfalten. Mit dem Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi steht zwar kein neuer Karl Schiller bereit, aber immerhin ein Genosse, der in brillanten, häufig überraschenden Gedanken der SPD *mehr* Profil verleihen könnte.
- Die Sozialdemokraten sind offenbar unverändert anfällig für Rattenfänger. Wenn unter dem Eindruck von Tschernobyl ein abgehalfterter Manager (Traube) den Ausstieg aus der Kernenergie noch *in diesem* Jahr verlangt, wenn Demagogen à la Hans Janßen den Kanzlerkandidaten frontal angehen – dann brandet Beifall auf, dann wird das Vergnügen an den absoluten Forderungen spürbar. Dann kommt mehr *Stimmung auf,* als sie Johannes Rau oder Hans Apel oder Klaus von Dohnanyi entfachen können, mit ihrem von Max Weber herrührenden Politik-Verständnis: dem geduldigen Bohren dicker Bretter.

Vernunft setzt sich schwer durch, wenn die Genossen ohne Regierungswürde der Lust an der reinen Lehre frönen können. Aber, wie sagte Parteimanager Peter Glotz hoffnungsfroh: „Der demokratische Sozialismus ist immer auf dem Weg."

Die Enkelkinder Schweijks machen den Wienern Sorgen

Wien, das ist das Zentrum der Flüchtlinge und Emigranten aus der Tschechoslowakei. Lange Zeit wurden sie ohne Probleme aufgenommen und auch integriert. Doch seit *einigen Jahren gibt es Probleme* – auch unter den Tschechen.

Von OTA FILIP

Die Österreicher haben ihre *Tschechen immer gemocht*, am meisten in der Zeit der Monarchie. Von böhmischen Schneidern, Dienstmädchen, Ammen, Kanonieren und Köchinnen „böhmakeln" die unwiderstehlich charmanten Wiener *noch heute*, allerdings mit einem bitteren Vorwurf gewürzt: Wie ungerecht war es doch von dem undankbaren, sonst so netten, braven und fleißigen Volk, 1918 die Monarchie zu zerstören!

Kein anderes westliches Land nahm nach 1968 so viel tschechoslowakische Flüchtlinge auf wie Österreich. Die Enkelkinder des braven Soldaten Schwejk, die unter der rot-weiß-roten Fahne Zuflucht und Asyl suchten, sind jedoch keineswegs mit ihren Großeltern, zu vergleichen. „Wissens's, die heutigen Tschechen sind irgendwie anders als die früheren, ich meine die kaiserlichen", seufzte ein alter Kellner im Café am Ring.

In Wien fühlten sich die Tschechen ganz heimisch; *die österreichische* Gemütlichkeit – das Wort Schlamperei wollen die Tschechen in Wien aus *Höflichkeit nicht zu oft* strapazieren – machte es ihnen leicht, sich in Wien wie zu Hause zu fühlen, jedoch nicht *wie ihre Großmütter* und *Großväter* im Kellergeschoß oder in der Hinterkammer der Gesellschaft. Die tschechischen Emigranten aus dem Jahr 68, heute schon fast alle österreichische Staatsbürger, gehören jetzt vorwiegend zu der Mittelschicht oder gar zu der Wiener Bourgeoisie; ihr Jahreseinkommen lag 1984 um 24 Prozent höher als der österreichische Durchschnitt. Viele von ihnen sind heute österreichischer als die Österreicher selbst.

Probleme bereitet den Österreichern *die zweite* Flüchtlingswelle, die seit 1977 auf zwei Wegen die Alpenrepublik erreicht. 8000 ČSSR-Bürger *nutzten in den Jahren 1980 bis 1983* ihren Badeurlaub in Jugoslawien zur Flucht über die grüne Grenze. Im Fluchtgepäck brachten sie nach Österreich die große Illusion über den Westen mit. Die herben Enttäuschungen erlebten sie *gleich* am ersten Tag.

Viele Emigranten sind vom Westen enttäuscht

Im Flüchtlingslager gibt es nur 300 Schilling *im Monat*, dazu Essen und ein Bett. Zu wenig, um gleich einen Urlaub auf den Bahamas zu buchen oder eine funkelnde Nobelkutsche zu fahren. Der größte Teil von dieser vom Westen enttäuschten Flüchtlingswelle sieht in Österreich nur ein Durchgangsland und will weiter nach Australien, nach Kanada und in die USA ziehen. Doch Australien nimmt keine Flüchtlinge auf, die Einwanderungsquoten nach Amerika und Kanada sind sehr niedrig.

Eine ganz besondere Art von Flüchtlingen, genauer gesagt Vertriebenen, sind Angehörige der tschechoslowakischen Bürgerrechtlerbewegung „Charta 77". Im Jahr 1977 hatte der damalige Bundeskanzler Bruno Kreisky allen politisch verfolgten „Chartisten", die die Prager Genossen am liebsten alle auf einmal ins westliche Ausland geschickt hätten, Asyl in Österreich versprochen. Und so kamen sie auch; zuerst die oppositionelle Prominenz, später junge „Sturmvögel" des „Underground".

Für die „Chartisten" gilt in Österreich ein anderes Asylrecht als für das gewöhnliche Fluchtvolk. Ein „Chartist", in der ČSSR ohne Zweifel ein politisch verfolgter Bürger, bekommt den österreichischen Asylpaß ziemlich schnell, er hat Anspruch auf eine billige Gemeindewohnung und finanzielle Starthilfe.

So bildeten sich vor allem in Wien zwei Gruppen von politischen Flüchtlingen: die sozusagen in Österreich privilegierten „Chartisten" auf der einen und die gewöhnlichen Flüchtlinge auf der anderen Seite.

„Viele haben *in der* ČSSR *die* Charta 77 nur deswegen unterschrieben, um mit Paß, Möbeln, Büchern und im *Pkw bequem in den Westen* zu gelangen und es in Wien sehr leicht zu haben", klagte ein „gewöhnlicher" *Flüchtling*, der bei *Nacht und* Nebel mit Kind und Frau an der grünen Grenze in den Bergen oberhalb von Jesenica fast erfroren wäre.

Dr. Jiří Němec, in Prag einer der führenden Köpfe der Charta 77, schätzt die *Zahl* jener, die die Charta 77 nur deswegen unterschrieben haben, um schnell nach Wien zu gelangen, auf zwanzig Prozent.

Mit der Ankunft der Chartisten, Angehörigen des Prager „Underground", ergaben sich in Wien weitere Probleme. Die Prager „Beatniks", die das linke, rechte, östliche und auch das westliche Establishment ablehnen, in der ČSSR als Schmarotzer und antisozialistische, arbeitsscheue Elemente verdammt, verfolgt und eingesperrt wurden, wollen sich in Wien weder der österreichischen Gesellschaft noch der geordneten Lebensweise von etablierten linken *oder rechten Exilanten anpassen.*

„Diese Schmarotzer lehnen auch im Exil jede Arbeit ab, sie leben schon jahrelang *nur* von *Sozialhilfen* und machen uns allen nur Schande", klagte ein frischer und dynamischer Computertechniker aus Brünn.

Meine Gespräche mit Prager „Undergroundlern" führten mir das ziellose Exildasein deutlich vor Augen: Der sanfte „Abbe" hockt in seiner Wohnung und träumt seinen Prager Traum weiter: Ein großer Kunstfotograf will er werden, dem Rest dieser verdammten Welt zeigen, wie man richtige Bilderbücher macht. Inzwischen ist er 35, lebt von den „großen Zeiten in Prag", und von der österreichischen Sozialhilfe; gelegentlich verdient er im Beisel etwas dazu.

Der Sturmvogel und Anarchist in der Prager „Szene", einst unter dem Namen „London" berühmt, will es den Scheiß-Wienern demnächst zeigen, wie man richtig Gustav Meyrink inszeniert. Der „Wilde", heute 36, *seufzte nach der zehnten* Flasche Bier: „Die stürmische Jugend ist im Eimer, eine Rente ist nicht in Sicht. *In Prag bin ich ein ehrlicher* Schmarotzer gewesen, ein antisozialistisches von der Polizei verfolgtes und geprügeltes Element. *Hier in Wien bin* ich nur ein Fall für das Sozialamt und Sozialhilfeempfänger."

Konflikte zwischen den „privilegierten Chartisten" und den gewöhnlichen Flüchtlingen sind vorprogrammiert: Bohumil Obdržálek, ein Mann, der im *mährischen* Gottwaldow Hals und Kragen riskierte, eine illegale Druckerei aufbaute und einige Jahre lang Tausende von verbotenen Büchern vervielfältigt hatte, mag vor allem, sagte mir Herr Obdržálek, ehemalige Kommunisten im Exil nicht, den exilierten „Underground" aber noch weniger. Ein Beispiel: Ein tschechischer *Arzt, als Chartist* und politisch Verfolgter nach Wien ausgewandert, verbringt jetzt mit einem österreichischen Paß manches Wochenende und den Urlaub in seiner Hütte in der ČSSR. Die Emigrantenszene in Wien ist empört. Viele sprechen offen von einem Spion, andere schmunzelten und flüsterten mir geheimnisvoll ins Ohr: „Warten wir doch ab ..."

Die österreichischen Behörden geben sich stumm, taub und blind: „Schließlich ist Herr Doktor jetzt *österreichischer* Staatsbürger, er kann also reisen wohin er will." Ein Argument mehr, das das Mißtrauen *zwischen den gewöhnlichen Emigranten* und den sozusagen privilegierten Chartisten noch mehr vertieft.

Die tschechische Exilszene in Wien ist recht bunt gegliedert: Die Nachkommen von böhmischen Schneidern, Dienstmädchen und Köchinnen aus der k. u. k.-Monarchie, man schätzt an die 100 000 „alte Wiener", sehen das vielschichtige Exilantentreiben skeptisch. Die etablierten Flüchtlinge aus dem Jahr 1968 stehen der reformkommunistischen Exilprominenz voll von Mißtrauen, ja feindlich gegenüber. Den Prager „Underground" in Wien betrachten die meisten Emigranten als ein von den österreichischen Behörden unterstütztes Schmarotzertum.

Erfolgreicher Kampf gegen Getto im Exil

Schmarotzer? Einzelne Beispiele *zeigen das Gegenteil solcher* Generalisierung: Iva Procházková, seit 1984 mit ihrem Mann und drei Kindern im *Exil, schreibt Kinderbücher. Wohl* aus Freude, wieder eine hoffnungsvolle junge Autorin in Wien zu haben, bekam Iva Procházková nach zwei Jahren im Exil die österreichische Staatsangehörigkeit. Mit Exilanten, mit Exilgettos will Iva Procházková nichts zu tun haben. Sie will in einigen Jahren auch deutsch schreiben und sich in keinem Fall in ein Exilgetto einschließen lassen.

Jan Brabenec, ein Künstler aus Prag, hat es in Wien geschafft. Seine Galerie, in der er Objekte aus Leder verkauft, zählt zu den exklusiven.

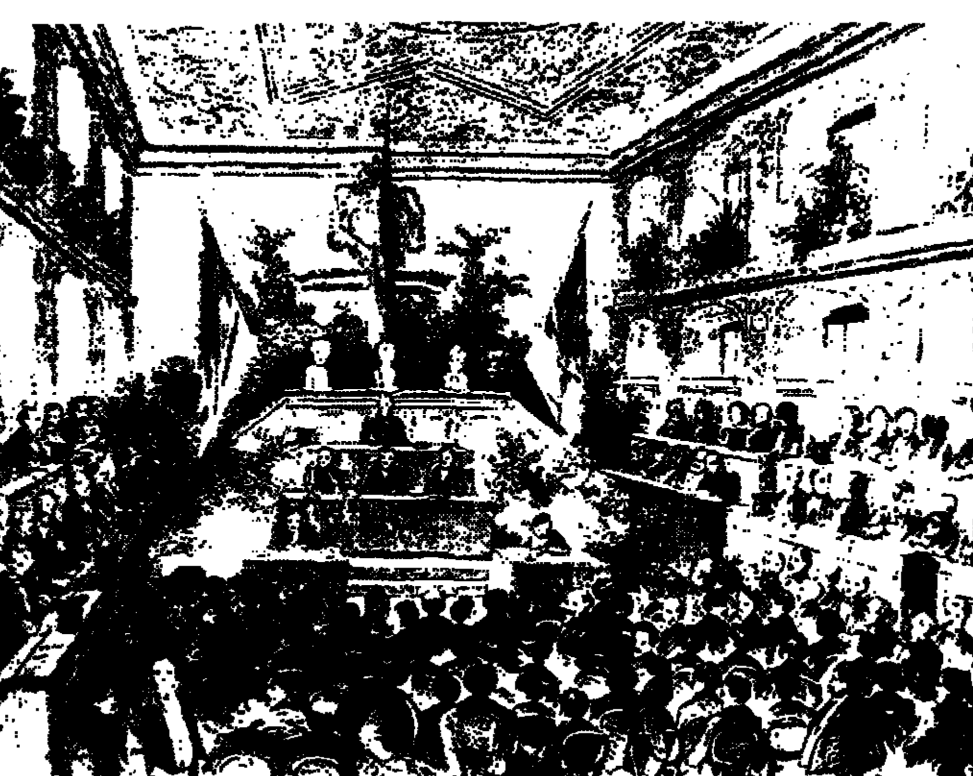
„Exil macht krank. Arbeit, neue Pläne, die man mitten in der normalen Wiener *Gesellschaft zu* verwirklichen versucht, machen jedoch gesund und munter", lautet sein Credo.

Ludvik Kavin und Nika Brettschneider, Pantomimen aus Prag, haben mit Unterstützung Wiens ihr „Theater-Brett" aufgebaut.

„Ich und meine Frau sind ein Zwei-Mann-Betrieb. Wir sind Tschechen mit österreichischen Pässen, wir inszenieren und spielen jetzt für die Wiener. Unsere Aufgabe sehen wir darin, uns hier durchzusetzen. Das ist für uns viel wichtiger, als bei Emigrantenkränzchen das Kostbarste zu vergeuden, was wir hier haben, nämlich Kraft und Zeit."

Die drei, es gibt mehrere von dieser Sorte, haben sich in Wien nicht als Emigranten und Flüchtlinge, sondern auf eigene Faust als Künstler durchgesetzt. Diese Tatsache finden viele Exilanten „fast unverschämt".





In der Heidelberger Universität wird vor 125 Jahren der erste Deutsche Handelstag gegründet; erster Präsident ist David Hansemann

FOTOS: DIE WELT

„Einheit zum Wohle des Handels"

Vor 125 Jahren erblickte er als „Deutscher Handelstag" das Licht der Welt. Ein Symbol, eine *Hoffnung für das* wirtschaftliche und politische Zusammenwachsen Deutschlands. Morgen feiert er als Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT) seinen Geburtstag. Heute als Hoffnungsträger für ein geeintes Europa.

Von HANS-J. MAHNKE

Heidelberg, 13. Mai: „Vorgestern und gestern sind die *Herren* Abgeordneten zum allgemeinen Deutschen Handelstag fast alle hier eingetroffen." Dies meldete das Heidelberger Journal 1861. „Unsere Stadt prangt im Festgewande vieler badischer und mehr noch deutscher Fahnen, da der Handelstag ja ein allgemein deutscher sein soll, und Abgeordnete aus allen deutschen Ländern hier eingetroffen sind."

In anderen Zeitungen wurde von einer „bunt zusammengewürfelten Versammlung" von „Advokaten, Professoren, Publizisten" oder einem „*tüchtigen Kern von Kaufleuten und* Gelehrten, die zu dem redlichen Streben auch die nötige Kenntnis der Verhältnisse und *Bedürfnisse mitbrachten*", gesprochen.

Nach der heutigen Geschichtsschreibung trafen sich am 13. Mai 1861 in Heidelberg 195 Repräsentanten von 91 Kammern und Korporationen des gesamten Zollvereins, aus den Hansestädten und aus sechs Orten Österreichs zum ersten allgemeinen Deutschen Handelstag. „Diesen Morgen nach 8 Uhr versammelten sich in Gemäßheit des ausgegebenen Festprogrammes sämtliche Abgeordneten im großen Museumssaale, von wo sich 8 ¾ Uhr der Zug unter Vortritt der Festordner nach dem Aulasaale in der Universität begab", notiert das Heidelberger Journal. An der Stirnseite des holzgetäfelten Saales stand neben den Büsten des Großherzogs und der *Großherzogin* von Baden die schwarz-rot-goldene Fahne, das Symbol der gerade auch von den *Kaufleuten herbeigewünschten* Einheit Deutschlands.

Die Anstöße zu diesem Gründungskongreß gingen vom Preußischen und Badischen Handelstag aus. Sie sind auf das engste verbunden mit zwei Namen, mit Theodor Frey, dem Vorsitzenden der Eberbacher Handelsinnung, und mit David Hansemann, dem Vorsitzenden der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft. Frey sah die „unüberwindlichen Schwierigkeiten, die politische Einheit Deutschlands herzustellen". Aber er betonte die große Chance der Einheit in wirtschaftlicher Hinsicht: „Je weniger Formalitäten der Verkehr unterworfen ist, um so gedeihlicher *und leichter werden deutscher* Handel, Industrie und Gewerbe sich entfalten, emporschwingen und ausdehnen können", formulierte er. Immerhin war Deutschland damals ein Flickenteppich von mehr als 30 einzelnen Staatsgebilden.

Zum ersten Präsidenten des Deutschen Handelstages DHT wurde David Hansemann gewählt, ein rheinischer Liberaler des Vormärz, der 1848 das Finanzministerium im Kabinett von Ludolf Camphausen in Preußen übernahm. Später leitete er die Preußische Bank und gründete 1851 die Disconto-Gesellschaft, die Vorläuferin der Deutschen Bank.

Der erste Handelstag verstand sich als „Organ des gesamten deutschen Handels- und Fabrikantenstandes", als „Wanderversammlung", die jährlich an einem anderen Ort abgehalten werden sollte. Als Exekutive gab es einen bleibenden Ausschuß und ein „ständiges Bureau", das sich zunächst in der Wohnung des ersten DHT-Sekretärs Gustav Arndt in der Luisenstraße 38 in Berlin befand. „Als besonders passende Gegenstände *für die Verhandlungen*" wurden damals bezeichnet:

1. Gleiche Münze, Maß und Gewicht *in ganz Deutschland*;
2. Verwaltung und Gesetzgebung der Eisenbahn;
3. die Aufhebung der Durchfuhr- und Schiffahrtszölle;
4. die Beseitigung der verschiedenen Übergangssteuern;
5. Revision der Vorschriften über die Abfertigung zollpflichtiger Gegenstände;
6. die baldige Einführung des in Nürnberg angebahnten allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches, eventuell einstweilige Einführung von *Handelsgerichten*.

Heute wird dies alles in den zwölf Staaten der Europäischen Gemeinschaft unter dem Titel „Verwirklichung des Binnenmarktes" diskutiert und in Angriff genommen. Dies soll bis 1992 erreicht sein. Damals änderte sich auch für den Handelstag durch die Gründung des Deutschen Reiches 1871 rasch einiges. Durch die Einheit Deutschlands, durch die Beseitigung der Grenzen erledigte sich manches von selber. Neues kam hinzu, so die Beratung der Reichsregierung.

Allerdings geriet auch die Einheit des Handelstages in Gefahr – durch die *Interessengegensätze* zwischen Handel und Industrie, zwischen *einzelnen* Branchen und Regionen. So wurde 1874 in Konkurrenz zum Handelstag der „Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller" gegründet.

Seit 1969 ist Otto Wolff von Amerongen Präsident des DIHT

FOTO: DPA

Es gab auch Austritte. So verließen 1878 die Ostsee-Kammern den Handelstag, weil sich dieser unter Einfluß der süd- und westdeutschen Kammern für Eisenzölle eingesetzt hatte. Eine zweite Austrittswelle gab es einige Jahre später, als es um Getreidezölle ging. Den Grund bot jedesmal das Eintreten für den Freihandel. Damals überwogen im Handelstag noch die Gegner, heute – aus Einsicht und Notwendigkeit – ist dieses anders.

„*Unternehmerische Betätigung* braucht großen Freiraum", formuliert der heutige Präsident Otto Wolff von Amerongen. Er wendet sich *entschieden* dagegen, daß den Staaten entgegen den öffentlichen Beteuerungen „das weiche Hemd des Importschutzes näher als der rauhe Rock des freien Verkehrs" sitze.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT), wie er seit 1918 heißt, ist die Spitzenorganisation der 69 deutschen Industrie- und Handelskammern. Den Kammern müssen kraft Gesetz alle Gewerbebetreibenden (mit Ausnahme des Handwerks) eines Kammerbezirks, der häufig historisch gewachsen ist und sich nicht immer mit Verwaltungsgrenzen deckt, angehören. 1985 waren dies *knapp zwei Millionen Unternehmen.* 600 000 waren im Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragen; *1,4 Millionen zählten zu den Kleinge*werbetreibenden. Der DIHT betreut auch die 42 Auslandskammern.

Die Geschichte des Handelstages ist ein Spiegelbild dessen, was in Deutschland geschah – ob es nun während der Weimarer Republik um die Wiederaufnahme in die Gemeinschaft der Völker ging. Er wurde 1935 gleichgeschaltet und ging in der Reichswirtschaftskammer auf. Bereits 1945 wurde mit dem Wiederaufbau der Kammerorganisation begonnen. Am 27. Oktober 1949 wurde der DIHT in Ludwigshafen, wenige Kilometer von seinem ersten Gründungsort, wieder aus der Taufe gehoben.

Franz Schoser, der heutige Hauptgeschäftsführer, sieht den DIHT in Konkurrenz und in Kooperation mit Verbänden, er sei keine *Lobby* einer Branche. Er diene dem Ganzen. Und stolz zitiert er Konrad Adenauer: „Ich habe immer den Rat von *Industrie*- und Handelskammern als klug, gut überlegt und gut abgewogen empfunden." *Mancher Politiker hat es* ähnlich ausgedrückt – dann, wenn die Stellungnahme ihm paßte.

Verdacht gegen Kanzler Kohl nicht bestätigt

Bonner Staatsanwaltschaft will keine Anklage erheben / Bleibt SPD-Parteivorsitzender Brandt unbehelligt?

Von GÜNTHER BADING

Die Bonner Staatsanwaltschaft will das im März eröffnete Ermittlungsverfahren gegen *Bundeskanzler Helmut Kohl* einstellen. Die Untersuchungen haben den in einer schon vom 31. Januar datierenden Strafanzeige des ehemaligen Grünen-Abgeordneten Schily erhobenen Vorwurf, der Kanzler habe als Zeuge vor dem Flick-Ausschuß des Bundestages vorsätzlich die Unwahrheit gesagt, nicht bestätigt. Die Bonner Staatsanwälte *haben ihre* Entscheidung nach Informationen der WELT schon vor mehr als einer Woche an den Generalstaatsanwalt in Köln weitergeleitet. Sie sind mit ihrer Entscheidung, keine Anklage zu erheben, bei ihrer ursprünglichen Rechtsauffassung geblieben, daß der von Schily aus verschiedenen Zeu*genaussagen des Kanzlers konstruier*te Vorwurf der vorsätzlichen uneidlichen Falschaussage nicht haltbar sei. Diese Auffassung hatte die Bonner Staatsanwaltschaft zunächst bewogen, gar kein förmliches Ermittlungsverfahren gegen Kohl einzuleiten. Erst auf Weisung von Generalstaatsanwalt Schmitz in Köln – mit Billigung des nordrhein-westfälischen Justizministers Rolf Krumsiek – hatte die nachgeordnete Staatsanwaltschaft Bonn das Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Ursprünglich hatten die Bonner Staatsanwälte die förmliche Einstellung des Ermittlungsverfahrens für den heutigen Montag terminiert. Oberstaatsanwalt Wilhelm erklärte dazu allerdings gegenüber der WELT am Wochenende, das Verfahren sei „noch nicht abgeschlossen". Auf Nachfrage, ob dies – trotz der Bonner Entscheidung – daran liege, daß der Generalstaatsanwalt seine Stellungnahme noch nicht nach Bonn übermittelt habe, gab Wilhelm keine Auskunft. Er fügte allerdings hinzu, daß in der Frage, ob die Vorermittlungen gegen den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt in ein förmliches Ermittlungsverfahren münden würden, „in Kürze" eine Entscheidung fallen werde. Auch gegen Brandt liegen Strafanzeigen wegen vorsätzlicher uneidlicher Falschaussage vor dem Bundestags-Untersuchungsausschuß vor.

Aus Düsseldorf verlautete inzwischen, daß weder Justizminister Krumsiek noch Generalstaatsanwalt Schmitz der Entscheidung der Bonner Staatsanwälte entgegentreten wollen, das Verfahren gegen den Kanzler einzustellen.

Obwohl Oberstaatsanwalt Wilhelm keinerlei Andeutung machte, ob es zu einem förmlichen Ermittlungsverfahren gegen Brandt kommen wird oder nicht, ist dem Vernehmen nach damit nicht zu rechnen. Das *überrascht, denn der Sachverhalt,* der der Strafanzeige gegen Brandt zugrunde liegt, ist offenkundig klarer als der, den Schily zur Anzeige gegen den Kanzler nutzte. Brandt hatte als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß am 29. November 1984 erklärt, daß weder er selber noch die SPD – Brandt präzisierte, daß damit der Bundesvorstand gemeint war – zu irgendeinem Zeitpunkt Gelder oder Zuwendungen vom Flick-Konzern erhalten habe. Wörtlich hatte Brandt gesagt: „Mir ist keine direkte Leistung des Hauses *Flick* an die Zentrale – Parteivorstand – der SPD bekannt." Auf Nachfrage hatte er gesagt: „Ich nehme keinen Zeitraum davon aus." Auch in öffentlichen Erklärungen, im Fernsehen und in einer Pressemitteilung der SPD, wurde dies wiederholt.

Tatsächlich aber hatte Alfred Nau am 2. Oktober *1975* von *Flick-Manager* Kaletsch 100 000 Mark in bar erhalten. Nau war zu dieser Zeit noch Schatzmeister der SPD und damit Vorstandsmitglied. Über den Empfang der 100 000 Mark stellte Nau dem Flick-Konzern eine Quittung aus, die der Bonner Staatsanwaltschaft vorliegt.

Auch im Untersuchungsausschuß selber wurde Brandt widersprochen. In seiner Zeugenvernehmung am 7. Dezember 1984 sagte SPD-Schatzmeister *Halstenberg* aus, *daß die* 100 00-Mark-Spende aus dem Hause Flick beim Vorstand angekommen und geschäftsüblich behandelt worden sei. Auf Nachfrage gab Halstenberg zu, dies bedeute, daß das Geld beim Parteivorstand eingegangen und dann „gestückelt" worden sei, so daß aufgrund der dann entstehenden Klein-Spenden von weniger als 20 000 Mark der Name des Spenders nicht veröffentlicht werden mußte. Halstenberg fügte seinem „Ja" auf diese Frage hinzu: „Ich sage das nicht gerne." Und er bestätigte auch, daß diese Zahlung von Flick an Nau nicht der „Person Nau", sondern seiner Partei zugute kam: „Ich kann es nur *der SPD zuordnen."*

Halstenberg hat allerdings seinen Parteivorsitzenden nicht nur im Untersuchungsausschuß belastet. Auch gegenüber der Bonner Staatsanwaltschaft hatte Schatzmeister Halstenberg erklärt, daß Willy Brandt von Spendensammlungen durch Nau gewußt hat. Nach dem der WELT vorliegenden *Protokoll der Vernehmung* Halstenbergs in Düsseldorf am 7. Juli 1983 durch Oberstaatsanwalt Irsfeld und Staatsanwalt Dettmann im Zusammenhang mit dem Verfahren gegen die früheren Wirtschaftsminister Friderichs und Graf Lambsdorff, hatte er auf die Frage, wer – wenn auch ohne Detailwissen – Kenntnis von Naus Sammelaktionen hatte, geantwortet: „Nur die hauptamtliche Parteiführung, also Herr Brandt, Herr Wischnewski, Herr Schmidt, Herr Bahr und ich." Konkret war nach einer Spendenaktion 1980 gefragt worden, in die auch Flick-Gelder geflossen sein sollen.

Selbst, wenn die Einschränkung in der staatsanwaltschaftlichen Frage „ohne Detailwissen" dahingegehend interpretiert werden könnte, daß Brandt zwar von Spendensammlungen nicht aber von Einzelheiten, etwa *der Herkunft einzelner Spenden,* wußte, selbst dann müßte die Staatsanwaltschaft wohl formell gegen ihn ermitteln – wenn dieselben Maßstäbe wie im Falle Kohl gelten sollen. Denn zum Ermittlungsverfahren gegen den Kanzler hatte der nordrhein-westfälische Justizminister Krumsiek am 16. April 1986 vor dem Rechtsausschuß des Landtags in Düsseldorf gesagt: „Ich darf ... hervorheben, daß für den zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens notwendige sogenannte Anfangsverdacht ein Verdachtsgrad von geringer Intensität bereits ausreicht."

Angaben und Behauptungen, ob einseitig oder nicht, hatte auch der CDU-Abgeordnete Hüsch zur Aussage von Brandt gemacht. Zum einen hatte er öffentlich erklärt, daß der SPD-Vorsitzende im Ausschuß die Unwahrheit gesagt habe, zum anderen hatte er dies Brandt auch in der Vernehmung selber vorgehalten. Nachdem Hüsch in der Zeugenanhörung Brandts am 29. November 1984 *diesen mit der Tatsache konfrontiert* hatte, daß dem Ausschuß die 100 000-Quittung Naus für den Flick-Konzern vorliege, sagte Brandt, er sehe keinen Anlaß, seine apodiktische Aussage zu relativieren, daß die SPD nie Geld von Flick bekommen habe. Brandt damals: „Einen solchen Anlaß habe ich nicht. Denn mir ist bis auf das, was Sie jetzt vortragen, zu keinem Zeitpunkt bekannt gewesen, daß es solche Zahlungen an die SPD gegeben hat." Ihm habe niemand solches mitgeteilt. Hüsch darauf laut Ausschuß-Protokoll: „Sie haben erklärt, der Parteivorstand der SPD habe nichts bekommen. Ich muß dann feststellen, daß Ihre Aussage vielleicht subjektiv zutreffend, aber objektiv unwahr ist." Brandt widersprach nicht, sondern antwortete darauf: „Ich muß Ihnen diese Wertung überlassen."

QUITTUNG

Einhunderttausend D-Mark

Bar

2. 10. 75

100.000 DM

Quittiert von Kaletsch und Nau: Scheck von Flick

Zirndorf plant Bürgerwehr gegen Asylanten

PETER SCHMALZ, **München**

Der weiter anschwellende Zustrom von Asylbewerbern nach West-Berlin *und in die Bundesrepublik macht* der bayerischen Staatsregierung ausgerechnet im Landtagswahljahr erhebliche Schwierigkeiten, für die vorerst keine Lösung in Sicht ist. Vor allem kleine Gemeinden in ländlichen Gebieten wehren sich gegen die Aufnahme von Asylanten, weshalb einige der sieben bayerischen Bezirksregierungen die Abnahme der ihnen zustehenden Quoten verzögern, was wiederum zu einem Stau im Sammellager für Ausländer in Zirndorf bei Nürnberg *führt.*

„Sicherheit gefährdet"

In dieser fränkischen Kleinstadt *(19 000 Einwohner) ist die Lage* besonders angespannt. SPD-Bürgermeister Virgilio Röschlein sieht durch die Überfüllung im Lager „die Sicherheit und Ordnung in Zirndorf gefährdet" und spricht von Belästigungen, denen besonders die Frauen ausgesetzt sind: „Alle Wege, alle Parkanlagen sind mit Ausländern überfüllt. Sie laufen in Gruppen auf dem Bürgersteig, die Zirndorfer müssen auf der Fahrbahn gehen."

Das Lager wurde für 400 Insassen gebaut, nach einem Landtagsbeschluß sollen möglichst nicht mehr als 480 aufgenommen werden. Inzwischen aber mußten fast 1000 Menschen untergebracht werden. Am Wochenende waren es 700, doch am Dienstag und Freitag werden weitere Zuweisungen erwartet. Acht Behelfszelte des Roten Kreuzes sollen die ärgste Raumnot lindern.

Am Freitag abend demonstrierten mehrere hundert Zirndorfer Bürger, angeführt vom Bürgermeister und Stadträten, vor den Lagertoren und übergaben dem Leiter des Lagers eine Resolution über die als unerträglich bezeichnete Situation. „Wir müssen uns rühren, damit die Öffentlichkeit aufmerksam wird", begründet der *Bürgermeister die Aktion. Auch* die vom Stadtrat angeregte Bildung einer „Bürgerwehr", die von SPD, Grünen, Amnesty International und anderen Gruppen als „beispielloser Vorgang" kritisiert wurde, rechtfertigt Virgilio Röschlein mit dem Hinweis auf die zugespitzte Situation: „Wenn die Polizei nicht in der Lage ist, unseren Frauen entsprechenden Schutz zu gewähren, müssen unsere Männer auf die Straße gehen und ein Gefühl der Sicherheit verbreiten. Sie sollen einfach präsent sein und notfalls helfen."

Furcht vor Spannungen

In Schreiben an die bayerischen Minister Karl Hillermeier (Innen) und Franz Neubauer (Soziales) bittet der SPD-Landtagsabgeordnete Toni Schimpl, die Aufstellung einer solchen „Bürgerwehr" auf jeden Fall zu verhindern, „da damit eine Eskalation der Spannungen vorprogrammiert ist".

Die bayerische Landesregierung sieht sich jedoch in einer mißlichen Lage: Einerseits wird die Verteilung der Asylanten übers Land immer problematischer, andererseits schwillt der Zustrom ungebremst an. Allein der Freistaat muß wöchentlich 300 neue Bewerber übernehmen. In den ersten drei Monaten dieses Jahres waren es 3359, das entspricht einer Steigerung *um 35 Prozent* gegenüber dem Vorjahr.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Dregger: SPD bezieht die Positionen Moskaus

WELT-Interview mit dem Fraktionschef der Union

Alfred Dregger sieht einen dramatischen Kurswechsel bei der Sozialdemokratischen Partei. Die SPD steuere weg von der *Politik* eines Helmut Schmidt. In einem Interview mit Manfred Schell nennt er vier Beispiele: Kampf gegen den Doppelbeschluß, gegen SDI, gegen die Abschreckungsstrategie und gegen die Außenpolitik der Regierung.

WELT: Nach dem Reaktorunfall im *sowjetischen Tschernobyl* ist bei uns unter Hinweis auf die Risiken der Kernkraftwerke die Forderung laut geworden, daß über die friedliche Nutzung der Kernenergie neu nachgedacht werden muß. SPD und Grüne treten für einen völligen Verzicht auf Kernenergie ein. Welches ist Ihre Position?

Dregger: Das Kernkraftwerksunglück hat nicht in Deutschland stattgefunden, sondern in der Ukraine. Aber es betrifft nicht nur die Ukraine, sondern auch die Nachbarstaaten der Sowjetunion. Meine Schlußfolgerung: Kernkrafterzeugung auch zu friedlichen Zwecken kann nicht allein in nationaler Verantwortung betrieben werden. Ich begrüße deshalb das Bemühen der Bundesregierung um eine Konferenz der 26 kernenergienutzenden Staaten unter deutscher Gastgeberschaft. Gegenstand der Konferenz sollten folgende Forderun*gen sein:*

1. Eine für alle Kernkraftbetreiber verbindliche Festlegung von Sicherheitsstandards. Damit sollte eine Anhebung des Sicherheitsstandards auf westliches, am besten auf deutsches Niveau erreicht werden. Wir haben die sichersten Kernkraftwerke der Welt; der Ostblock hat die unsichersten
2. Eine ständige internationale Kontrolle der Kernkraftwerke aller Länder, um sicherzustellen, daß die vereinbarten Sicherheitsstandards eingehalten werden.
3. Die Einrichtung eines Frühwarnsystems, an dem alle Kernkraftwerke der Welt angeschlossen sind.
4. Schluß mit jeder Geheimniskrämerei! Die Sowjetunion hat ihre Entschlossenheit bekräftigt, den Ausbau der Kernenergie in ihrem Lande fortzusetzen; das gleiche gilt z. B. für Frankreich. Unserer Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland würde kein Dienst erwiesen, wenn die deutschen Kernkraftwerke, die sichersten der Welt, stillgelegt würden, die zum Teil *unzumutbaren Risiken* bei *den* Kernkraftwerken unserer Nachbarländer, insbesondere der Sowjetunion, aber fortbestünden. Die Risiken der Kernenergie können nicht national, sondern nur durch internationale Vereinbarungen gemeistert werden. Das ist unsere Politik. Die Politik von Grünen und SPD (mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen, z. B. IG-Chemie-Chef Rappe) ist unvernünftig und dient nicht der Sache.

WELT: Vom sowjetischen Reaktorunfall zum neuen sowjetischen Botschafter in Bonn. Herr Kwizinski hat sich der deutschen Öffentlichkeit mit einem Zeitungsinterview vorgestellt, in dem er der Bundesregierung schwere Vorhaltungen machte. Wie bewerten Sie das?

Dregger: Herr Kwizinski hat mich an den Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU Semjanin bei dessen Besuch in Bonn im vergangenen Jahr erinnert. Auch dieser verletzte auf einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages die internationalen Umgangsformen. Bei einem Botschafter ist das noch unangemessener als bei einem Besucher. Herr Kwizinski muß wissen, daß er hier in einem freien Land ist, das sich von ihm nicht einschüchtern läßt.

WELT: Wie erklären Sie sich, daß Vertreter der Sowjetunion, die sich in der Regel an die Formen des internationalen Protokolls halten, glauben, so mit uns umgehen zu können?

Dregger: Vielleicht hängt das mit der gegenwärtigen Politik der SPD zusammen. Es gibt kaum noch eine internationale Frage, in der die *SPD* nicht Position an der Seite der Sowjetunion bezieht. Das bedeutet einen dramatischen Kurswechsel gegenüber der Zeit, in der Helmut Schmidt für die SPD stand; dazu vier Beispiele, die sich erweitern ließen:

– Die SPD kämpfte mit Grünen und Kommunisten gegen den NATO-Doppelbeschluß, *obwohl ihr Kanzler* Schmidt ihn initiiert hatte.

– Die SPD kämpft mit Grünen und Kommunisten gegen den Versuch der USA, ein Raketenabwehrsystem (SDI) zu entwickeln, obwohl die *Sowjetunion* seit langem daran arbeitet.

– SPD und Grüne lehnen die *geltende* Abschreckungsstrategie ab, aber auch die Suche nach einer nichtatomaren, nicht gegen Menschen gerichteten defensiven Alternative, eben SDI. Wer beides ablehnt, wählt die Unterwerfung.

Alfred Dregger
FOTO: LOTHAR KUCHARZ

– Die SPD unterläuft die Außen- und Sicherheitspolitik der deutschen Regierung, indem sie als Opposition mit regierenden kommunistischen Parteien „Abkommen" schließt, zum Beispiel über *sogenannte chemiewaffen-* oder atomwaffenfreie Zonen.

All das findet den Beifall der Sowjetunion, schadet aber den deutschen und den Sicherheitsinteressen des Westens. Es verführt auch Politiker und Botschafter dazu, sich in die deutsche Innenpolitik einzumischen. Die SPD sollte zur Rolle einer demokratischen Opposition zurückfinden, die intern die Außen- und Sicherheitspolitik der Regierung kontrolliert, aber sie nicht von außen konterkariert.

WELT: Die bevorstehende Bundestagswahl 1987 haben Sie als eine „Schicksalswahl" bezeichnet. Warum?

Dregger: Die erste Schicksalswahl war die von 1949. Damals entschied sich die Mehrheit unserer Wähler für die Allianz mit dem Westen und für *die soziale Marktwirtschaft. Diese* beiden Kardinalentscheidungen blieben bis heute unangetastet. Auf ihnen beruht unsere Sicherheit an der Grenze von Ost und West und unsere internationale Spitzenposition im wirtschaftlichen und sozialen Bereich.

WELT: Steht aber der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau nicht für eine pragmatische Politik im Stile von Helmut Schmidt?

Dregger: Rau hat nur die Funktion des Stimmenfängers. Er ist liebenswürdig, aber von geringer Sachkenntnis und führungsschwach. Der Vorsitzende des SPD-Landesbezirks Hessen-Süd, Görlach, und der stellvertretende Vorsitzende der IG Metall, Steinkühler, haben klargemacht, wo es langgeht: rot-grün, ob mit oder ohne Rau.

Aus der Saar-CDU eine Spitze gegen Zimmermann

Jacoby bekräftigt Forderung nach Kernenergie-Diskussion

ULRICH REITZ, ***Bonn***

In der Diskussion um die Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl für die deutsche Kernkraftpolitik ist der saarländische CDU-Vorsitzende Peter Jacoby dem Versuch entgegengetreten, „einen Gegensatz zwischen mir und Bundeskanzler Helmut Kohl" zu konstruieren. Der Chef der Saar-CDU hatte sich für eine grundsätzliche Diskussion in der Union über die Kernenergiepolitik ausgesprochen und gesagt: „Am Ende dieser Diskussion kann der Ausstieg aus der Kernenergie stehen". Kohl hatte Abstriche am deutschen Kernenergieprogramm abgelehnt.

„Der Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie ist nur eine der denkbaren Folgen dieser innerparteilichen Diskussion", sagte Jacoby der WELT. In diesem Zusammenhang und mit einer deutlichen *Spitze gegen Bundesinnenminister* Friedrich Zimmermann (CSU) sprach sich der CDU-Politiker dagegen aus, die Diskussion nach dem Reaktorunfall in der Ukraine auf den Sicherheitsaspekt zu verengen. Jacoby: „Es hilft nichts, sich nur auf Sicherheitsstandards zurückzuziehen. Wir brauchen eine Grundsatzdebatte."

Jacoby glaubt, auch die Bereitschaft der Bundesregierung registriert zu haben, unter grundsätzli*chen Gesichtspunkten in eine Kern*kraftdiskussion einzusteigen. Kohl sei auch nach der Entscheidung über das deutsche Kernkraftprogramm „nachdenklich" gewesen.

Der nach Tschernobyl „gewachsenen Sensibilität" in der Bevölkerung „müssen wir nun entsprechen", sagte Jacoby. In diesem Moment gehe es nicht um „wohlfeile Antworten" oder darum, „schon nach wenigen Tagen Patentrezepte zu präsentieren".

Der Vorsitzende der Saar-CDU hält es in diesem Zusammenhang für unzulässig, wenn die SPD-Landesregierung versuchen sollte, „uns zu vereinnahmen". Die Forderung von Ministerpräsident Oskar Lafontaine nach einem Ausstieg aus der Kernenergie sei vor dem Hintergrund der internationalen Dimension des Kernkraft-Problems „nicht angemessen".

Die SPD sieht dagegen in den Äu*ßerungen Jacobys eine Möglichkeit,* ihre Anti-Kernkraft-Politik auf eine breitere parlamentarische Basis zu stellen. Die SPD begrüße es „ausdrücklich, wenn die Saar-CDU sich auf Positionen zubewegt, die wir seit Jahren vertreten", so SPD-Sprecher Schneider. In der Landesregierung habe man „staunend" reagiert, habe sich doch die CDU stets für die Nutzung der Kernkraft „auch auf Kosten der Kohle ausgesprochen".

Volksbegehren der Grünen eine Chance für die SPD?

CDU und Schily zweifeln an Zulässigkeit des Referendums

WILM HERLYN, ***Düsseldorf***

Mit gemischten Gefühlen beurteilen die etablierten Parteien die Entscheidung der Grünen in Nordrhein-Westfalen, unter dem Eindruck der Katastrophe von Tschernobyl mit einem Volksbegehren zumindest in einem Bundesland den Ausstieg aus der Kernenergie zu erzwingen. Die *Grünen selbst sind optimistisch,* das erste Ziel eines solchen Schrittes zu erreichen: Nach der Verfassung müssen mehr als 3000 Stimmberechtigte in NRW diesen Antrag unterzeichnen. Dann muß die Landesregierung innerhalb von sechs Wochen über die Zulässigkeit entscheiden. Der zweite Schritt wäre danach die Auslegung von Listen in allen Städten und Gemeinden, in die sich etwa 2,5 Millionen Bürger eintragen müssen – das sind mindestens 20 Prozent der Stimmberechtigten. In den dann fol*genden zwei Monaten müßte* der Landtag entscheiden. Falls das Parlament den Antrag ablehnen würde, käme es zum Volksentscheid.

Auch die zweite Klippe – so die Mehrheit der Grünen – sei angesichts der Stimmungslage in der Bevölkerung relativ leicht erreichbar. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Otto Schily äußerte in kleinem Kreis aber auch die Besorgnis, daß die SPD-geführte Landesregierung im *Prüfverfahren den Antrag der Grünen* zu Fall bringen könnte. Dann müßten sie den Weg nach Münster zum Verfassungsgericht beschreiten.

Immerhin übernahmen die NRW-Grünen eine Vorreiterrolle. Denn der Bundesvorstand forderte seine Gliederungen überall auf, die gleichen Maßnahmen zu treffen – mit Ausnahme der Bundesländer Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, deren Verfassungen keinen Volksentscheid kennen.

Auch die energiepolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Christa Thoben, äußerte gegenüber der WELT Zweifel, ob das Verfahren je in Gang komme. Es hätte ihrer Meinung nach „kaum eine Chance". Denn die Zuständigkeiten in diesen Fragen lägen fast ausschließlich beim Bund. Der Volksentscheid aber müsse von den Antragstellern landespolitisch *begründet sein. Dafür sehe sie keinen* Ansatzpunkt.

Die FDP will ein Volksbegehren unabhängig von der Frage der Zulässigkeit nicht unterstützen. Die SPD selbst hält sich bedeckt. Doch lassen Äußerungen führender Politiker darauf schließen, daß der Antrag der Grünen der SPD nicht ungelegen kommt und den von ihr geforderten Ausstieg aus der Kernenergie vorantreiben könne.

Denn das Lamm in der Mitte
vor dem Thron wird sie weiden
und zu den Quellen führen, aus
denen das Wasser des Lebens strömt,
und Gott wird alle Tränen von
ihren Augen abwischen.
Offenbarung

Ich trauere um meine liebe Schwester

Lore Wunderlich

die plötzlich und unerwartet im Alter von 59 Jahren verstarb.

Ursula Wunderlich

4350 Recklinghausen, den 5. Mai 1986
Dortmund und Bad Pyrmont

Ich habe in aller Stille Abschied genommen.
Von Beileidsbesuchen bitte ich Abstand zu nehmen.

Wir trauern um Herrn

Paul Kock

Der im hohen Alter von 93 Jahren Verstorbene war der Initiator und Mitbegründer der Papierfabrik Meldorf.

Paul Kock hat schon Ende der vierziger Jahre die industrielle Entwicklung Dithmarschens vorangetrieben und mit dem Bau der Papierfabrik am Meldorfer Hafen Arbeitsplätze geschaffen und der Landwirtschaft eine weitere Absatzmöglichkeit erschlossen.

Paul Kock hat sich um die Papierfabrik verdient gemacht, wir werden immer des Verstorbenen gedenken.

Papierfabrik Meldorf GmbH
Geschäftsleitung, Belegschaft, Betriebsrat

Trauerfeier am Dienstag, 13. 5. 1986, 14.00 Uhr, in der Friedhofskapelle zu Meldorf.

Anstelle von Blumen oder Kränzen wird um eine Spende an die Kriegsgräberfürsorge für die Gefallenen beider Weltkriege auf das Sonderkonto Nr. 101 004 349 bei der Verbandssparkasse Meldorf gebeten.

Folgen von Tschernobyl: Osteuropa verliert wichtige Devisenbringer

Der Westen führt keine Agrarprodukte mehr ein / Rückschlag für den Tourismus

CARL GUSTAF STRÖHM, **Wien**

Dem polnischen Regierungssprecher Jerzy Urban, der sonst nie um eine Antwort verlegen ist, stand sichtbar der Schweiß auf der Stirn, als er vor der internationalen Presse in Warschau mitteilte, die Regierung Jaruzelski habe während der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl *ständigen* Kontakt zu den sowjetischen Stellen gehabt.

Das war eine diplomatische Umschreibung der Tatsache, daß die Warschauer Behörden von den Sowjets ebensowenig informiert wurden wie die Regierungen Westeuropas. Vor allem die Bevölkerung Ostpolens war zeitweise einer hundertfach, manche sagen sogar tausendfach erhöhten radioaktiven Strahlung ausgesetzt.

*Für Polen wie für die anderen Staa*ten des Warschauer Pakts und des RGW bedeutet die Katastrophe von Tschernobyl einen tiefen Einschnitt – nicht nur politisch-psychologisch, sondern auch wirtschaftlich. Zunächst ist der gesamte Agrarexport nach Westeuropa, der für Länder wie Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien ein wichtiger Devisenbringer ist, zusammengebrochen.

Selbst wenn das von der EG, aber auch von neutralen Staaten wie Österreich *verhängte absolute* Einfuhrverbot gegen Ende des Monats gelockert werden sollte, könnten in der Zwischenzeit mühsam errungene Marktanteile der osteuropäischen Landwirtschaftsexporteure an Konkurrenten aus dem Westen verlorengegangen sein. Damit geraten diese Länder, die um jede Mark und jeden Dollar kämpfen müssen, in eine noch schwierigere Lage.

In Rumänien, wo besonders große Unruhe unter der Bevölkerung der Moldau, im grenznahen Gebiet zur Sowjetunion, herrscht, hatten viele Menschen nach einem harten und entbehrungsreichen Winter wieder Hoffnung geschöpft: Das frische Gemüse aus Gärten und Feldern versprach neue Vitaminzufuhr und neue Lebenskräfte. Jetzt darf das alles nicht geerntet werden.

In den an Österreich grenzenden Gebieten West-Ungarns herrschen Niedergeschlagenheit und Sorge. Zwar dürfte Ungarn, was die Radioaktivität betrifft, bedeutend besser weggekommen sein als etwa Polen oder auch Rumänien. Aber nicht nur der staatliche und amtliche ungarische Lebensmittelexport nach Westen, sondern auch der „Privatexport" durch Österreicher, die bei Tagesausflügen und Einkaufsfahrten billige ungarische Lebensmittel, Obst und Gemüse mitzunehmen pflegten, ist weithin zum Erliegen gekommen.

Die Reaktorkatastrophe wird sich auch auf den Tourismus auswirken. Die Behörden Österreichs haben ihre Staatsbürger vor Reisen in die Ukraine gewarnt. Wer will in dieser Situation aber nach Polen fahren – oder an die *bulgarische* und *rumänische* Schwarzmeerküste? Auch nach einem Badeaufenthalt in den sowjetischen Schwarzmeergebieten dürfte heute nur wenigen westlichen Devisenbringern zumute sein.

Die Bulgaren, die ebenso wie die Sowjets und die Tschechoslowaken glaubten, den Fall Tschernobyl durch Verschweigen vor der eigenen Bevölkerung für sich „lösen zu können", müssen ihr erklären, warum in den Nachbarstaaten Jugoslawien, Rumänien und Griechenland umfangreiche Vorsichtsmaßnahmen gegen radioaktive Strahlung ergriffen wurden – in Bulgarien aber nicht (und wenn, dann mit erheblicher Verspätung).

Sie müssen überdies das nun erwachende Mißtrauen gegen die sowjetische Technologie bekämpfen – eine Technologie, auf die das Regime in Sofia beinahe hundertprozentig eingeschworen ist. Das Bild der Bulgaren vom „großen Bruder" Sowjetunion hat ohnedies bereits einige Kratzer erhalten.

Die Menschen in den osteuropäischen Staaten haben erfahren müssen, was es heißt, in einem System zu leben, welches einem wichtige, vielleicht sogar lebenswichtige Informationen aus politischen Gründen vorenthält. *Gewiß gibt es* Ausnahmen: In Ungarn und Jugoslawien erfuhren die Menschen fast ebensoviel wie die Bewohner des Westens – aber auch erst, nachdem sich die Katastrophe „herumgesprochen" hatte.

Damit gewinnt Tschnernobyl eine weitere Dimension: Auch die Führung in den einzelnen Ländern mußte sich von Moskau verraten und verkauft vorkommen, weil man auch ihr zunächst alles verschwieg.

In Jugoslawien wird eine weitere Folge von Tschernobyl sichtbar: ein weitverbreiteter Protest der Bevölkerung gegen die Atomenergie. Unter *dem Eindruck dieser Entwicklung* hat Belgrad den Bau eines zweiten Atomreaktors bei Zagreb gestoppt.





Moskau gab jetzt diese Luftaufnahmen über Tschernobyl frei. Die Pfeile markieren die das Unglück auslösende Stelle. FOTOS: DPA

Frankreichs Sozialisten noch immer in der Krise. Exminister sammeln in „Clubs" neue Getreue

Die Partei hat den Mißerfolg der Wahlen bisher nicht überwunden / Rätselraten über die Pläne Mitterrands

PETER RUGE, **Paris**

„Mein Club, das ist die PS", dieser Slogan *offenbart die Krise*, die die Sozialistische Partei erfaßt hat, sechs Wochen nach dem Machtwechsel in *Frankreich*. War am Tag nach dem 16. März noch die Rede davon, daß die Abkehr vom linken Kurs zum Stimmenverlust *geführt haben müsse*, so irritiert viele Sozialisten heute, daß ihre Partei ohne Verbündete dasteht, ohne eindeutiges Programm und ohne Strategie für die Zukunft – und das ist die Präsidentenwahl – spätestens 1988, wenn Mitterrand nicht schon vorher das Handtuch wirft.

Wird er, wird er nicht – selbst engste Freunde rätseln, was François Mitterrand im Schilde führt. Der Partei und ihren inneren Querelen scheint er sich entzogen zu haben. Vom *Elysée* wird *ausgestreut: 1981* habe Mitterrand und nicht die PS die Wahlen gewonnen, 1986 dagegen sei nicht dem *Staatspräsidenten*, sondern der Sozialistischen Partei eine Absage erteilt worden.

Dies stürzt die Anhänger Mitterrands in eine Verwirrung, auf die Parteiführung aber wirkt es wie lähmend. Generalsekretär Jospin ergriff nur einmal in der Nationalversammlung das Wort, um dem gaullistischen Premierminister Chirac das Nein der *Sozialisten zu den „ordonnances"* entgegenzuhalten, der Ermächtigung, mit Verordnungen zu regieren – *seither ist es still geblieben in der* Rue de Solferino, dem Sitz der Sozialistischen Partei Frankreichs.

Dafür kommt nun in das Umfeld der Parteispitze Bewegung: Mindestens zehn Persönlichkeiten, fast alle *ehemalige Minister*, beginnen sich den Kopf darüber zu zerbrechen, mit welcher Ideologie und mit was für einer Organisation die Sozialisten in welche Richtung marschieren sollten.

Tradition seit 1789

Sie tun das nicht heimlich, aber jeder doch auf seine Weise. Sie ver*schicken sogar Einladungen zu ihren* Treffen, die sich mehr oder weniger privat abspielen und nur eines im Sinn haben: möglichst viele Getreue um sich zu versammeln.

Die „Ehemaligen" – so argwöhnt die PS – schaffen in der Partei eine Subkultur: Wirtschaftsminister Bérégovoy und Verteidigungsminister Quilès haben sich „Kabinette" zugelegt. Charles Hernu, Quilès' Vorgänger, kreierte eine Studiengruppe „Les Germes". Jacques Lang, der frühere *Kulturminister, initiiert die* Bewegung „Le Mouvement", die bereits eine Plakatkampagne unter dem Mot*to „Laßt uns Ideen entwickeln" star*tete. All diese Kabinette und Fraktionen sind unter einen Begriff zu stellen, der in Frankreichs politischer Landschaft seit der Revolution 1789 Tradition hat: die Clubs.

Auch die Sozialistische Partei integrierte vor ihrem Debakel solche Zirkel, die sich jeweils dadurch auszeichneten, daß sich darin Menschen einer soziologischen Gruppe wie Handwerker oder Händler heimisch fühlten, oder daß der Zugang von besonderen Befähigungen abhängig gemacht wurde. So beim Club „Ceres", der von linken Ena-Abgängern ge*gründet wurde, von Elite-Schülern al*so, die vornehmlich in die Schaltstellen des Staates hineinwachsen. Eine entsprechende Clubgründung der Ena-Rechten heißt „Club de l'Horloge" – der Uhrenclub.

Kopf des „Ceres" ist der frühere Wirtschafts- und Erziehungsminister Chevènement. Er geht nun als einer der ersten in die Offensive: Um die Basis seines Clubs zu erweitern, wird eine Namensänderung vollzogen in „Sozialismus und Republik". Das for*dert wiederum den ehemaligen Pre*mierminister Laurent Fabius heraus, auch er ein Ena-Absolvent. Fabius verstärkt plötzlich seine persönlichen Kontakte zu rund 40 ihm ergebenen Abgeordneten, lädt ein zu Mittagessen, zur Diskussion. Sein Club nennt sich „Solidarité Moderne".

Rocardisten im Vormarsch

Auch der Vorgänger im Amt des Premiers, Pierre Mauroy, wird aktiver und möchte heute vergessen machen, daß er einst mit den Kommunisten die Regierung bildete, aus der ein anderer frühzeitig auszog: Michel Rocard. Mit dem Linksideologen Chevènement stritt er einst um die sozialistische *Wirtschaftspolitik*, für Mitterrand wurde er zum gefährlichsten Konkurrenten, als er auf dem Parteitag 1979 in Metz seinen Anspruch auf die Präsidentschaftskandidatur vorbrachte. Jetzt verschickt er den Rundbrief „convaincre" – überzeugen. Etwa 50 Clubs unterstützen ihn, unter den Deputierten der Nationalversammlung bekennen sich inzwischen 33 als „Rocardisten".

Unionisten in Nordirland lenken ein

Widerstand gegen Hillsborough-Abkommen bröckelt ab / Streit über Status von Ulster

REINER GATERMANN, **London**

Sechs Monate nach der Unterzeich*nung des anglo-irischen Abkom*mens, das der Republik Irland in den Angelegenheiten der britischen Provinz Ulster ein gewisses Mitspracherecht einräumt, zeigen sich erste Risse in der protestantischen Unionisten-Front Nordirlands.

Deutlich wurde dies jetzt, als der Stadtrat von Belfast beschloß, die politische Arbeit wieder aufzunehmen. In den vergangenen sechs Monaten hatte er sich, ebenso wie die übrigen 18 von Unionisten kontrollierten Stadt- und *Gemeinderäte Ulsters*, aus Protest gegen das Hillsborough-Abkommen ständig vertagt. Diesmal *scherten jedoch fünf Unionisten aus* und verhalfen somit der Opposition zu einer Mehrheit.

Hätten die Unionisten an ihrer bisherigen Linie festgehalten, hätten sie sich der Mißachtung des Obersten Gerichts schuldig gemacht. Für diesen Fall hatte es bereits eine Geldstra*fe von umgerechnet 87 500 Mark an*gedroht. Andernorts verstießen Unionisten gegen einen weiteren Protest-Beschluß: Sie unterhielten Kontakte zu britischen Regierungsbehörden.

Als im November 1985 die beiden großen protestantischen politischen Parteien, die gemäßigten Offiziellen Unionisten und die radikaleren Demokratischen Unionisten beschlossen, gemeinsame Sache gegen die anglo-irische Vereinbarung zu machen, betrachteten viele dies mit großer Skepsis. Denn *bis zu* diesem Zeitpunkt stand man sich eher feindlich gegenüber. Tatsächlich begannen auch nach den von ihnen erzwungenen Nachwahlen in Nordirland für das Unterhaus in London die bis dahin vertuschten Meinungsunterschiede offen hervorzutreten.

Hinzu kommt eine tiefe ideologische Spaltung unter den „Offiziellen". Eine Fraktion fordert die totale *Integration Ulsters in das Vereinigte* Königreich, das heißt, keine eigene parlamentarische Vertretung und die Gleichstellung mit den übrigen britischen Provinzen. Eine andere plädiert für eine Machtteilung in Nordirland zwischen der protestantischen Mehrheit und der katholischen Minderheit.

Vor allem mit ihrer Forderung, mit London nur über die Zukunft Ulsters verhandeln zu wollen, wenn das Hillsborough-Abkommen annulliert wird, haben sich die Unionisten in eine Sackgasse manövriert. Offenbar nimmt die Zahl derer in Nordirland *zu, die gegen den totalen Konfronta*tionskurs der Unionisten sind, aber vor allem mit der zunehmenden Gewalt der protestantischen paramilitärischen Gruppen nichts zu tun haben wollen.

Schtscharanskis Rat für Gespräche

AFP, **Washington**

Enttäuscht wegen der im Westen herrschenden Ansichten über das Demokratieverständnis in der Sowjetunion hat sich der Bürgerrechtler Anatoli Schtscharanski geäußert. In einem Interview mit dem amerikanischen Magazin „US News and World Report" sagte Schtscharanski, der im Februar nach neunjähriger Lagerhaft freigelassen wurde: „Ich glaube nicht, daß die Mehrheit der Bevölkerung (in der *UdSSR*) es *für wichtig* hält, einen demokratischen Staat zu haben."

Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen meinte Schtscharanski: „Man muß der Sowjetunion zu verste*hen geben, daß es keine Fortschritte* geben kann, solange sie nicht die in den Vereinbarungen von Helsinki eingegangenen Verpflichtungen auf dem Gebiet der Menschenrechte erfüllt hat."

Spranger nennt Forderung nach Rücktritt ‚überflüssig'

WELT-Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär

GÜNTHER BADING, Bonn

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium Carl-Dieter Spranger hat die von der SPD-Opposition aber auch vom linken Flügel des Koalitionspartners FDP geäußerte Kritik an dem von ihm angeforderten Verfassungsschutzbericht über die Bündnispolitik der DKP gegenüber SPD und Gewerkschaften energisch zurückgewiesen. Im Gespräch mit der WELT wies Spranger auch den Vorwurf zurück, daß SPD-Politiker bespitzelt worden seien. Ihre Namen seien zu Recht in dem Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) genannt worden. Spranger: „Wer natürlich gemeinsame Aktionen mit Kommunisten macht, gerät dann zu Recht in das Blickfeld der Verfassungsschutzbehörden, ohne daß man ihn persönlich gleich als Extremisten bewertet."

Zu den Vorhaltungen der SPD und des FDP-Abgeordneten Gerhart Baum, seine Verhaltensweise sei nicht verfassungskonform gewesen, sagte Spranger: „Diese Vorwürfe sind Unsinn. Das BfV hat einen zur Veröffentlichung bestimmten Bericht über die Bündnispolitik der DKP vorgelegt. Darüber berichtet das Bundesinnenministerium von jeher in jährlichen Verfassungsschutzberichten und auch im Rahmen zahlreicher Anfragen aus dem Parlament."

„Die SPD ist uneins"

Im übrigen sei sich die SPD auch unter sich uneins, sagte Spranger in Anspielung auf die Tatsache, daß SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz in einem Artikel für die theoretische SPD-Zeitschrift „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte" wörtlich aus dem Verfassungsschutzbericht zitiert hatte (WELT vom 9. 5.). „Herr Glotz fand den Bericht so überzeugend, daß er Bewertungen und Zitate übernahm. Daß wir Hand in Hand arbeiten – ich als Auftraggeber und er als Abschreiber – amüsiert mich."

Die Forderung des FDP-Abgeordneten *nach seinem Rücktritt oder* seiner Entlassung nannte der Parlamentarische Staatssekretär „ebenso unbegründet wie überflüssig. Sie sagen nichts über meine Amtsführung, aber alles über Baums angemaßte Rolle als Oppositionsredner innerhalb der Koalition."

U-Ausschuß als Instrument

Kritisch setzte sich Spranger auch mit dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß auseinander, der – von SPD und Grünen beantragt – die Aufsicht des Innenministeriums über den Verfassungsschutz überprüfen soll. Inzwischen ist der Ausschuß allerdings durch die Beweisanträge der SPD zu einem Mittel der „Ausforschung" des Innenlebens des Kölner Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) geworden, wie es Unionsabgeordnete, die dem Gremium angehören, bezeichnet haben.

Spranger dazu: „Die Vorwürfe von SPD und Grünen, die den Ausschuß initiiert haben, sind unbegründet und *bleiben unbewiesen."* Er selber habe sich – ebensowenig wie Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann – in seiner Amtsführung nichts vorzuwerfen. Der Ausschuß und das öffentliche *Echo darauf aus der Opposition* allerdings belaste den Verfassungsschutz und seine Beamten.

„Politiker der SPD in Bund und Ländern sind dabei, den Verfassungsschutz zu diskreditieren, um in Aussicht genommene radikale Bündnispartner reinzuwaschen", sagte Spranger in deutlicher Anspielung auf die in den Unionsparteien vertretene Ansicht, daß die SPD ob in Niedersachsen nach der Landtagswahl im Juni oder im Bund nach der Wahl 1987 mit den Grünen koalieren werde, wenn sie das an die Macht bringt.

Plädoyer für Patenschaften

AP, Goslar

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Helmut Sauer hat an Länder und Kommunen appelliert, die Patenschaften zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Gebieten jenseits von Oder und Neiße auszubauen. Vorbild könne das Land Niedersachsen sein, das 1950 die Patenschaft für Schlesien übernommen hat, erklärte Sauer auf einem Vertriebenentreffen in Goslar.

Sauer kritisierte zugleich, daß Städte und Kreise, wo SPD und Grüne die Mehrheit hätten, sich nicht mehr an die nach 1945 geschlossenen Patenschaften mit Städten und Kreisen Ostdeutschlands, des Sudetenlandes oder anderer deutscher Siedlungsgebiete hielten.

Schiedermair bestätigt

dpa, Heidelberg

Der Präsident des Hochschulverbandes, Professor Hartmut Schiedermair, ist für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt worden. Er wurde zum Abschluß des Hochschulverbandstages seiner Organisation in Heidelberg einstimmig gewählt.

Der Kölner Jurist führt die mit rund 12 000 Mitgliedern größte Berufsvertretung von Hochschullehrern in der Bundesrepublik schon seit sechs Jahren. Zu Vizepräsidenten des Hochschulverbandes wurden die Professoren Christine Heym (Heidelberg) und Klaus Dietz (Berlin) gewählt. Die Organisation beschloß in Heidelberg, ihren Namen in „Deutscher Hochschulverband" umzuändern.

Vom „Deutschen Reich" war nicht mehr die Rede

Zeitzeugen schildern die politische Lethargie nach 1945

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Was haben die Deutschen in den Westzonen nach 1945 politisch gedacht, gewünscht, gefürchtet, gesagt, getan?" Zeitzeugen versuchten jetzt eine Antwort zu geben. In alten Unterlagen blätterte die Meinungsforscherin Professor Elisabeth Noelle-Neumann vor dem historisch-politischen Arbeitskreis des „Kuratoriums unteilbares Deutschland". Der Begriff „Deutsches Reich", so ihr Fazit, kam schon bei Befragungen vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr vor; er existierte auch nicht in den insgesamt 2100 Fragen und Antworten bei Meinungstests verschiedener Initiatoren bis 1955.

Zum Thema der zweitägigen Veranstaltung äußerten sich im Sitzungssaal der SPD-Fraktion im Bundeshaus „Zeitzeugen" wie Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger (SPD), Bundesminister a. D. Rainer Barzel (CDU), Justizminister a. D. Wolfgang Haussmann (FDP), die ehemalige Staatsministerin und jetzige Beauftragte der Bundesregierung für die Integration ausländischer Arbeitnehmer, Liselotte Funcke (FDP), Bundesminister a. D. Johann Baptist Gradl (CDU), der stellvertretende Vorsitzende des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen, der SPD-Bundestagsabgeordnete Lothar Löffler und Professor Iring Fetscher.

Die Sorgen der Deutschen

Während die Vorjahrssitzung des Arbeitskreises im Mai 1985 mit einem Eklat geendet hatte, als der damalige stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Jürgen Schmude, den Wiedervereinigungsauftrag in der Präambel des Grundgesetzes in Frage stellte und daraufhin auch aus seiner eigenen Fraktion heftig angegriffen wurde, herrschte diesmal unter den Wortführern der Veranstaltung keine erkennbare Dissonanz. Alle „Zeitzeugen", zu denen auch Bundeskanzler a. D. Kurt Georg Kiesinger (82) gehören sollte, der aus gesundheitlichen Gründen verhindert war, schilderten die politische Lethargie des Neuanfangs, in der die Bevölkerung aller „Besatzungszonen" *ganz* andere Sorgen hatte. Frau Noelle-Neumann: „Die ersten Umfragen, die wir veranstalten durften, mußten sich auf die französische Zone beschränken und ergaben, daß jede *zweite Wohnung* vom *Luftkrieg* betroffen war.

„Unfruchtbares Jahr"

Jeder zweite bejahte die vorsichtig gestellte Frage: „Haben Sie unter der Entnazifizierung gelitten?" Im übrigen beginne die Forschung erst jetzt, sich mit dem Lebensgefühl jener Jahre zu beschäftigen. Selbst Liselotte Funcke aus einer politischen Familie, deren Vater in Hagen in Westfalen den FDP-Vorgänger „Deutsche Volkspartei" als „Auffangbecken rechts vom Zentrum" gründete, schrieb damals in ihr Tagebuch, daß wieder ein „unfruchtbares Jahr" zu Ende gegangen sei. Jedes Gerücht, *selbst das unsinnigste*, fand Verbreitung.

Wie sich aus solchem Boden demokratische Parteien mit dem Ziel, *die Einheit Deutschlands zu bewahren*, bilden konnten, schilderten die „Zeitzeugen" mit teilweise sehr emotionalen Beiträgen, die den Verlust eines politischen Willens beim Großteil der Bevölkerung, aber auch den eisernen Willen bei den neugegründeten Parteien und ihr Festhalten an „Deutschland" erkennen ließen. So wollte Lothar Löffler, der den Einmarsch der Sowjets miterlebte, „nicht mehr Deutscher sein", schloß sich aber im selben Jahr der SPD an, deren Chef Kurt Schumacher, so *Frau Renger*, „die Reichseinheit erhalten wollte".

Über die skandalöse Mißwirtschaft, die teilweise abenteuerlichen Geschäftspraktiken, das illegale Spendenunwesen sowie die politische Verfilzung der Neuen Heimat vor allem mit SPD und DGB ist im Zusammenhang mit der Krise des gewerkschaftseigenen Baukonzerns bereits ausführlich berichtet worden. Dagegen gab es bisher über das Verhalten der früheren Vorstandsherren mehr Gerüchte als Informationen. Aus dem bisher noch nicht veröffentlichten Ergebnis des Hamburger Untersuchungs-Ausschusses geht hervor, daß die ehemaligen Konzernmanager auf Kosten der Mieter und der Steuerzahler ein Leben in Saus und Braus führten.





Ex-Vorstandsmitglied Harro Iden FOTO: DPA

Ex-Vorstandsmitglied Wolfgang Vormbrock FOTO: DPA

Ex-Vorstandsvorsitzender Albert Vietor FOTO: J. DARCHINGER

Das süße Leben auf der Vorstands-Etage der Neuen Heimat

Durch den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Hamburger Abgeordnetenhauses, der nach dreijähriger Arbeit soeben seine Untersuchung des Konzerns beendet hat, dringen jetzt zum ersten Mal Einzelheiten aus der Vorstandsetage der Neuen Heimat (NH), die auf den ersten Blick unglaublich wirken.

Doch nach den übereinstimmenden Feststellungen von SPD, CDU und GAL im noch unveröffentlichten, 1200 Seiten starken Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses haben die ehemaligen Geschäftsführer der Neuen Heimat ein Leben in Saus und Braus geführt. „King" Albert Vietor und seine Spitzengenossen leisteten sich viele Jahre lang aus der Firmenkasse und damit auf Kosten der Mieter und der Steuerzahler einen unvorstellbaren Luxus, der bei der „gemeinnützigen" Neuen Heimat gegen gesetzliche Bestimmungen verstieß. Die WELT dokumentiert Einzelheiten aus dem noch vertraulichen Abschlußbericht, nennt die Gehälter der früheren Gewerkschaftsmanager und ihre fast zahllosen Sonderhonorare, berichtet vom verschwenderischen Repräsentationsstil, den „Kontakttreffen" der Neuen Heimat mit den Spitzenfunktionären des DGB und zitiert aus den Abrechnungen der „Bewirtungskosten" des gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmens.

Nach dem Bericht des Untersuchungsausschusses standen Feste und Feiern für die Geschäftsführer der Neuen Heimat offenbar allzeit auf der Tagesordnung. Vom Hamburger Presseball bis zur Kieler Woche, von feudalen Geburtstagsfeiern *und kostspieligen Privatpartys bis* hin zu feucht-fröhlichen Grundsteinlegungen reichen die üppigen Aufwendungen, die unter „Unternehmenswerbung und Repräsentation" verbucht wurden und von den Hamburger Abgeordneten wegen ihrer Fülle „nur stichprobenhaft" untersucht und belegt werden konnten. Höhepunkte im Feier-Kalender der leitenden NH-Mitarbeiter waren unbestritten die alljährlichen „Geschäftsführerkonferenzen".

Modeschauen und Präsente für die Ehefrauen

Teilnehmer dieser mehrtägigen Veranstaltungen in malerischen Urlaubsorten waren „die Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer, Direktoren, Prokuristen und Hauptabteilungsleiter sowie deren Ehefrauen". Für die Ehefrauen der NH-Manager wurden laut Bericht Modeschauen, Theaterbesuche, Weinproben, Präsente und Ausflüge organisiert.

Beliebt bei allen Teilnehmern war der gemeinsame Festabend, an dem auch „namhafte Künstler auftraten", wie im Bericht lakonisch vermerkt wird. Die Kosten der in Garmisch-Partenkirchen, im Golfhotel Iglerhof in Tirol, in Baden-Baden, Kitzbühel, Grafenau, Malente, am Eibsee oder auch einmal im Hamburger „Loews Plaza" *stattfindenden Konferenzen* waren beträchtlich. Sie beliefen sich von 1964 bis 1968 auf 206 000 Mark und wurden 1972 mit 63 000 Mark, 1973 mit 55 000 Mark und 1977 mit 36 000 Mark angegeben. Die Konferenz von 1974 in Baden-Baden muß mit Kosten von 108 000 Mark besonders angenehm ausgefallen sein, wobei wie in den Jahren zuvor auf Druck der Finanzbehörden ein Teil der Aufwendungen der Herren und Damen für „Kosten der Lebensführung" als Steuer zu entrichten waren. Die Neue Heimat zahlte klaglos.

Neben diesen beliebten Veranstaltungen gab es mehrfach auch die „Kontaktkonferenzen" mit dem DGB-Bundesvorstand. Auch an diesen *mehrtägigen Veranstaltungen* nahmen die Ehefrauen teil. „Die Kosten trug die NH ... Der auf die Ehefrauen entfallende Anteil an den Kosten wurde von der NH nachversteuert", formuliert der Untersuchungsausschuß in seinem Bericht. Die Kosten der Genossen-Treffen: 1972 Garmisch-Partenkirchen – 84 000 Mark, 1976 Travemünde – 21 000 Mark, 1978 Grainau/Eibsee – mehr als 32 000 Mark.

Nach Auffassung des Untersuchungsausschusses ging dieser Aufwand „erheblich über die nach Paragraph 12 Wohnungsbau-Gemeinnützigkeitsgesetz (WGG) zugrunde zu legenden angemessenen Grenzen hinaus und verletzte den Grundsatz der sparsamen Verwaltung". Der Aufwand habe die Verwaltungskosten mit für ein Wohnungsunternehmen völlig sachfremden Kosten belastet. „Das Ausmaß der persönlichen Vorteile für die Vorstandsmitglieder und die Regionalgeschäftsführer in diesem Zusammenhang überschreitet darüber hinaus die in öffentlichen Betrieben gewährten *Zuwendungen erheblich", urteilt* der Untersuchungsausschuß.

Diese harte Kritik gilt auch für die „Repräsentations-, Werbungs- und Bewirtungskosten" lediglich der acht Regierungsgesellschafter des Gewerkschaftskonzerns, die sich zwischen 1972 und 1981 auf den bemerkenswerten Betrag von über 26 *Millionen Mark summierten und in* den immer schlechter werdenden Geschäftsjahren auch noch anstiegen. Die folgende Tabelle beweist die Lebensfreude der Vorstandsmitglieder der Neuen Heimat ebenso wie ihre guten Kontakte zum DGB und den Einzelgewerkschaften. Allerdings wirft sie auch Fragen etwa nach dem Verbleib der 1980 abgerechneten 720 Flaschen „Asbach"-Weinbrand, der Notwendigkeit der Weihnachtsgeschenke für fast 47 000 Mark vom Vor*stand* des Unternehmens an den mit führenden Gewerkschaftern besetzten Aufsichtsrat 1972 oder den Grund für die 1976 verschenkten „Taschen für Sekretärinnen von Geschäftsfreunden" und deren Inhalt auf. Ebenso bemerkenswert sind auch die 4000-Mark-Gage für Gitte, der 34 000 Mark teure Geburtstagsempfang des NH-Vorstands Jaenecke, die üppigen Privatparty-Abrechnungen der NH-Manager Vietor, Vormbrock *und Iden, die Chartergebühr für den* Schoner „Elionor" in Höhe von 25 500 Mark anläßlich des Tourenskippertreffens in Kiel oder die Werbegeschenke über 106 000 Mark allein im Geschäftsjahr 1974 für „Tagungen und ordentlichen Gewerkschaftstagen von DGB-Einzelgewerkschaften, Bundeskongreß und Abteilungsveranstaltung des DGB sowie der Bundesjugendkonferenz des DGB".

dito Hambu... Bewirtung Vorstand mit Journalisten		
Essen mit Geschäftsführung und AR-NWDS		6 400
Geschäftsführerkonferenz einschließlich Damenprogramm (nicht in den in Ziff. 35.2.4.1.2.11 genannten Kosten enthalten)	1974	3 500
Beiratssitzung IG BSE		2 600
Informationsbesuch IG BSE Augsburg in Hamburg		2 900
Empfang Vorstand NH für Begegnung DGB-Bundesvorstand mit den nordischen Gewerkschaftsbünden		4 900
Elbefahrt aus Anlaß Gewerkschaftskongreß IG Druck und Papier		5 300
Schiffsreise für Betriebe		5 200
Empfang Vorstand NH für DGB-Bundesvorstand		3 000
Reise mit ARD-Fernsehteam		15 000

Gemeinnützig? Ausgaben von der Geschäftsführer-Konferenz mit Damenprogramm bis zur Schiffsreise

Studienreisen ins Ausland mit touristischen Zielen

So fragwürdig wie dieses Spendiergehabe eines schließlich steuerprivilegierten und deswegen strikt zur sparsamen Verwaltung im Sinne des Gemeinwohls verpflichteten Unternehmens waren auch die Reisen. Nach dem Bericht des Untersuchungsausschusses „hat die NH in den Jahren 1964 bis 1968 Studienreisen in das Ausland für ihre Vorstandsmitglieder, leitenden Angestellten sowie für Gäste (hauptsächlich Aufsichtsratsmitglieder und Gewerkschaftsfunktionäre) veranstaltet, an denen auch die Ehefrauen des genannten Personenkreises teilnahmen". Bei der Betriebsprüfung wurde später festgestellt, daß die Programme der Reisen sowohl berufliche wie auch touristische Ziele enthielten, „wobei die letztgenannten überwogen". *Die Kosten beliefen* sich auf über 1,5 Millionen Mark.

„Für ein Beiratsmitglied der NH und dessen Begleitung übernahm die NH 1973 die Charterkosten (rund 3000 Mark) für einen Flug von Düsseldorf nach Bad Tölz. Zweck der Reise war ein Sanatoriumsaufenthalt in Rottach-Egern. Im Jahr 1974 *entstanden der NH ... insgesamt* für Reisekosten Aufwendungen in Höhe von 180 000 Mark. Sie wurden veranlaßt durch Charterflüge der Vorstandsmitglieder innerhalb der Bundesrepublik zu Geschäftsführerkonferenzen, Aufsichtsratssitzungen, Gesprächen mit Politikern, Gesellschafterbesprechungen. Zwischen 1972 und 1974 veranstaltete auch die Neue Heimat Nord Studienreisen nach Stockholm, Brüssel/Paris und Port Grimaud", heißt es weiter in dem Bericht des Hamburger Untersuchungsausschusses.

Nach Angaben der NH sollen die Reisen in Zusammenhang gestanden haben mit Großbauvorhaben in Hamburg (Siedlungen Mümmelmannsberg und Allermöhe). „Teilnehmer waren 1972 die Mitglieder des Planungsbeirats (Politiker der drei in der Bürgerschaft vertretenen Parteien sowie Beamte der Baubehörde) für das Bauvorhaben Mümmelmannsberg." Die Aufzählung beruhe auf „Zufallsfunden" in den Akten, stellt der Bericht fest und rügt, die staatlichen Aufsichtsbehörden der gemeinnützigen *Gesellschaft* hätten sich „mit der Frage der Angemessenheit und Notwendigkeit der Reisekosten erkennbar nie beschäftigt".

Bemerkenswert fand der Ausschuß auch die Gehälter und Tantiemen der NH-Geschäftsführer, deren Höhe sich nach dem WGG an „öffentlichen Betrieben" ausrichten solle, aber nie näher fixiert wurde. Während ein Direktor des Prüfverbandes „Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen" (VNW) ein Jahresgehalt von rund 130 000 Mark (B 6 im öffentlichen Dienst) für angemessen hielt, verzichtete der vom Ausschuß heute wegen „krassen Versagens" angegriffene VNW auf „ausdrücklichen" Wunsch der NH einfach darauf, die Höhe der Gehälter in den Prüfberichten anzugeben. Auch die staatlichen Aufsichtsbehörden hielten sich in diesem Zusammen*hang „sehr" zurück*, wie der Ausschuß rügt.

Tatsächlich hätten die Prüfer allen Grund gehabt, aufmerksam zu werden. „King" Albert Vietor steigerte nämlich sein Gehalt von 131 000 Mark im Jahre 1965 auf 180 000 Mark im Jahre 1979, doch war dies nur ein bescheidener Vor*griff auf die 1969 beginnende* wunderbare Einkommensvermehrung. 1969 wurde nämlich die nicht gemeinnützige Neue Heimat Städtebau (NHS) gegründet, die den NH-Managern goldene *Zeiten* brachte, da sie in Personalunion auch die NHS leiteten. Vietor kassierte denn auch prompt zu seinem NH-Gehalt von 165 000 Mark im Jahr 1969 zusätzliche 40 000 Mark von der NHS, die damals begann, vor allem in SPD-regierten Ländern Großprojekte wie zum Beispiel das Aachener Klinikum aus dem Boden zu stampfen.

Während die wirtschaftliche Entwicklung der NH „schon lange vor 1969 aufgrund der nachlassenden Bautätigkeit stagnierte", wie der Untersuchungsausschuß ermittelte, und die Verwaltung des gemeinnützigen Wohnungsbestandes „dementsprechend nur geringe Aufmerksamkeit des Vorstands" erforderte, ging es bei der NHS erst einmal steil aufwärts. *Dementsprechend* konnte Vietor im Aufsichtsrat auch sein Gehalt vergrößern: Aus den 205 000 Mark von 1969 wurden ab 1971 jährlich 220 000 Mark, die sich Vietor 1979 einschließlich der Tantieme mit 468 000 Mark mehr als verdoppeln ließ und 1981 auf 528 000 Mark steigerte. Die Bezüge der anderen Geschäftsführer wuchsen entsprechend, so daß wohl von Neid auf der Beletage des Konzerns keine Rede war.

Üppige Vergütungen aus der gemeinnützigen Kasse

Das Vorstandsmitglied *Iden* durfte sich über 170 000 Mark (1969), 315 000 Mark (1980) und ab 1981 430 000 Mark im Jahr freuen. Die Geschäftsführerkollegen Vormbrock, Pinther, Dresel, Dehnkampf, Städter erhielten ab 1981 jährlich 352 000 Mark. Beanstandungen der Aufsichtsbehörden gab es „nie", obwohl der Löwenanteil dieser üppigen Vergütungen aus der gemeinnützigen NH-Kasse gezahlt werden mußte und die profitorientierte NHS kaum ein Drittel für Geschäftsführer zahlte, die sich vor allem um diesen Teil des Konzerns kümmerten.

Der Untersuchungsausschuß urteilt heute über diese Schädigung der gemeinnützigen Gesellschaft: „Der NH sind durch die unzutreffende Kostenaufteilung, die sich im übrigen auch im Rahmen der Ruhegeldregelung nach dem Ausscheiden aus dem *Dienstverhältnis* zu Lasten der NH fortsetzt, seit 1969 erhebliche Nachteile entstanden." Tatsächlich erfreuen sich heute die ab 1982 nach ersten Berichten über den Skandal der Neuen Heimat entlassenen Vorstandsmitglieder Ruhegeldzahlungen, die in vielen Fällen 70 Prozent der zuletzt gezahlten aktiven Bezüge ausmachen *und mit Vollendung* des 62. Lebensjahres fällig wurden. Diese Zahlungen belasteten heute die NH „in unvertretbarer Weise".

Obwohl diese Gehälter für ein gemeinnütziges Wohnungsunternehmen schon ungewöhnliche Dimensionen hatten und der Vorstand sich auch über die Dienstwagen der „herausgehobenen Wagenklasse" nicht beklagen konnte (dem Vorstand standen ab 1970/74 Mercedes der Typen 300 SEL, 450 und 350, den anderen leitenden Mitarbeitern Mercedes der Typen *280 und 250 zur* Verfügung), steigerten die Vorstandsmitglieder darüber hinaus ihre Einkünfte noch einmal beträchtlich durch weitere Funktionen. Dafür boten auch die zahlreichen Aufsichtsräte und Beiräte der NH-Regionalgesellschaften ein reiches Betätigungsfeld, obwohl nach Meinung des Untersuchungsausschusses die Beiräte der NH „überflüssig" waren und deren Organe nach der einschlägigen Rechtsauffassung wahrscheinlich ehrenamtlich hätten tätig werden müssen. Doch im Gewerkschaftskonzern NH war alles anders. Die Vorstände beaufsichtigten sich vielfach selbst, da „jeweils mehrere Vorstandsmitglieder und auch leitende Angestellte sowohl in den Aufsichtsräten als auch Beiräten vertreten gewesen" seien, wie der Bericht moniert.

Auf diese Weise ergab sich die willkommene Möglichkeit, über die üppigen Bezüge hinaus noch einmal kräftig zuzulangen. So konnte der verstorbene Albert Vietor, der auf dem Höhepunkt seiner Laufbahn 70 Aufsichtsratsmandate erobert hatte, nur bei den zahlreichen NH-Gesellschaften zum Beispiel im Jahr 1973 mindestens 150 000 Mark „nebenbei" kassieren.

Honorare für Freie blieben ungeprüft

Die anderen Geschäftsführer folgten diesem schlechten Beispiel entsprechend der Bedeutung ihrer Positionen im Konzern. Diese „unzulässigen Vergünstigungen" belasteten das mit großen Schwierigkeiten kämpfende Unternehmen mit *zusätzlichen Kosten, die sich allein* in dem kleinen Teilkonzern der NH in Bremen und Niedersachsen im Jahr 1980 auf 715 000 Mark summierten. Diese Beträge sind nicht erstaunlich, da die NH-Gesellschaften „im Zusammenhang mit Sitzungen über die genannten Aufwendungen hinaus einen erheblichen Repräsentationsaufwand betrieben, der ebenfalls gegen Paragraph 12 WGG verstieß", wie der Untersuchungsausschuß bemerkte. Die staatliche Aufsicht rügte diese Praktiken zu keinem Zeitpunkt.

Auch die Honorierung freier Mitarbeiter wurde von den Kontrollbehörden nicht überprüft, obwohl der Ausschuß erhebliche Zweifel an der Ordnungsmäßigkeit der Zahlungen hat, „da keine angemessene Gegenleistung erkennbar ist oder der Zahlungsgrund auf gemeinnützigkeitsrechtliche Bedenken stößt". So bekamen zahlreiche NH-Mitarbeiter nach ihrer Pensionierung Honorare für „Sonderaufträge", die nicht näher begründet wurden. Auch das Wirken der zahlreichen sogenannten „Kontaktangestellten" der NH bleibt der Spekulation überlassen, da „Gegenleistungen" nicht festgestellt wurden. So hatte der prominente Bremer SPD-Politiker Richard Boljahn seit 1954 einen Beratervertrag und bezog „mindestens" bis 1977 ein Gehalt, das 1974 bei 103 785 Mark *brutto* lag. Darüber hinaus übernahm die NH offenbar Boljahns Kosten für Sekretärin und Pkw.

Auch der ehemalige Hamburger Bürgermeister Nevermann (SPD) beriet von 1965 bis 1974 den Konzern „in allen rechtlichen Fragen", obwohl der Ausschuß dies „bezweifelt". Neben den für NH-Verhältnisse bescheiden wirkenden Jahreshonoraren von 27 600 Mark heißt es in dem Abschlußbericht über sonstige Leistungen:

- „Bezahlung eines Sekretärs (Klüssendorf),
- Anschaffung eines Mercedes 200, Übernahme der Betriebskosten,
- Bezahlung des Fahrers." *(DW.)*

Bildhauer Fritz Cremer – Leben zwischen Arrangement und Engagement

Enttäuschende neue Bürgerlichkeit

Sein Antifaschismus entbehrte der Klarheit, der sich sonst Kommunisten rühmen. Trotz Mitgliedschaft in der KPD und anfänglicher Aktivitäten bei einer Unterschriftensammlung gegen die Diffamierung der Käthe Kollwitz zu Beginn der Naziherrschaft wurde die künstlerische Laufbahn des jungen Bildhauers Fritz Cremer nie ernsthaft gefährdet. Er arbeitete zeitweise im Atelier eines Bildhauers, der unter anderem für Herrmann Görings Luftwaffenbauten Reichsadler fabrizierte. Abgetaucht und von wohlwollenden Lehrern beraten, seinen künstlerischen Weg nicht zu gefährden, fühlte er sich geschützt.

Da Cremer auf Grund seiner neuklassizistischen Formensprache nicht in Ungnade fällt, bewirbt er sich 1936 mit dem Relief „Trauernde Frauen" – das er später der Kollwitz widmet, und das unter dem Titel „Gestapo" heimlich kursiert – für den Staatspreis, den er 1936 verliehen bekommt.

Als Meisterschüler setzt er seinen künstlerischen Weg fort, anders als seine kommunistischen Künstlerkollegen und Freunde, die ohne Cremers Wissen im Widerstand aktiv sind, wie Kurt und Elisabeth Schumacher, Oda Schottmüller.

Als der Krieg tobt, hält sich Cremer in Rom in der Villa Massimo auf, um den ihm kurz zuvor verliehenen Rompreis für Bildhauerei anzunehmen, wofür er zeitweise vom Wehrdienst freigestellt wird.

Nach dem Krieg nimmt er eine Professur in Wien an und errichtet dort sein erstes antifaschistisches Mahnmal. 1950 folgt Cremer dem Ruf der Akademie der Künste in der „DDR", wird Leiter eines Meisterateliers und ist bald einer der wichtigen Staatsbildhauer. Für seine Studenten ist er anfänglich ein wichtiger, aber unduldsamer Künstler der Stalinära. In einem Grafikzyklus brandmarkt er den Ungarnaufstand 1956 als konterrevolutionäre Barbarei. Später wird

Es ist genug gekreuzigt worden – ZDF, 22.05 Uhr

er als Schöpfer der Buchenwald-Großplastik im ehemaligen KZ gefeiert. Andere Mahnmale entstehen in den KZ-Gedenkstätten Ravensbrück und Auschwitz. Cremer, ein Künstler, der nun auf allen wichtigen Ausstellungen der „DDR" zu finden ist; dekoriert mit Staatspreisen.

Anfang der 60er Jahre erkennt er, daß die Strukturen des geforderten Sozialistischen Realismus neuen Kunstformen nicht förderlich sind. Als Mitglied der Akademie der Künste der „DDR" und Sekretär für bildende Kunst macht er sich 1961 stark für eine Akademieausstellung, zu der Meisterschüler und bisher unbekannte Künstler aus der „DDR" eingeladen werden. Was dort an neuer Formensprache gezeigt wird, wirkt für die damaligen „DDR"-Verhältnisse ungewöhnlich. Der Widerspruch bleibt nicht aus. Die Ausstellung wird als „schändlich" kritisiert und Cremer zeitweise zum Sprachrohr einer jungen Künstlergeneration.

Er unterschreibt eine Petition gegen die Ausweisung von Wolf Biermann. Zieht aber bald darauf seine Unterschrift zurück, unter anderem mit der Begründung, die Petition sei ohne sein Wissen der Westpresse zugestellt worden.

Seinen Einfluß, als anerkannter Bildhauer neue Künstlerpersönlichkeiten der Akademie der Künste zuzuführen, hat er stets wahrgenommen in der Hoffnung, dort das künstlerische Niveau, wie er es verstand, zu heben. Er bedauerte später, daß manche seiner Hoffnungen nicht aufgegangen seien. Der Trend zur Anpassung und neuen Bürgerlichkeit hätten ihre Wirkungen gehabt.

Heute ist es still geworden um ihn, den nun 80jährigen. Jüngst war seine Stimme einmal zu hören, als er sich für den Kunsthistoriker Diether Schmidt einsetzte, den die staatlichen Vollzugsbehörden eingesperrt und dann in den Westen abgeschoben haben.

SIEGHARD POHL

KRITIK

Meisterstück des kleinen Witzes

Man kann natürlich sagen, der Wolfgang Menge, der das sechsgeteilte Gaunerstück ersonnen hat, und seine Komplizen (nennen wir Hansjörg Felmy, Ulli Philip, Wolfgang Völz und den Regisseur Hartmut Griesmayr) hätten unmoralische Lebenshilfen ausgestreut. Aber wer das sagt, müßte wohl die Weltliteratur auf ein Minimum reduzieren. Das **Unternehmen Köpenick** (ZDF) ist weder moralisch, noch ist es unmoralisch, es ist lustig. Und noch etwas: Die Lustigkeit der kurzen Serie liegt weit ab von dem feuchten Lachen der Otto-(etcetera)Anhänger. *Menges Humor* ist der des beiläufigen Wortes, des beiläufigen Gaunerstücks und der beiläufigen Versöhnung.

Felmy dreht einem pensionierten Kriminalbeamten eine Kuh an, zum Beispiel. Das ist eine banale Story. Doch wie sie ausgebaut ist bis hin zum Erinnerungsfoto, bei dem der Verkäufer, also Felmy, hinter das Tier taucht, so daß der Kriminale ihn vergeblich sucht – das allein ist ein Meisterstück des kleinen Witzes am Rande des Weges. Oder die naßforsche Methode, Autoreisende auf dem Transportzug nach der Insel Sylt auszunehmen! Lernbegierigen Junggaunern freilich bringt es nichts, denn das Zustandekommen verbirgt die Regie. Aber den arglosen Zuschauer versetzt es in eitel Fernsehfröhlichkeit.

Natürlich stimmt nichts in diesen Schelmengeschichten, natürlich sind sie voller Zufälligkeiten, die dem braven Menge immer rechtzeitig ins Drehbuch geraten – aber wer sagt es eigentlich, daß in einer ehrlichen Flunkerei alles von Wahrheit und Wahrscheinlichkeit triefen muß? In einem richtigen Märchen spielt der technische Vollzug ja auch keine Rolle, das ist der Unterschied zwischen Spiel und Spiegel.

Freilich, und jetzt kommt's, hätte man sich gerne die Freude und Lust an der Raffinesse gegönnt, mit der Felmy als Verwandlungskünstler von Gaunerrolle zu Gaunerrolle wechselte, so ganz ohne Maskenbildner und nur von zwei Helfern unterstützt. Aber nun ja! Man soll, wenn man sich *schon aufs* Spielen *eingelassen* hat, nicht auch nachsehen wollen, was in der Puppe drinsteckt.

V. P.

Via Bildschirm Wege aus der Krise finden

Christa, 17 Jahre alt, ist extrem unsicher. Sie ist gehemmt, weil ihre Mitschüler sich darüber lustig machen, daß sie beim Lesen fremdsprachiger Texte stottert. Das junge Mädchen bekommt heute Hilfe per Television. Als Ratgeber bei der Bewältigung von Alltagsproblemen, nicht als Therapeuten via Fernsehwelle, verstehen sich Ernst Klinnert und sein Psychologen-Team. Der Chef der WDR-Programmgruppe Schulfernsehen und Erwachsenenbildung moderiert allwöchentlich im

Hilferufe – WDR III, 20.45 Uhr

Dritten Programm des WDR „Hilferufe", eine Sendung, die seelische Konflikte von Menschen wie Christa aufgreift und möglichst, so der Untertitel, „Wege aus der Krise" aufzeigt.

Die behandelten Problemfälle sind authentisch, aus vielen Zuschauerbriefen ausgewählt. Die „Hilferufe"-Redaktion läßt sie von Darstellern in einem Film nachspielen. Drei Psychotherapeuten nehmen zu dem Problem Stellung. Der Betroffene verfolgt die Live-Sendung in einem dem Studio benachbarten Raum und kann hinterher mit den Fachleuten reden.

Die Reaktionen auf „Hilferufe" sind enorm. Etwa 30 Briefe treffen nach jeder Sendung ein, erzählt Klinnert. Immer wieder sei er erstaunt, wieviele Leute gegenüber einer so anonymen Institution ihr Innerstes nach außen kehren – in der Hoffnung, daß ihre „Beichte" in die richtigen Hände komme.

Als Grundsatz für die Sendereihe gilt, daß die Anonymität des Betroffenen und seiner Partner gewahrt bleibt. Jeder erhält außerdem Gelegenheit, das Drehbuch zu überprüfen und eventuell zu korrigieren oder zu ergänzen. Außerdem gewährleisten intensive Vorgespräche, daß die nötige Vertrauensbasis geschaffen ist. „Oft werden die Psychotherapeuten dann eine Lösung finden, manchmal nicht," sagt Klinnert, der in den sechziger Jahren als Medizinredakteur beim WDR angefangen hat.

Die Live-Sendung ist nur ein Teil des „Hilferufe"-Paketes. Während und auch nach der Sendung beantworten Psychotherapeuten an den Studiotelefonen Fragen von Zuschauern. Außerdem benennt das „Hilferufe"-Team Beratungsstellen und Fachleute.

EGON WOLFF

ARD · ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.10 Sesamstraße
9.45 ARD-Ratgeber
10.00 Tagesschau
10.03 Bocuse à la carte
10.30 Thomas auf der Himmelsleiter
11.55 Umschau
12.15 Weltspiegel
13.00 Tagesschau

ARD

15.50 Tagesschau
16.00 Der Zappler
... er kämpft um Anerkennung und Freunde ...
17.15 Auf und davon!
17.45 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 100 Karat
Ein perfekter Plan
21.04 Ein Platz an der Sonne
21.05 Liebeszauber
Von Wolf Hanke und José Maria Pozo
Carlos Saura, der berühmte spanische Filmregisseur, und Antonio Gades, der Flamenco-Tänzer von Weltruf, haben gemeinsam einen neuen Ballett-Film geschaffen: „Liebeszauber" nach der Musik von Manuel de Falla.
21.45 Walter Sedlmayrs Fernseh-Illustrierte
Ein Reisebericht über Irland
22.30 Tagesthemen
23.00 Hollywood in Bombay
Indischer Spielfilm (1980)
Lucia Lane, eine neurotische Bestsellerautorin, hat vier gescheiterte Ehen hinter sich, als sie in Bombay den jungen indischen Filmstar Vikram kennenlernt und sich wieder Hals über Kopf verliebt. Ihre Affäre nimmt einen recht stürmischen Verlauf.
0.45 Tagesschau
0.50 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Biedermeier-Kaleidoskop
Die Zeit 1840–1845
16.35 Die Maultrommel
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 SOKO 5113
Das Duell
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Das Mädchen und die Tauben
Fernsehspiel von Eva Maria Mieke
Ute Burger besucht mit ihrer sechsjährigen Tochter Lisa die Altbau-Straße in Berlin, wo sie während ihrer Schwangerschaft in einem Hinterhaus gewohnt hat.
21.15 WISO
Spielautomaten: Großes Geschäft mit kleiner Münze / Zur Person: Marie-Luise Günther – Unternehmerin dreifach / Industrie-Design: Gestaltung entscheidet über Verkaufserfolg / SPD-Wirtschaftskongreß: Die schwierige Suche nach einem Konzept
Moderation: Hans-Ulrich Spree
21.45 heute-journal
22.05 Es ist genug gekreuzigt worden
Der Weg des Bildhauers Fritz Cremer
Film von Norbert Bunge
22.50 Abgehört
Komödie von Peter Ustinov
Mit Hansjörg Felmy, Heidelinde Weis u. a.
0.25 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße
20.45 Hilferufe
21.45 Medizin-Magazin
22.15 Gezeichnet fürs Leben
22.45 Rüsten zur Reise ins Dritte Reich
23.55 Nachrichten

NORD
18.30 Musikinstrumente und ihre Geschichte
19.00 Den Wind in den Händen
19.15 Prisma
20.00 Tagesschau
20.15 Rufen Sie uns an!
21.15 Markt der Ideen
22.15 Invasion vom Mars
23.35 Nachrichten

HESSEN
19.00 Das internationale Kochbuch
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Die Weltwirtschaftskrise
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Magnum
22.45 Gejagte Jäger
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.30 Formel Eins
20.15 Abenteuer Wissenschaft
Nur für Baden-Württemberg:
21.00 9 aktuell
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.00 Neues um 9
Nur für das Saarland:
21.00 Neues um 9
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Saarindustrielle im Reich der Mitte
21.45 Die traurige Geschichte
22.30 Jazz am Montagabend
0.30 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Biologische Lenkwaffen gegen Krebs
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Magnum
23.35 Rundschau

SAT 1

15.00 Heiteres Geschichtenkarussell
Lauter Volltreffer
15.30 Lassie
Der Grenzstein
Anschl. Betty Boop
16.00 Musicbox
17.00 Raumschiff Enterprise
Reise nach Babel
Anschl. Geheimnis der blauen Tropfen
18.00 Westlich von Santa Fé
Der Besuch des Senators
Anschl. Dick Tracy
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Extrablatt
Moderation: Christiane Krüger und Ulli Pramann
Zu Gast: O.W. Fischer
19.45 Der träumende Mund
Deutscher Spielfilm (1952)
Mit Maria Schell, O. W. Fischer u. a.
21.30 APF blick
22.15 WM – das Wirtschaftsmagazin
22.45 JuxBox Extra
23.00 Matt Houston
23.50 APF blick



19.00 Hobbythek
19.45 Bauernmalerei
20.00 Tagesschau
20.15 Unter Ausschluß der Öffentlichkeit
Mit Peter Bongartz, Eva Matthes u. a.
21.05 Kehraus
Film von Gerhard Polt und Gisela Schneeberger
22.35 Wortwechsel
23.20 Nachrichten

3SAT

18.10 Schenk mir ein Buch
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Johnny Mathis
20.15 Sport-Zeit
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Die Verfluchten
23.00 Kennwort: Kino
23.10 Nachrichten

RTL-plus

18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 KAZ
Serie mit Ron Leibmann
„Der Hinkende"
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Die Rächerin
21.47 RTL-Spiel
21.56 Scheiden – was nun?
22.57 Zeichentrick für Erwachsene
23.00 Wetter / Horoskop / Betthupferl

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Wieder Hoffnung für die „Trümmerfrauen"

HEINZ HECK, Bonn

Die öffentliche Kritik an der Benachteiligung der sogenannten „Trümmerfrauen" bei der rentensteigernden Anrechnung von Kindererziehungszeiten ist in den Unionsparteien nicht ohne Wirkung geblieben. Wie in der Ausgabe der WELT vom 10./11. Mai berichtet, bemühen sich maßgebliche Teile der CDU/CSU um eine „Nachbesserung".

Am 1. Januar 1986 war das Gesetz in Kraft getreten, das erstmals Kindererziehungszeiten bei der Rentenberechnung berücksichtigt. Danach haben Frauen vom Jahrgang 1921 an – kurz gesagt – einen Anspruch auf eine zusätzliche Rente von monatlich 25 Mark je Kind. Ältere Frauen (Jahrgang 1920 und früher), also die heutigen Rentnerinnen, sind bei dieser Regelung leer ausgegangen.

Ein Anerkennungsbetrag ist jetzt im Gespräch

Hätte man sie mit den jüngeren Frauen gleichgestellt, so hätte das nach Schätzung der Bundesregierung einen jährlichen Mehraufwand von fünf bis sechs Milliarden Mark zur Folge gehabt. „Ein solcher Mehraufwand ist für den Bund angesichts der gegenwärtigen Haushaltslage nicht tragbar", heißt es dazu in einer Stellungnahme zum Gesetzentwurf.

In den internen und noch nicht abgeschlossenen Beratungen schält sich jetzt ein Modell heraus, das einen „Anerkennungsbetrag" für die Aufbauleistung vorsieht, den die älteren Frauen nach dem Zweiten Weltkrieg erbracht haben. Von 1987 an sollen ihnen – unabhängig von bestehenden Rentenansprüchen – 25 Mark bei einem Kind, 50 Mark bei zwei Kindern und 75 Mark bei drei Kindern je Quartal gezahlt werden. Bei vier und mehr Kindern sollen es, für alle gleich, monatlich 50 oder 60 Mark sein.

Die daraus entstehende Mehrbelastung des Bundeshaushalts wird für das kommende Jahr auf rund 1,5 Milliarden Mark geschätzt. Dieser Betrag verringert sich in den Folgejahren um schätzungsweise jährlich etwa zehn Prozent, da keine neuen Ansprüche mehr nachwachsen. Dieser Mehrbedarf, so wird gehofft, könne im Haushaltsentwurf auch des Wahljahrs 1987 untergebracht werden, ohne das selbstgesetzte Limit von rund drei Prozent jährlicher Ausgabensteigerung zu durchbrechen.

Modellentwurf liegt dem Kanzler vor

Dieser Modellentwurf liegt nunmehr Bundeskanzler Helmut Kohl zur Prüfung vor. Er hatte frühzeitig die Absicht geäußert, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten etwas für die „Trümmerfrauen" zu tun. Darüber hinaus soll der Entwurf mit den zuständigen Interessentenverbänden erörtert werden, die an der Neuregelung massive Kritik geübt hatten.

In diesem Stadium erscheint denkbar, daß auch andere Lösungsmodelle, die eher eine rentenrechtliche als eine allein am Haushalt orientierte Lösung im Visier haben, erörtert werden. Solche Lösungen wären allerdings auch – je nach Ausgestaltung – deutlich teurer und würden den Bundeshaushalt mit mindestens über zwei Milliarden Mark belasten.

In der Union rechnet man nicht mit nennenswerter Kritik aus den Reihen der SPD. Begründet wird diese Erwartung damit, daß die Sozialdemokraten in 13 Jahren Regierungsverantwortung zwar ausgiebig die Anrechnung von Kindererziehungszeiten („Babyjahr") beraten und diskutiert hätten, ohne allerdings auch nur irgendeine Lösung zustande zu bringen.

Süssmuth spricht von Problemen in der CDU

dpa/DW. Bonn

Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth (CDU) plädiert für einen „Familientag" anstelle des Muttertages. In Radio Luxemburg sagte Frau Süssmuth, der jetzige Muttertag habe aus ihrer Sicht den Charakter von „Ersatzhandlungen". Viele glaubten, durch Blumen, Parfum oder Schmuck abarbeiten zu können, was sie den Müttern schuldeten. Die Ministerin warnte davor, die Mütter an solchen Tagen „hochzujubeln", um sie bald darauf wieder spüren zu lassen, daß ihre Arbeit zwar sehr geschätzt werde, sie selbst aber nichts kosten dürften.

In einem anderen Interview (Deutschlandfunk) erklärte Frau Süssmuth, die veränderte Situation der Frauen sei durch das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gekennzeichnet. Sie fordert ein generelles Umdenken in der Arbeitswelt. Die Ministerin gab zu, daß von ihr vertretene Vorstellungen auch in der eigenen Partei auf Skepsis gestoßen sind. In der CDU träfen sich ein altes und ein sich wandelndes Familienbild.

4000 bis 5000 Frauen aus der ganzen Bundesrepublik demonstrierten in Bonn unter dem Motto „Nicht Blumen, Rechte fordern wir". Sie forderten unter anderem mehr Einrichtungen für Kinder und Erziehung. Außerdem setzten sie sich für ein Recht auf voll bezahlte Erwerbsarbeit und radikale Arbeitszeitverkürzungen ein.

Für die meisten der 4,6 Millionen Mütter, die älter als 65 Jahre sind, sei in diesem Jahr der 11. Mai „ein Muttertag voller Bitterkeit", meinte die zweite Bundesvorsitzende des Reichsbundes der Kriegsopfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen, Sophie Goetzke, in Düsseldorf. An diesem „offiziellen Tage des privaten und gesellschaftlichen Dankes an die Mütter" müßten diese Frauen „das Unrecht, das ihnen die Regierungskoalition mit dem Ausschluß vom rentensteigernden Baby-Jahr zugefügt hat, besonders schmerzlich empfinden".

Schlag gegen arabischen Terror. Ausweisungen in Madrid und London

Libysche und syrische Kommandos in Spanien und Großbritannien aktiv

DW. Madrid/Bonn

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Spanien und Libyen sind auf einem Tiefpunkt angelangt, nachdem am Wochenende in Madrid ein zehnköpfiges Terrorkommando verhaftet wurde, das in Verbindung mit Libyen stehen soll. Die Gruppe sollte nach eigenen Angaben Anschläge auf amerikanische Einrichtungen in Madrid verüben. Der libysche Konsul Saed Mohammed Alsalam wurde am Samstag aus Spanien ausgewiesen, nachdem festgestellt worden war, daß er mit dem rechtsextremen ehemaligen Putschoffizier, Oberst Meer de Ribera, Attentatspläne erörtert hatte. Er hatte auch de Ribera zu Khadhafi begleitet, der dem spanischen Offizier die Zusage gab, die Gründung einer rechtsextremen Putschistenpartei in Spanien finanziell zu unterstützen. Spanien hat nach den Worten eines Regierungssprechers nicht die Absicht, die diplomatischen Beziehungen zu Libyen abzubrechen, obwohl das Verhältnis beider Länder derzeit einen „schwierigen Augenblick" durchlebe.

Bei den zehn mutmaßlichen Terroristen handelt es sich um vier Spanier, drei Libanesen und je einen Jordanier, Syrer und Portugiesen. Zwei von ihnen waren am 2. Mai festgenommen worden, als sie eine mehr als vier Kilogramm schwere Bombe in den Räumen der Bank of America in Madrid deponieren wollten. Die Verhafteten gaben an, der antizionistischen Organisation „Ruf Jesu Christi" anzugehören. Die Gruppe hat Kontakt zu anderen Terrororganisationen, namentlich in Lateinamerika und erhielt ihre Anweisungen direkt von „libyschen Funktionären". Zwei Kommandomitglieder gestanden, am 11. April ein Sprengstoffattentat auf das Büro von Air France in Lissabon verübt zu haben. Die beiden Täter hatten den Anschlag auf Anweisungen des libanesischen Kommandochefs verübt und danach 70 000 Dollar direkt von einem Libyer in Madrid erhalten.

Die Organisation „Ruf Jesu Christi" entstand 1978 im Libanon. Als ihr Ziel bezeichnet sie die Befreiung Palästinas von der „zionistischen Herrschaft". Am aktivsten war die Gruppe bisher in großen westlichen Hauptstädten.

Zu ernsten diplomatischen Spannungen ist es auch zwischen Großbritannien und Syrien gekommen. Die britische Regierung hatte am Samstag drei syrische Diplomaten aufgefordert, Großbritannien bis nächsten Samstag zu verlassen. Der Grund für ihre Ausweisung ist die Weigerung ihres Botschafters, ihre diplomatische Immunität aufzuheben, damit sie von Scotland Yard in Verbindung mit dem versuchten Anschlag in London auf ein Passagierflugzeug der israelischen El-Al vernommen werden können. Die Ermittlungsbehörden waren vor allem daran interessiert zu erfahren, woher der Sprengstoff stammt und wie er ins Land gebracht worden war. Verschiedentlich verlautete, daß er sowjetischen Ursprungs sei. Syrien hat gestern auf die Londoner Ausweisung reagiert und drei britische Diplomaten aufgefordert, das Land binnen einer Woche zu verlassen. Die Londoner Entscheidung wurde als „Teil der organisierten Kampagne der USA gegen die arabische Nation" bezeichnet.

In Akaba Gespräche Mubarak–Hussein

dpa, Kairo

Der ägyptische Staatspräsident Husni Mubarak ist gestern mittag überraschend zu einem Treffen mit König Hussein von Jordanien in die jordanische Hafenstadt Akaba gereist. Die amtliche ägyptische Nachrichtenagentur Mena machte keine Angaben über die Besuchsdauer und über den Inhalt der Gespräche.

Nach Meinung politischer Beobachter in Kairo werden die beiden Staatsoberhäupter über die jüngsten Gespräche Husseins mit dem syrischen Staatschef Assad in Amman reden. Mubarak habe den jordanischen König gebeten, den syrischen Präsidenten zu einer Einstellung seiner anti-ägyptischen Propaganda zu bewegen.

Verhandlungen Israel–Jordanien?

AP, Tel Aviv

Bei den vertraulichen Kontakten zwischen Israel und Jordanien wird nach Angaben des israelischen Polizeiministers Chaim Bar-Lev die Möglichkeit offener Verhandlungen über eine Friedensregelung geprüft. Ministerpräsident Peres hatte im Kabinett mitgeteilt, daß die Kontakte über einen amerikanischen Vermittler geführt würden. Wie aus zuverlässigen Kreisen verlautete, handelt es sich um den früheren Jerusalemer Generalkonsul, Wat Cluverius. Wegen der derzeitigen Spannungen zwischen Israel und Syrien und der Annäherung zwischen dem jordanischen König und dem syrischen Staatspräsidenten Assad halten israelische Regierungskreise solche Kontakte für dringlich.

„Zehnerrunde" der Union

dpa, Bonn

Die Vorsitzenden von CDU und CSU, Bundeskanzler Helmut Kohl und Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß, treffen heute zu einem Gespräch über die Regierungsarbeit in Bonn zusammen. Der sogenannten Zehnerrunde gehören ferner für die CDU Heiner Geißler, Alfred Dregger, Gerhard Stoltenberg und Wolfgang Schäuble und für die CSU Gerold Tandler, Theo Waigel, Friedrich Zimmermann und Edmund Stoiber an.

Zu den Themen dürften die Auswirkungen des Reaktorunglücks von Tschernobyl, die Agrarpolitik, koalitionsinterne Schwierigkeiten mit den Sicherheitsgesetzen und die Frage eines gemeinsamen Wahlprogramms von CDU und CSU zählen.

Vatikan schickt keinen Nuntius nach Warschau

DW. Rom

Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli hat sich gestern betont skeptisch über die Verbesserung der Beziehung der Volksrepublik Polen und dem Vatikan geäußert. Die Errichtung einer päpstlichen Nuntiatur in Warschau sei vorläufig nicht geplant, betonte Casaroli vor Journalisten. Er glaube nicht an „die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen mit Warschau, nicht morgen und nicht in diesem Jahr", aber er wolle auch nichts ausschließen, fügte der Spitzendiplomat des Papstes hinzu. Zu der Möglichkeit eines Besuchs des polnischen Staats- und Parteichefs Jaruzelski und des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow im Vatikan beschränkte sich der Kardinal auf die Bemerkung, entsprechende Vorschläge würden überprüft.

Die Reisen hochgestellter Vatikan-Vertreter in die Volksrepublik Polen hatten verschiedentlich zu der Mutmaßung geführt, eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Warschau und dem Vatikan sei bereits beschlossene Sache. Die innenpolitische Verhärtung im Heimatland des Papstes verhindert offenbar eine solche Aufwertung der Kontakte.

Casaroli ging auch auf die Entwicklung der Beziehung des Vatikan zu Jerusalem seit dem historischen Besuch von Papst Johannes Paul II. in der römischen Synagoge ein. Der Status von Jerusalem, daran ließ der Kardinalstaatssekretär keinen Zweifel, sei ein großes Hindernis. Der Vatikan betrachte Jerusalem nicht wie irgendeine Hauptstadt, da sie „nicht nur den Juden, sondern auch den Moslems, anderen Arabern und anderen Gläubigen gehört". Das Problem müsse also mit äußerster Sorgfalt angegangen werden. Auf die Möglichkeit der Eröffnung einer Nuntiatur in Tel Aviv angesprochen, vertrat der Kardinal die Ansicht, daß die Situation hier eine andere sei, weil Tel Aviv „im traditionell als israelisch anerkannten Gebiet" liege. Die römische Kurie möchte in ihrer Nahostpolitik Rücksicht nehmen auf die Lage der Christen in den arabischen Staaten.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel: 0228/30 41, Telex 8 85 714

Verwirrung

„Verunsicherung beim Verbraucher"; WELT vom 6. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie recht haben Sie, wenn Sie in Kürtens Artikel sagen, daß von vielen Seiten Kritik an der Informationspolitik der Bundesregierung laut wird. Die Bevölkerung ist von Anbeginn der Atom-Katastrophe durch den ungesteuerten Wirrwarr der Bekanntgaben von Zeitungen, Behörden und Ämtern restlos verunsichert. In einem so gefährlichen Ernstfall der radioaktiven Verseuchung ist dies das Schlimmste, was passieren konnte.

Der Wirrwarr von Bekanntgaben zeigt, daß sich die Regierung in keiner Weise darauf eingestellt hat, der Bevölkerung Klarheit über die jeweils eingetretene Gefahr zu verschaffen. Wenn heute noch die Familienministerin Süssmuth zur Verwirrung der Begriffe beiträgt, ist der Höhepunkt der Begriffsverwirrung und Verunsicherung aus inkompetenter Seite überschritten.

Das Volk will in einem solchen Ernstfall hören: Zu welchen Stunden es genau und bundeseinheitlich an seinen regionalen Radiosendern von seiner Regierung erfährt, wie und wo Gefahr besteht und welche Verhaltensweisen für ihn geboten sind.

Der Bürger weiß, daß in unserem Land Parteien und mediale Unternehmungen daran interessiert sind, Unruhe und Verängstigung zu steigern. Handelt die Regierung weiterhin so blamabel wie heute, verliert sie das Vertrauen der Bürger.

Mit freundlichen Grüßen
H. Schultz,
Grafenaschau

Täuschung

„DKP-Spitze würgt die Debatte ab"; WELT vom 5. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

im „DDR"-Fernsehen wurde am späten Samstagabend ein Bericht über den DKP-Parteitag gesendet. Hierbei kam ein angeblicher Soldat der Bundeswehr zu Wort, der in Uniform eine Rede hielt. Er behauptete, daß sich in Kassel eine Kompanie mehrheitlich gegen SDI ausgesprochen habe. Da ich selbst in Kassel diene und mir darüber nichts bekannt war, überprüfte ich die Angelegenheit.

Dabei ergab sich, daß die betreffende Aussage jeglicher Grundlage entbehrt. Ebenso zweifelhaft erscheint die Identität des jungen Mannes als Soldat.

Was für eine armselige „Partei", die nicht nur die Wahlbevölkerung, sondern auch den eigenen „Parteitag" betrügt!

Mit freundlichen Grüßen
Ronald Scheffler,
Kassel

Entwertung

Hermann Gmeiner ohne Friedensnobelpreis! Es ist eine bittere Tatsache, daß ein Aufwiegler, der zu Gewalttaten aufruft, wie der Bischof Tutu in Südafrika, den Friedensnobelpreis erhalten hat. Ein glühender Idealist mit seinen segensreichen SOS-Kinderdörfern ist – trotz entsprechender Vorschläge – von dieser Ehrung ausgeschlossen geblieben. Man hat oft den Eindruck, daß der Friedensnobelpreis zu einem Politikum geworden ist. Jedenfalls hätte es H. Gmeiner verdient, neben Albert Schweitzer, Mutter Teresa und ähnlichen Idealgestalten in einer Reihe zu stehen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Erich Fussek,
Duisburg 11

Beifall

Sehr geehrte Herren,

zwei Artikel Ihrer Korrespondentin Frau Rose-Marie Borngäßer haben mich spontan veranlaßt, Ihnen meinen Dank für die ausgezeichnete Berichterstattung auszusprechen. Von einer Rußlandreise zurückgekehrt, hat mich besonders auch der Bericht aus Sagorsk fasziniert. Was haben Sie für eine glückliche Hand, solche Journalistinnen für sich schreiben zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen
Walter Büsching,
Wolfenbüttel

Parteipolitik

Sehr geehrte Herren,

ich finde es außerordentlich bedauerlich, daß anläßlich des Reaktorunglücks in der Ukraine die Opposition nichts unversucht läßt, die Regierung zu kritisieren. Sollte man nicht in solchen Fällen besser zusammenhalten? Betroffen sind wir alle, es kann ja nicht immer nur das Opfer schuld sein.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß uns von den betreffenden Verantwortlichen etwas verheimlicht wird, auch sie schweben – wenn überhaupt – in der gleichen Gefahr wie wir alle.

Man kann sich leider des Eindrucks nicht erwehren, daß es ja nicht um unser aller Wohl geht, sondern um Parteipolitik.

Mit freundlichen Grüßen
Ursula Gogolka,
Essen 4

Wort des Tages

„Jeder Arzt und jeder Politiker hat seine Lieblingsdiagnose."

Benjamin Disraeli, britischer Politiker (1804–1881)

Personen

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Hans-Jürgen Schings** vom Germanistischen Seminar der Neuphilologischen Fakultät der Universität Heidelberg hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Neuere deutsche Literaturgeschichte an der Freien Universität Berlin erhalten.

GEBURTSTAG

Der Schweizer Schriftsteller **Max Frisch**, der zu den bedeutendsten deutschsprachigen Autoren der Gegenwart gehört, begeht am Donnerstag seinen 75. Geburtstag. Der in Zürich geborene Erzähler und Dramatiker wurde durch Romane wie „Stiller", „Homo faber" und „Mein Name sei Gantenbein", durch Tagebücher und Bühnenstücke, darunter „Biedermann und die Brandstifter" und „Andorra", bekannt. Seine Bücher sind in 20 Sprachen übersetzt worden. Zuletzt erschien 1982 die Erzählung „Blaubart".

WIRTSCHAFT

Derek Barron (56) übernimmt vom 1. Juni an den Vorsitz von Ford in Großbritannien. Er wird Nachfolger von **Sam Toy** (62), der in den Ruhestand tritt. Barron war bisher Vizepräsident der brasilianischen Ford-Tochter. Der gebürtige Engländer hatte 1951 unmittelbar nach dem Studium seine Karriere bei Ford in Großbritannien begonnen.

EHRUNG

Das Deutsche Weininstitut in Mainz hat dem Stuttgarter Oberbürgermeister **Manfred Rommel** (CDU) den Deutschen Weinkulturpreis 1985 zuerkannt.

WAHL

Willi Trost, Oberstleutnant aus Köln, ist zum neuen Bundesvorsitzenden der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) gewählt worden. Er löst in diesem Amt Oberst a. D. **Georg Heymen** ab. Die GKS versteht sich als „soldatische Gemeinschaft in der Kirche und kirchliche Gemeinschaft unter Soldaten".

GESTORBEN

Der italienische Philosoph **Lorenzo Minio-Palnello**, der als einer der bedeutendsten Aristoteles-Kenner gilt, ist in Oxford im Alter von 78 Jahren gestorben. Der Gelehrte hatte sein Land in den Jahren des Faschismus verlassen und sich in Großbritannien niedergelassen, wo er eine brillante Hochschulkarriere erlebte. Sein bekanntestes Werk trägt den Titel „Aristoteles latinus codices".

Küste im Regen

Mk. – Es geht wieder einmal um den Seehafenhinterlandverkehr. Die Küste fühlt sich düpiert, und zwar vom Bundesverband des Güterfernverkehrs. Eigentlich sollte das Thema in dieser Woche in den Beratungen der Bundestagsausschüsse für diese Legislaturperiode abgehakt werden. Dort wird der Gesetzentwurf des Bundesrates behandelt.

Unter der Hand hatten sich die Küstenländer, die Häfen und auch Vertreter des Verbandes auf Ausnahmetarife verständigt, wodurch die Benachteiligung der deutschen Häfen gegenüber der ausländischen Konkurrenz so abgebaut werden sollte, daß auf eine Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes verzichtet werden könnte – vorerst jedenfalls.

Nun hat sich aber der Gesamtvorstand des Verbandes anders entschieden. Und die Küste steht im Regen, obwohl die Absprache, für die sich der Hamburger CDU-Abgeordnete Dirk Fischer besonders engagiert hatte, auf der Linie des Bundesverkehrsministers lag, wonach freiwillige Vereinbarungen den Vorzug vor Gesetzesänderungen haben sollten.

Die Frage, ob sich dieses Auf-Zeit-Spielen des Verbandes – denn im Zuge der Harmonisierung in der EG wird es Veränderungen ohnehin in den nächsten Jahren geben – auszahlt, ist noch nicht einmal entscheidend. Das muß der Verband selber verantworten. Wichtiger ist, ob die Abgeordneten mitmachen. Die Beratungen haben doch gezeigt, daß dieses Problem jetzt angegangen werden muß. Der Gesetzgeber ist gefordert, bevor es zu weiteren Verkehrsverlagerungen kommt, zum *Nachteil* der deutschen Häfen.

Mobile Truppen

Wb. – Wenn ein Unternehmen erst einmal in die politischen *Schußlinien geraten* ist, wie etwa der Batteriehersteller Sonnenschein aus dem Familienbesitz des Postministers Schwarz-Schilling, dann kann es bei der Standortsuche manche Überraschung erleben. Geschäftsführer Bruno Michalski jedenfalls fand es „schon verblüffend, daß *gewisse* Personen aus Berlin, die sich dort große Sorgen um die Umwelt gemacht haben", sich nun *auch um das oberpfälzische Weiden* größte Sorgen machten. Und: „Auch die Verbindungen zu den anderen Standorten, an denen verhandelt wurde, funktionierten sehr gut." Es scheint, daß jene Gruppierungen, die Umwelt sagen und Systemveränderung meinen, nicht nur an der Basis – mit routinierten Einsatzgruppen für Demonstrationen und Baustellenbesetzungen – eine erstaunliche Mobilität kreuz und quer durch die Republik erreicht haben. Auch die Köpfe dahinter zeigen sich äußerst heimatkundig, wenn es um die gehobenen Formen der Kriegführung – etwa die *Einleitung* blockierender Gerichtsverfahren – geht. Von so viel Einsatzfreude und Schnelligkeit könnten (etablierte) Politik und Wirtschaft noch lernen.

ÜBERSTUNDEN / Gesetzentwurf der Düsseldorfer Landesregierung zum Abbau

Arbeitsminister Blüm setzt weiter auf freiwillige Initiativen der Tarifpartner

HEINZ HECK, **Bonn**

Nordrhein-Westfalen plant im Bundesrat eine Gesetzesinitiative „zum beschäftigungswirksamen Abbau von Überstunden". Ziel ist, „Überstunden *zugunsten neuer Arbeitsplätze abzubauen, dabei aber den Betrieben* für kurzzeitigen und unvorhersehbaren Arbeitsanfall die nötige Flexibilität zu belassen". Arbeitsminister Blüm setzt auf freiwilligen Abbau. Bleibt dieser aus, sieht auch er sich zu gesetzlichen Maßnahmen gezwungen.

1984 hätten die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik rund 1,5 Milliarden Überstunden geleistet, heißt es im Düsseldorfer Arbeitsministerium. Seither sei eine „steigende Tendenz" zu beobachten. Nach Schätzungen des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Franke, könne dieses Überstundenvolumen in bis zu *200 000 neue Arbeitsplätze umgesetzt* werden. Appelle, Dauerüberstunden abzubauen, sind nach Meinung von Arbeitsminister Heinemann „praktisch wirkungslos geblieben".

Von den Tarifparteien seien keine wirksamen Regelungen zu erwarten. Die Arbeitgeber hätten „ein erhebliches Interesse daran, in der Anordnung von Überstunden nicht eingeschränkt zu werden". Die Gewerkschaften befänden sich in einem „Dilemma: Einerseits erkennen sie ihre Verantwortung für die Arbeitslosen, andererseits möchten *viele* Arbeitnehmer nur ungern auf den Zuverdienst durch Überstunden verzichten, so *daß* eine hinreichende Mobilisierung zur Durchsetzung einer tariflichen Regelung von den Gewerkschaften kaum zu erreichen ist", heißt es in der Vorlage des Gesetzentwurfs.

Dieser sieht kein Überstundenverbot vor. Soweit mehr als acht Überstunden im Monat geleistet würden, sollten sie innerhalb von drei Kalendermonaten durch Freizeit ausgeglichen werden. Hinzu kommt eine steuerrechtliche Regelung, die als „marktwirtschaftskonform" bezeichnet wird: Bei Auszahlung des Überstundenentgelts ohne Inanspruch*nahme der entsprechenden Freizeit* soll dieses nicht mehr als Betriebsausgabe im Sinne des Einkommensteuergesetzes absetzbar sein.

An dieser Stelle scheiden sich offenbar die Geister im Kabinett. Finanzminister Posser sieht als Folge der steuerrechtlichen Regelung er*heblichen Kontrollbedarf und schlägt* vor, nicht die Finanzämter, sondern „eine andere Verwaltung" mit der Überprüfung zu betrauen und als Sanktionen Geldbußen vorzusehen. Justizminister Krumsiek gibt zu bedenken, daß auch die ordentliche Gerichtsbarkeit bereits mit Ordnungswidrigkeitsverfahren überlastet sei.

Eine steuerrechtliche Regelung sei einer „Quasi-Kriminalisierung" durch Bußgelder vorzuziehen. Sie sei auch marktwirtschaftskonform, da sie in der Wirkung „nur zu einer Verteuerung der Überstunden führt". Nach Berechnungen der zuständigen Ministerien muß ein Betrieb 276,13 *Mark erwirtschaften, um 100 Mark* Überstundenentgelt zahlen zu können. Nach Meinung Heinemanns ist diese Mehrbelastung dem Ziel, Überstunden wirkungsvoll abzubauen, „angemessen". Entgegen seiner ursprünglichen Absicht hat er öffentliche Kritik an seinen Plänen dadurch *aufzufangen* versucht, daß ein monatlicher Sockel von acht Überstunden je Arbeitnehmer frei bleibt und Betriebe mit bis zu zehn Arbeitnehmern nicht erfaßt werden.

Gegenüber der WELT hat Arbeitsminister Blüm daran erinnert, daß sein Haus aufgrund der Novelle zum Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985 einen Bericht über die Entwicklung der Überstunden in Auftrag gegeben habe, der bis zur Jahresmitte vorliegen muß. Blüm ist überzeugt, daß die Tarifpartner das Problem „besser lösen können" als der Staat. Doch müsse er sie auf den Solidaritätsverstoß hinweisen. „Bei zwei Millionen Arbeitslosen halte ich Sonderschichten für eine Rücksichtslosigkeit." Wenn Überstunden nicht freiwillig abgebaut würden, arbeite man *nur den Reglementierern* in die Hände. Befristete Arbeitsverträge seien mit dem Ziel eingeführt worden, das Argument von der fehlenden Möglichkeit zur vorübergehenden Anpassung der Belegschaft auszuräumen.

STEUERBERATER-KONGRESS

Vereinfachung der Gesetze bleibt zentrale Forderung

THOMAS LINKE, **Bonn**

Der Deutsche Steuerberaterkongreß in München findet in diesem Jahr unter einem besonderen Aspekt *statt. Der Berufsstand trifft sich* von heute bis Mittwoch im Deutschen Museum zum ersten Mal nach dem Inkrafttreten des Bilanzrichtlinien-Gesetzes am 1. Januar 1986. Mit seiner Verabschiedung sind die mehr als ein Jahrzehnt andauernden Auseinandersetzungen zwischen den Orga*nisationen der Wirtschaftsprüfer und* Steuerberater beendet worden.

Als einen „ausgewogenen Kompromiß zwischen den Wünschen und Forderungen beider Seiten", bezeichnet Wilfried Dann, Präsident der Bundessteuerberaterkammer, die Lösung, die der Gesetzgeber gefunden hat. Danach können die Steuerberater Zusatzqualifikationen zum „vereidigten Buchprüfer" und Wirtschaftsprüfer erwerben, *so daß es jedem* Steuerberater ermöglicht wird, seinen Besitzstand zu sichern und zu erhalten. Noch in diesem Monat soll der Bundesrat einer Rechtsverordnung zustimmen, die die Prüfungsmodalitäten festsetzt.

Ein weiteres Thema auf dem Kongreß wird die Vereinfachung der Steuergesetze sein. „Ich darf feststellen, daß der steuerberatende Beruf keinerlei *Interesse daran* hat, daß komplizierte steuerrechtliche Regelungen aufrechterhalten werden", meint Wilfried Dann. Komplizierte und überholte steuerrechtliche Bestimmungen würde nur die Arbeitskraft der Kollegen nutzlos strapazieren. „Von den Mandanten wird es überwiegend auch nicht honoriert", klagt Dann.

Veranstalter des *Kongresses* ist die Bundessteuerberaterkammer. Diese Selbstverwaltungskörperschaft vertritt auf Bundesebene 16 Berufskammern, in denen über 47 000 Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften organisiert sind. Eine Aufwertung erhält *der Kongreß durch die Auftritte* politischer Prominenz aus Bonn und München. Der Staatssekretär im Finanzministerium Hansjörg Häfele spricht am Nachmittag des Eröffnungstages über Zukunftsaufgaben der Finanz- und Steuerpolitik. Als Abschluß referiert am Mittwoch mittag der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß über das Thema „Steuerpolitik und Wirtschaftspolitik – *Gegensätze oder Ergänzung*".

Einer der sechs Arbeitskreise am Dienstag behandelt ebenfalls ein hochaktuelles Thema. Der Bundestag hat soeben die steuerrechtliche Behandlung des eigengenutzten Wohnraumes ab 1987 neu geordnet. Hans-Ulrich Kieschke, Ministerialdirigent im Finanzministerium, referiert über die Grundzüge der Neuordnung. Als Kernpunkt gilt die Heraufsetzung des *Förderungshöchstbetrages für die* Herstellungs- oder Anschaffungskosten des Gebäudes von gegenwärtig 200 000 Mark beim Einfamilienhaus bzw. 250 000 Mark beim Zweifamilienhaus auf einheitlich 300 000 Mark.

Chiracs Budget-Schock

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Drei Jahre lang mußten sich die *Franzosen einer rigorosen Austerity*-Kur unterziehen, um die negativen Folgen der vorangegangenen sozialistischen Konsumbelebungspolitik weitgehend zu überwinden. Nachdem schließlich die Inflation und das Handelsbilanzdefizit kräftig reduziert werden konnten, will die neue bürgerliche Regierung in den nächsten drei Jahren den Staatshaushalt ins Gleichgewicht bringen, und zwar vor *allem durch die Kürzung der Staats*ausgaben.

Der erste Schritt auf diesem Wege ist der Nachtragshaushalt für 1986, dessen Mitte April beschlossener Entwurf allerdings noch der parlamentarischen Genehmigung bedarf. Er sieht gegenüber dem ursprünglichen Budget Einsparungen von 10 Milliarden Franc vor, denen aber fast gleich hohe Ausgabenerhöhungen gegenübergestellt wurden. Das Budgetdefizit vermindert sich damit nur symbolisch von 145 auf 144 Milliarden Franc.

In Wirklichkeit dürfte es allerdings erheblich höher ausfallen. Denn die Sozialisten hatten verschiedene Ausgabenposten unterbewertet – um 15 Milliarden Franc nach unabhängiger Expertenschätzung. Die Regierung selbst kommt unter Berücksichtigung der Übertragung gewisser Budgetposten auf andere Haushalte auf 189 Milliarden Franc. Rechnet man alle „Löcher" hinzu, welche die meisten Minister in ihren Budgets entdeckt zu haben glauben, dann ist man wohl nicht weit von den 200 Milliarden Franc entfernt, welche die Rechtsparteien im Wahlkampf als „Beweis" der sozialistischen Mißwirtschaft an die Wand gemalt *hatten*.

Wie dem auch sei – in diesem Jahr ist an der Budgetmisere wohl nicht mehr viel zu ändern. Deshalb konzentriert Premierminister Chirac seine haushaltspolitischen Sanierungsbemühungen auf das nächste Jahr, in welchem die Staatsausgaben um nicht weniger als 40 Milliarden Franc gegenüber dem diesjährigen zusammengestrichen werden sollen. Er hat dabei allerdings offengelassen, ob als Referenz die Ausgaben des ursprünglichen oder des durch den Nachtragshaushalt berichtigten Budgets dienen sollen oder gar die verschiedenen *neuen Schätzwerte*.

Immerhin geht das Sparprogramm weit über das hinaus, was man erwartet hatte. So sollen beispielsweise nicht weniger *als 20 000* freiwerdende Beamtenstellen durch Nichtbesetzung eliminiert werden, und als Gegenleistung dafür, daß Beamte nicht entlassen werden können, haben sie die Blockierung ihrer realen Bezüge in Kauf zu nehmen. Das birgt einigen Zündstoff in sich. Denn in Frankreich dürfen Beamte streiken. Sie werden sich dazu um so eher ermuntert sehen, als die Kaufkraft der anderen Arbeitnehmer erstmals etwas zuzunehmen verspricht.

Zwar sollen die Unternehmen erheblich weniger staatliche Subventionen empfangen. Aber andererseits erhalten sie bedeutende Steuererleichterungen, so daß sich per saldo ihre finanzielle Lage verbessern wird. Notleidende Betriebe werden allerdings den kürzeren ziehen. Das ist im *Interesse der wirtschaftlichen* Restrukturierung sicherlich zu begrüßen. Das Arbeitslosenproblem könnte sich dadurch aber eher noch verschärfen, zumal die Regierung demnächst den behördlichen Genehmigungszwang für Massenentlassungen beseitigen will.

So restriktiv Chirac mit den Staatsausgaben verfährt, so optimistisch schätzt er die Entwicklung der Staatseinnahmen, insbesondere aus der Mehrwertsteuer, ein. Denn die Regierung geht davon aus, daß sich die wirtschaftliche Expansion von zur Zeit real knapp zwei Prozent im nächsten Jahr auf mindestens drei Prozent erhöht. Diese Erwartung gründet sich vor allem auf die Hoffnung, daß infolge der jüngsten Franc-Abwertung die Exporte anziehen und daß *die Investitionstätigkeit* (dank fallender Zinsen) zunimmt.

Um wieviel *Milliarden* Franc das französische Budgetdefizit 1987 schrumpfen soll, hat die Regierung bisher allerdings noch nicht gesagt. Und im übrigen versteht sich das für 1989 angestrebte Null-Defizit ohne die Ausgaben für die Verzinsung der Staatsschulden, die zur Zeit 1228 Milliarden Franc betragen, die aber aus dem Erlös der Reprivatisierung abgetragen werden sollen. Hier wie dort scheint sich jetzt wohl eine Tendenzwende anzubahnen. Dazu ist es auch höchste Zeit. Denn unter den Sozialisten hatte sich das Budgetdefizit verfünffacht und die Staatsschuld verdreifacht.

AUF EIN WORT



„Die Ölpreisentwicklung ist das Resultat einer ganz bestimmten Marktstrategie, die dar*auf abzielt, so bald wie* möglich wieder zu einer Verknappung der Angebotsmenge und zu einer um so stärkeren Anhebung der Preise zu kommen."

Dr. Heinz Horn, Vorsitzender des Vorstandes der Ruhrkohle AG, Essen.
FOTO: JUPP DARCHINGER

Ende 1986 kommt „schwere Lira"

dpa/VWD, **Rom**

Mit einem Währungsschnitt will Italien bis 1987 Bürgern und Touristen das Rechnen mit der Lira leichter machen. In einem Interview des Nachrichtenmagazins „L'Espresso" sagte Finanzminister Giovanni Goria, Ende 1986 werde die „Lira pesante" (schwere Lira) eingeführt, die 1000 alte Lire wert sein werde. Sie wäre beim aktuellen Kursstand 1,50 DM wert. Goria erklärte, die Zeit für diesen Währungsschnitt sei günstig, weil Italiens Inflationsrate gegenwärtig so niedrig wie selten zuvor in der Nachkriegszeit sei. Im April lag sie bei 6,6 Prozent. Bis zum Jahresende soll sie auf fünf Prozent sinken.

WOHNUNGSMARKT

Schneider widerspricht dem Hauseigentümer-Verband

A. G. **Bonn**

Der Forderung des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer nach totaler Liberalisierung des Wohnungsmarktes hat Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) *widersprochen*. Wie Schneider anläßlich des 100. Zentralverbandstages dieser Organisation in Nürnberg erklärte, müsse die Bundesregierung versuchen, abrupte, wirtschaftlich oder sozial einseitige Kurskorrekturen zu vermeiden.

Wer beispielsweise schon heute die Überführung der Sozialwohnungsbestände in die allgemeinen Wohnungsmärkte fordere, müsse auch sagen, wie die gerade bei einer konsequenten Liberalisierung dringend erforderliche soziale Wohnungsverfügungsreserve gehalten werden solle. Vor ähnliche Folgeprobleme würde die abrupte Beendigung der staatlichen Förderung des Mietwohnungsbaus und die Abschaffung der Ver*gleichsmiete* gestellt.

Im übrigen wären die Forderungen des Hauseigentümerverbandes überzeugender, wenn sie nicht mit der wenig marktkonformen Forderung nach Subventionen für Instandhaltung und Modernisierung verbunden wären. Pauschale Forderungskataloge dieser Art verdeckten auch, daß die Wohnungspolitik der Bundesregierung schon längst keine Neubaupolitik mehr sei. Denn der Bund habe die Förderung des Mietwoh*nungsneubaus beendet, und das neue* Gesetz zur Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums sehe eine gleichrangige Förderung von Neubau und Bestandserwerben vor.

Andere Maßnahmen – so auch bei der Städtebauförderung – zielten in die gleiche Richtung. Nach Schneiders Meinung wird durch den rauher gewordenen Wettbewerb sichergestellt, daß die Wohnungen möglichst billig erstellt werden, Fehlinvestitionen unterbleiben und sich die Preise verstetigen.

US-AKTIENMÄRKTE

Wall Street geht mit festerer Verfassung in die neue Woche

AP/VWD, **Bonn**

An den internationalen Aktienmärkten war in der – in europäischen Ländern um einen Feiertag verkürzten – abgelaufenen Geschäftswoche das Gesamtbild weiter uneinheitlich. An der Wall Street waren keine großen Veränderungen zu verzeichnen, zumal es an neuen Impulsen mangelte. *Der Dow-Jones-Index für 30 Indu*striewerte beendete die Woche mit einem Plus von 14,75 Punkten bei 1789,43. Der allgemeine Börsenindex (NYSE) stieg um 1,73 auf 137,12 Punkte. Im Tagesdurchschnitt wurden 125,38 Millionen Stücke umgesetzt, nach 138,57 Millionen in der Vorwoche.

Die Kurse an der New Yorker Aktienbörse konnten sich am Freitag nachmittag von ihren anfänglichen Verlusten erholen und gingen in festerer Verfassung ins Wochenende. Händler führten die späte Aufwärtsbewegung auf vereinzelte Kaufprogramme und auf eine Verringerung der Verluste am Anleihemarkt zurück. *Außerdem seien einige Anleger* durch die anhaltende Widerstandsfähigkeit des Marktes gegen deutliche Kursrückschläge zu Käufen ermutigt worden.

Am Parkett hieß es, der Markt scheine einen neuen Stabilisierungsversuch nach dem scharfen Rückgang der vergangenen Woche zu wagen. Allerdings, so wird betont, könne auch eine weitere Abschwächung bis auf ein Niveau von 1750 Punkten nicht ausgeschlossen werden. Doch selbst wenn dieser Rückgang zustande komme, werde er nicht von langer Dauer sein. Schon in den nächsten Wochen sei dann wieder mit einem Anstieg des Dow Jones auf über 1800 Punkte zu rechnen. Etwas besorgt zeigten sich Händler über die in jüngster Zeit relativ niedrigen Umsätze, die darauf hindeuteten, daß einige Anleger auf niedrigere Kurse spekulierten.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Reagan begrüßt Finanzreformpläne

Washington (AFP) – US-Präsident Ronald Reagan hat das vom Finanzausschuß des Senats ausgearbeitete Projekt für eine Steuer-Reform in den USA nachdrücklich begrüßt und den Kongreß zur Billigung des geplanten Gesetzes aufgerufen. In seiner wöchentlichen Rundfunkansprache am Samstag bezeichnete Reagan das Projekt als „Riesenschritt" in Richtung *auf eine „gerechte Steuergesetzge*bung" und erklärte, bei dessen Anwendung könne in den USA fast zehn Prozent Wirtschaftswachstum in den nächsten zehn Jahren erreicht werden. In dem Projekt des Finzanzausschusses des Senats ist eine Senkung zwischen 50 und 27 Prozent der maximalen Besteuerung der Einkommen in den USA und die Abschaffung mehrerer Steuernachlässe vorgesehen, welche die Verschuldung (Kauf von Autos, Kreditkarten) normalerweise begünstigen.

Bessere Auftragslage

Frankfurt (dpa/VWD) – Beim Elektrohandwerk füllen sich jetzt wieder die Auftragsbücher. Nach einer Umfrage des Zentralverbandes der Deutschen Elektrohandwerke (ZVEH) nahmen innerhalb eines Jahres die Klagen über die schlechte Auftragslage um mehr als die Hälfte ab. Erstmals seit langem meldeten auch kleinere Betriebe, die mehr als 80 Prozent der 42 000 Unternehmen ausmachten, bessere Geschäfte, erklärte der Verband in Frankfurt. Lediglich im Bereich Radio/Fernsehen werde mit dem Abbau von Arbeitsplätzen gerechnet.

Düsseldorf vorn

Düsseldorf (Py.) – Düsseldorf behauptet die Spitzenstellung bei ausländischen Investitionen. In den letzten beiden Jahren wurden 170 Unternehmen mit direkter ausländischer Kapitalbeteiligung in die Handelsregister des Bezirks der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf eingetragen. Damit hatte laut IHK jede sechste *Neugründung einen ausländischen* Gesellschafter. Rund 59 Prozent der Investoren kamen aus Europa, 28 Prozent aus Asien und elf Prozent aus Amerika. Als wichtigste Herkunftsländer ragen Iran (58), die Niederlande (46) und die USA (42) heraus. Mit 300 japanischen Unternehmen sind im Raum Düsseldorf ebenso viele niedergelassen wie in der gesamten Bundesrepublik.

Gemeinsame Maßnahmen

Frankfurt (VWD) – Arbeitgeber und Bundesregierung haben am Wochenende neue Gespräche mit den *Gewerkschaften gefordert. Der Präsi*dent der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Otto Esser, sagte, es gehöre zur Verantwortung der Regierung und der Tarifpartner, gemeinsam Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu erörtern. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm machte seine Teilnahme am Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes Ende Mai von einem Gespräch mit *der DGB-Führung abhängig*.

Reifenmesse in Essen

Düsseldorf (Py.) – Mit 134 Ausstellern aus 17 Ländern startet die 14. Internationale Fachmesse für Reifenerneuerung, Neu-Reifen, Reifenhandel, Reifen- und Fahrwerkstechnik sowie Vulkanisation, die „Reifen 86", in Essen mit einer Rekordbeteiligung. Die um 20 Prozent höhere Ausstellerzahl machte eine um 50 Prozent auf 20 000 qm vergrößerte Ausstellungsfläche notwendig. Damit ist die Essener Fachmesse (28. Mai bis 1. Juni) die größte Spezialschau „rund ums Rad". Träger sind das Vulkaniseurhandwerk und der Bundesfachverband für Reifentechnik.

Zinsaufschlag

Amsterdam (VWD) – Die großen Geschäftsbanken der Niederlande haben begonnen, Aufschläge auf ihre Basisausleihungssätze zu verlangen, nachdem die Geldmarktsätze in den vergangenen Wochen stetig angestiegen waren. Die Algemene Bank Nederland (ABN) bestätigte, daß sie mit Wirkung von heute einen Aufschlag von *einem Punkt auf ihre Basisauslei*hungssätze einführen werde. Die übrigen Großbanken dürften diesem Schritt schon in Kürze *folgen*.

Norwegen gesprächsbereit

London (VWD) – Die neue norwegische Regierung ist bereit, Beratungen *mit der Opec aufzunehmen, jedoch* mit der Einschränkung, daß erst die Opec sich über ihre Förderquotenpolitik einigt. *Ölhändler in Oslo* verwiesen auf unbestätigte Berichte, wonach der neue Energieminister Arne Oien erklärt habe, daß er zu einer Zusammenkunft mit den Opec-Ölministern bereit sei.

FINANZANZEIGEN

HOESCH

HOESCH AKTIENGESELLSCHAFT
Dortmund

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der am

Donnerstag, dem 26. Juni 1986, 10.00 Uhr, in der Westfalenhalle – Halle II –, Dortmund, Rheinlanddamm 200, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

eingeladen.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 1985 sowie des Geschäftsberichtes und des Konzerngeschäftsberichtes für das Geschäftsjahr 1985 mit dem Bericht des Aufsichtsrates
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahres 1985
3. Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1985
4. Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1985
5. Beschlußfassung über die Ermächtigung des Vorstandes zur Ausgabe neuer Aktien bis zum Nennbetrag von DM 100000000 (genehmigtes Kapital)
6. Beschlußfassung über die Ermächtigung des Vorstandes zur Ausgabe von Optionsschuldverschreibungen bis zum Betrage von nominal DM 200000000 und über eine bedingte Kapitalerhöhung bis zum Betrage von nominal DM 80000000 sowie über eine entsprechende Änderung der Satzung
7. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1986

Die Beschlußvorschläge des Vorstandes und des Aufsichtsrates und die Bedingungen für die Teilnahme an der Hauptversammlung sind im Bundesanzeiger Nr. 85 vom 10. Mai 1986 veröffentlicht. Auf diese Veröffentlichung und auf die den Aktionären von ihren Depotbanken zugehenden Unterlagen wird verwiesen.

Dortmund, im Mai 1986

HOESCH AKTIENGESELLSCHAFT
Der Vorstand

Strom fürs Neckarland

Die Aktionäre unserer Gesellschaft laden wir ein zur

77. ORDENTLICHEN HAUPT-VERSAMMLUNG

am Freitag, 20. Juni 1986, 10.00 Uhr,
im Saal der Stadthalle, Grabbrunnenstraße 21, 7300 Esslingen (Neckar)

Tagesordnung

1. Vorlage des zum 31. Dezember 1985 festgestellten Jahresabschlusses mit dem Geschäftsbericht des Vorstands und dem Bericht des Aufsichtsrats
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1985
3. Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats
4. Ersatzwahlen zum Aufsichtsrat
5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1986

Die Vorschläge zur Beschlußfassung über die einzelnen Tagesordnungspunkte gemäß § 124 AktG sind im Bundesanzeiger, Ausgabe Nr. 82 vom 3. Mai 1986, veröffentlicht worden. Nach § 17 der Satzung sind zur Ausübung des Stimmrechts in der Hauptversammlung diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bis spätestens 12. Juni 1986 bei der Hauptkasse unserer Gesellschaft, bei einem deutschen Notar, bei einer deutschen Wertpapiersammelbank oder bei den nachstehend genannten Bankinstituten hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen:

Württembergische Kommunale Landesbank Girozentrale, Stuttgart
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft, Stuttgart
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft, Berlin
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft, München, Berlin, Frankfurt (Main), Hamburg und Stuttgart
Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Frankfurt (Main), Berlin, Hamburg, München und Stuttgart
Commerzbank Aktiengesellschaft, Frankfurt (Main) und Berlin
Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt (Main), Hamburg, München und Stuttgart
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft, Berlin
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft, Saarbrücken
Deutsche Genossenschaftsbank, Frankfurt (Main)
Dresdner Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt (Main), Hamburg, München und Stuttgart
Landesgirokasse Öffentliche Bank und Landessparkasse, Stuttgart

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß erfolgt, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einer anderen Bank bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt gehalten werden. Die Ausübung des Stimmrechts ist in jedem Fall unter Vorlage der Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung bis spätestens 18. Juni 1986 bei der Gesellschaft anzumelden. Wird der Nachweis bei der Anmeldung in Abschrift eingereicht, so ist die Urschrift vor Beginn der Versammlung vorzulegen.

Esslingen am Neckar, im Mai 1986

NECKARWERKE
Elektrizitätsversorgungs-AG
Der Vorstand

NECKARWERKE
Elektrizitätsversorgungs-AG

Dräger

Ordentliche Hauptversammlung

Wir laden unsere Aktionäre ein zur ordentlichen Hauptversammlung am Freitag, 20. Juni 1986, 11.00 Uhr im Maritim-Hotel und Congress-Center, Trelleborgallee 2, Lübeck-Travemünde.

Wertpapier-Kenn-Nummer 555063

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses zum 31. Dezember 1985, des Geschäftsberichtes des Vorstandes und des Berichtes des Aufsichtsrates
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinnes für das Geschäftsjahr 1985.
   Nachdem aus dem Bilanzgewinn von DM 11.307.271,00 gemäß § 17 Abs. 1 der Satzung DM 2.240.271,00 auf das Genußscheinkapital ausgeschüttet werden – dies entspricht einer Dividende von DM 8,00 und eines Bonus von DM 1,00 = insgesamt DM 9,00 je Genußschein im Grundbetrag von DM 50,00 – schlagen Vorstand und Aufsichtsrat der Hauptversammlung vor, den nach § 58 Abs. 4 AktG in Verbindung mit § 17 der Satzung der Ausschüttung unterliegenden Bilanzgewinn von DM 9.067.000,00 zur Zahlung einer Dividende von DM 7,00 und eines Bonus von DM 1,00 = insgesamt DM 8,00 je Stammaktie im Nennbetrag von DM 50,00 und einer Dividende von DM 8,00 und eines Bonus von DM 1,00 = insgesamt DM 9,00 je Vorzugsaktie im Nennbetrag von DM 50,00 auf das Grundkapital von DM 53,9 Mio, zahlbar am 23. Juni 1986, zu verwenden.
3. Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1985
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Vorstandes Entlastung zu erteilen.
4. Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1985
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Aufsichtsrates Entlastung zu erteilen.
5. Vergütung des Aufsichtsrates
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Vergütung, die gemäß § 12 Abs. 1 der Satzung zu verteilen ist, auf DM 180.000,00 festzusetzen.
6. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1986
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Verhülsdonk & Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Köln, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1986 zu wählen.
7. Beschlußfassung über die Ergänzung des Beschlusses der Hauptversammlung vom 27. 6. 83 zu Ziff. 8.2:
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Beschluß zu Ziff. 8.2 der Hauptversammlung vom 27. 6. 83 dahingehend zu erweitern, daß das Bezugsrecht von Aktionären und, soweit ein solches für Genußscheininhaber aufgrund der Genußschein-Bedingungen besteht, auch für letztere ausgeschlossen werden kann, und zwar nunmehr auch zugunsten der Ausgabe von Genußscheinen an Arbeitnehmer verbundener Unternehmen der Gesellschaft. Unter Einbeziehung dieser vorgeschlagenen Änderung soll Ziff. 8.2 des Hauptversammlungsbeschlusses vom 27. 6. 83 folgende Fassung erhalten:
   Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Genußkapital einmalig oder mehrfach um insgesamt bis zum Gesamtgrundbetrag von DM 5.000.000,00 durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Genußscheine im Grundbetrag von je DM 50,00 zu erhöhen (genehmigtes Genußkapital), wobei diese Genußscheine hinsichtlich ihres Anspruchs auf Ausschüttung den bestehenden Genußscheinen gleichstehen sollen. Mit Rücksicht darauf, daß diese Genußscheine an Arbeitnehmer der Gesellschaft und an Arbeitnehmer verbundener Unternehmen ausgegeben werden sollen, wird insoweit das Bezugsrecht von Aktionären und soweit ein solches für Genußscheininhaber aufgrund der Genußscheinbedingungen besteht, auch für letztere ausgeschlossen.
8. Beschlußfassung über die Schaffung genehmigten Genußkapitals und die Gewährung von Genußrechten.

8.1 Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Vorstand zu ermächtigen, mit Zustimmung des Aufsichtsrates erneut das Genußkapital einmalig oder mehrfach im Grundbetrag von bis zu DM 15.000.000,00 durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Genußscheine im Grundbetrag von je DM 50,00 zu erhöhen (genehmigtes Genußkapital), wobei diese Genußscheine hinsichtlich ihres Anspruchs auf Ausschüttung den bestehenden Genußscheinen gleichstehen sollen.

8.2 Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Vorstand zu ermächtigen, mit Zustimmung des Aufsichtsrates weitere Einzelheiten der Schaffung von Genußkapital sowie der Gewährung von Genußrechten festzusetzen. Diese Ermächtigung schließt das Recht für den Vorstand ein, Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht auszunehmen und das Bezugsrecht auch insoweit auszuschließen, als es erforderlich ist, um
– Genußscheine an Arbeitnehmer der Gesellschaft oder an Arbeitnehmer verbundener Unternehmen auszugeben;
– das Bezugsrecht von Genußscheininhabern nach Maßgabe von § 4 der Genußscheinbedingungen der Gesellschaft zu bedienen;
– Genußscheine auszugeben, um gegen Überlassung dieser Genußscheine Beteiligungen erwerben zu können.
Soweit das Bezugsrecht für Aktionäre ausgeschlossen wird, gilt dieser Ausschluß, soweit nicht ausdrücklich das Gegenteil bestimmt wird, auch für Genußscheininhaber, soweit diesen aufgrund von § 4 der Genußscheinbedingungen der Gesellschaft ein solches Bezugsrecht zusteht.

Zu Pkt. 8 der Tagesordnung erteilt der Vorstand gemäß §§ 221 Abs. 4, 186 Abs. 4 AktG folgenden Bericht an die Hauptversammlung:
Die beantragte Ermächtigung zur Schaffung und Ausgabe von genehmigtem Genußkapital gemäß Pkt. 8 der Tagesordnung gewährt Aktionären und Genußscheininhabern nach Maßgabe der zugrunde zu legenden Genußscheinbedingungen ein Bezugsrecht. Dieses Bezugsrecht soll für Spitzenbeträge ausgeschlossen werden können, die nicht mehr gleichmäßig auf alle Bezugsberechtigten verteilt werden können.
Das Bezugsrecht soll ferner ausgeschlossen werden können, um, wie in den vergangenen Jahren, den Arbeitnehmern der Gesellschaft sowie nunmehr auch den Arbeitnehmern von verbundenen Unternehmen der Gesellschaft Genußscheine anbieten zu können. Weiterhin soll das Bezugsrecht ausgeschlossen werden können, um der Gesellschaft damit in geeigneten Einzelfällen die Möglichkeit einzuräumen, Beteiligungen gegen Überlassung von Genußscheinen erwerben zu können.
Schließlich soll das Bezugsrecht der Aktionäre in den Fällen ausgeschlossen werden können, in denen Genußscheininhabern aufgrund der zugrunde zu legenden Genußscheinbedingungen ein Bezugsrecht auf weitere Genußscheine zusteht.
Stammaktionäre sind zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts, Vorzugsaktionäre zur Teilnahme an der Hauptversammlung berechtigt. Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind jedoch nur die Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien oder die darüber lautenden Hinterlegungsscheine spätestens am 10. Juni 1986 bei der Gesellschaftskasse oder bei den nachstehend aufgeführten Hinterlegungsstellen hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen. Die Hinterlegung der Aktien kann auch bei einem Notar oder einer Wertpapiersammelbank erfolgen. In diesen Fällen ist die Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift spätestens am 11. Juni 1986 bei der Gesellschaft einzureichen.

Hinterlegungsstellen sind in Lübeck, Hamburg, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hannover, Kiel und München:

Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Delbrück & Co.
Georg Hauck & Sohn Bankiers KGaA
Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
M. M. Warburg-Brinkmann, Wirtz & Co.

Die Hinterlegung ist auch in der Weise zulässig, daß die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für Sie bei einem anderen Kreditinstitut verwahrt und bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden.

Lübeck, im Mai 1986
Drägerwerk Aktiengesellschaft
Der Vorstand

NIEDERLANDE / Parteien für Arbeitszeitverkürzung als Mittel gegen Erwerbslosigkeit

Die Hochtechnologie als Wahlthema

HELMUT HETZEL, Den Haag

Zwar ist in Holland die Zahl der Erwerbslosen im zurückliegenden Monat um rund 25 000 auf jetzt 725 000 (13 Prozent) gesunken. Dennoch stellt diese relativ hohe Arbeitslosigkeit nach wie vor das Hauptproblem der niederländischen Wirtschaft dar. Die Arbeitslosigkeit und geeignete Rezepte, wie sie zu bekämpfen wäre, beherrschen daher die wirtschaftspolitischen Diskussionen vor der Wahl am 21. Mai.

Einigkeit besteht sowohl bei den Christdemokraten (CDA) als auch bei den Liberalen (VVD) und bei den oppositionellen Sozialdemokraten (PVDA) darüber, daß die Erwerbslosigkeit abgebaut werden müsse und eine weitere Arbeitszeitverkürzung ein geeignetes Mittel wäre. Die beiden jetzigen Regierungsparteien CDA und VVD greifen bei ihren Vorschlägen vorwiegend auf neoliberale Konzeptionen zurück. In ihren Wahlkampfplattformen plädieren sie dafür, über eine Verbesserung der Situation des Angebotssektors, unterstützt durch eine entsprechende Steuergesetzgebung des Staates, die internationale Konkurrenzposition der niederländischen Betriebe langfristig zu verbessern und die Unternehmen auf der Kostenseite in Zukunft noch weiter zu entlasten. Nur dies könnte einen länger anhaltenden Wirtschaftsaufschwung, das wirkungsvollste Mittel gegen Arbeitslosigkeit, schaffen.

Für eine aktive staatliche Investitionspolitik, die eingebettet in einen langfristigen Mehrjahresplan realisiert werden müsse, plädiert die oppositionelle Partei der Arbeit (PVDA). Die PVDA, deren wirtschaftspolitische Vorstellungen deutlich keynesianische Schriftzüge tragen, setzt sich für eine arbeitsintensivere Produktion in Wirtschaftszweigen ein, bei denen dies möglich ist; etwa im Dienstleistungssektor. Das schließe eine weitere Rationalisierung und Automatisierung im tertiären Bereich oder bei den Mittel- und Kleinbetrieben aber keinesfalls aus, betont die Partei.

Als weiteren zentralen Punkt haben die drei großen Parteien des Landes die Hochtechnologie ausgemacht. Vor dem Hintergrund des sich immer rascher vollziehenden technologischen und damit auch strukturellen Wandels westlicher Industriegesellschaften, zu der auch die exportabhängige niederländische Wirtschaft zählt, sprechen sich namentlich die liberale VVD und die sozialdemokratische PVDA für eine verstärkte wissenschaftliche Forschung und eine bessere Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses aus und plädieren gleichzeitig für die Förderung der neuen Informationstechnologien, wobei die VVD in diesem Zusammenhang entschieden für eine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen eintritt.

Eine Privatisierung der Post könne diesem raschen technologischen Wandel starke Impulse geben, so die VVD. Dies käme für die Sozialdemokraten natürlich dagegen nicht in Frage. Sie setzen einen ihrer Schwerpunkte der Technologiepolitik in der Entwicklung umweltfreundlicher Industrien und gleichzeitig auch auf die Förderung angepaßter Technologien, die in Entwicklungsländern zum Einsatz kommen könnten.

Einen forcierten Ausbau von Mikroelektronik, Biotechnologie im Rahmen einer allgemein innerhalb der EG abgestimmten Forschungs- und Technologiepolitik hält dagegen die christdemokratische CDA für unverzichtbar. Nachdrücklich unterstreichen die Christdemokraten, die sich auch für eine gemeinsame europäische Konjunkturpolitik stark machen, daß Europa langfristig nur dann eine Chance habe, wenn es auf diesem Gebiet die amerikanische und japanische Herausforderung annehme und selbst wieder mehr zukunftsweisende Innovationsprozesse in Bewegung setzen könne.

Völlig unterschiedlich sind die sozialpolitischen Vorstellungen der drei großen niederländischen Parteien. Während vor allem die „Partei der Arbeit" gegen jeglichen weiteren Abbau der Sozialleistungen ist und fordert, die gesetzlichen Mindestlöhne anzuheben, wollen CDA und VVD an ihrem bereits seit vier Jahren gefahrenen Spar- und Sanierungskurs der Staatsfinanzen unbeirrt festhalten und räumen ihm in ihren Programmen oberste Priorität ein.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Prümm Elektro KG, Würselen; **Baden-Baden:** Helmut Meister, Fliesenlegermeister, Ottersweier; **Bocholt:** Werner Lanfer, Maurermeister, Gescher; **Bochum:** Hölschertechnic-Gorator GmbH, Herne 1; **Coburg:** Simon Bernd, Frankfurt, Inh. d. Fa. Inside Wohncollection, Sonnefeld; **Düsseldorf:** Nachl. d. Dr. phil. Gottfried Joachim Ludwig Luckemeyer; **Essen:** Hellenkötter + Sommerfeld GmbH; **Hannover:** Marita Joswig, Laatzen OT Grasdorf; **Köln:** Nachl. d. Karl Heinz Voigt; **Krefeld:** GSV Bauspar- u. Versicherungsvermittlungs GmbH; **Lehrte:** Ochsenfahrt KG, Metallbau; **Mainz:** RSG – Rüst und Schalungsbauges. mbH; **München:** Projekt-Plan Ges. f. Planung u. Vertrieb v. Immobilien mbH i. L.; Hammerschmidt GmbH, Haustechnische Anlagen; AWG Allgemeine Warenverwertungsges. mbH & Co. Warenhandelsbetrieb; Mehmet Tavas, Garching; **Nürnberg:** Nachl. d. Anni Preuß; **Offenbach:** Hugo Beck Nachf. & Co. GmbH Stahlbeton-, Hoch- u. Tiefbau; **Seligenstadt:** Nachl. d. Matthias Helmut Rinnert, Rodgau 6.

Vergleich beantragt: Düsseldorf: Irene Bender geb. Kohlei, Ratingen; **Stuttgart:** 1. Reich GmbH & Co., Remshalden, 2. Reich Verwaltungs- u. Beteiligungs GmbH, Geradstetten-Hebsack, Remshalden.

NAMEN

Dr. **Wilhelm Diekmann** wurde zum Kammerdirektor der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe als Nachfolger von Dr. **Günter Müller** gewählt, der am 1. Oktober nach 21jähriger Tätigkeit ausscheidet.

Peter Kraemer (44), bisher Vorstandsmitglied der co op Berlin AG, wurde Geschäftsführer der Marktkauf GmbH, Tochtergesellschaft der AVA AG, Bielefeld.

Dr. **Jürgen Schaafhausen** ist aus dem Aufsichtsrat der Sigri GmbH, Meitingen, ausgeschieden. Sein Nachfolger wurde Prof. **Heinz Harnisch**, Vorstandsmitglied der Hoechst AG.

Helmut Minarzick, Vorstandsmitglied der EK Großeinkauf eG, Bielefeld, wurde zum Vorsitzenden gewählt. Er ist Nachfolger von **Günter Heistermann**, der diese Position 24 Jahre innehatte.

Irmgard Reichhardt (50), Vorsitzende des Landfrauenverbandes Hessen, ist zur Präsidentin des deutschen Landfrauenverbandes bestellt worden.

FRANKREICH / Strenge Direktiven für das nächste Budget

20 000 Beamte weniger

J. Sch. Paris

Premier Jacques Chirac hat außerordentliche, strenge Direktiven zur Aufstellung des Haushaltsplans für 1987 herausgegeben. In einem am Wochenende veröffentlichten Schreiben an seinen Minister verlangt er Einsparungen von insgesamt 40 Milliarden Franc (etwa 13 Mrd. DM). Das wären etwa vier Prozent der diesjährigen Staatsausgaben. Eine derartige Kürzung hat es in Frankreich bisher noch nie gegeben. Notfalls will Chirac selbst den Rotstift ansetzen.

Betroffen sind vor allem die laufenden Ausgaben der öffentlichen Verwaltung. Ihr Personalbestand soll um mindestens 1,5 Prozent durch die Nichterneuerung der natürlichen Abgänge (Pensionierungen) reduziert werden – ausgenommen technisches Lehrpersonal und die Sicherheitskräfte (Polizei). Das Beamtenheer würde sich danach um rund 20 000 Personen vermindern, nachdem es schon im letzten Jahr um 5335 Personen abgebaut worden war und in diesem Jahr um 4330 Planstellen gekürzt wird.

Außerdem hat Chirac festgelegt, daß die Beamtengehälter real nicht erhöht werden dürfen – besondere Leistungen ausgenommen. Die Kapitaldotationen an Staatsunternehmen sollen nominal unverändert bleiben und die Staatssubventionen an die Wirtschaft gekürzt werden. Andererseits erhalten die Unternehmen Steuererleichterungen. Für noch nicht definierte „neue Aktionen" sieht Chiracs Plan nur rund fünf Milliarden Franc vor.

Bisher lief in Frankreich die Budgetplanung erst im Sommer an. Seine Eile begründet Chirac unter anderem damit, daß den ausländischen Partnern die Entschlossenheit der neuen Regierung zur schnellen Wiederbelebung der Wirtschaft unter Beweis gestellt werden müsse.

RENTENMARKT / Im Kielwasser der USA

Zinsen weiter gestiegen

Der deutsche Rentenmarkt segelt im Kielwasser des US-Bondmarktes, der von Unsicherheit und, was dabei nicht verwundern kann, von steigenden Zinsen geprägt ist. Nervös gemacht hat in USA zunächst die Angst, daß sich die Japaner nicht genügend an der Versteigerung neuer US-Staatspapiere beteiligen würden, womit wohl ein Zinsanstieg ausgelöst worden wäre. Und als das besser als befürchtet über die Bühne ging, wachten die „Fed-Watcher" aus einem langen Schlaf auf: Sie wiesen mit Besorgnis auf den Anstieg der Geldmenge hin, die schon seit geraumer Zeit den Zielkorridor überschreitet, was Anlaß für eine zinstreibende restriktivere Geldpolitik sein könnte. Angesichts der engen internationalen Kapitalmarktverflechtung fehlt da auch den hiesigen Akteuren Mut. (cd.)

Emissionen	9.5. 86	2.5. 86	30.12. 85	28.12. 84	30.12. 83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,34	5,24	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	5,73	5,63	6,24	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,27	5,27	5,99	6,56	7,83
Schuldverschreibungen der Industrie	6,01	6,04	6,31	6,94	8,29
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,39	5,36	6,04	6,65	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,06	5,04	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,96	5,90	6,73	7,14	7,30
Inländische Emittenten insgesamt	5,39	5,36	6,03	6,64	7,89
DM-Auslandsanleihen	6,41	6,41	6,82	7,20	8,08

Wochenschlußkurse

New York

	9.5.	2.5.
Adv. Micro Dev.	28,25	28,125
Aetna Life	60	59,625
Alcan Aluminium	29,125	30,375
Alcoa	40,25	40,125
Allied Signal	49,625	50,75
AMR Corp.	55,25	57,125
Amax	14,75	14,875
Am. Cyanamid	72,625	69,625
Am. Express	58	58,25
Am. Motors	4,25	4,5
Am. Tel. & Telegr.	25,125	25
Amoco Corp.	64,5	61
Asarco	18,375	18,75
Atlantic Richfield	58,125	54,625
Avon Products	34	32,25
Bally	23,5	21,125
Bk. of America	16,875	17,375
Bethlehem Steel	15,875	14,5
Black & Decker	25	20,75
Boeing	57,5	55,375
Brunswick	33,125	30,875
Burroughs	61,875	60
Caterpillar	52,125	52
CBS	137	133,5
Celanese	206,375	199,5
Chase Manhattan	42,5	44,125
Chrysler	38,375	37,125
Citicorp	57,125	58,25
Clorox	51,875	49,5
Coca-Cola	108,125	111,875
Colgate	37,75	36,375
Commodore	7,5	7,875
Commw. Edison	31,25	31,375
Comm. Satellite	36,25	34,5
Control Data	23,75	22,875
CPC Int.	64	65
Curtiss Wright	50	51,5
Deere	34,75	33,75
Delta Airlines	45,5	44,5
Digital Equipm.	177,75	175,375
Dow Chemical	54	53,5
Du Pont	78	75,625
Eastern Gas-Fuel	27,5	25,5
Eastman Kodak	56,625	56,25
Enron	39	37
Exxon	58,75	58
Firestone	23,5	24
Fluor	18,5	17,5
Ford	79,5	77,25
Foster Wheeler	13,375	13,125
Fruehauf	41,125	40,375
GAF Corp.	71,5	70,875
General Dynamics	82,375	78,625
General Electric	76,75	76,625
General Instr.	21,5	21,25
General Motors	78,125	78,75
Gen. T. & E.	50,125	49,75
Global Nat. Res.	3,375	3,25
Goodrich	38,875	39
Goodyear Tire	31,625	30,875
Grace	58,875	55,75
Halliburton	20,625	21,875
Heinz	41,375	41
Hewlett Packard	45,25	44
Homestake	21,125	21,125
Honeywell	80,25	75,375
IBM	147,875	154,25
Int. Tel. & Tel.	47,5	46,75
Int. Paper	56,625	56,625
Jim Walter	44	42,125
Litton Industries	87,125	86,5
Lockheed Corp.	56,375	55,875
Loew's Corp.	66,5	64,75
Lone Star	34,4	34,25
Louisiana Land	29,75	26,875
LTV Corp.	7,25	7,875
Mc Dermott	16,75	16,375
Mc Donnel Doug.	82,25	82,875
Merck & Co.	179,875	172
Merrill Lynch	36,625	36,5
Mesa Petroleum	3,125	3,125
Minnesota M.	101,125	101,75
Mobil Oil	30,375	29,75
Monsanto	60,25	60,125
Morgan J.P.	76,375	80,25
Nat. Semiconductor	14,25	14
Navistar Int. Corp.	10,5	10,75
NCR	55,5	49,75
Newmont	44	42,375
PanAm World	6,375	6,25
Pfizer	60,25	59,625
Philip Morris	64,75	62,875
Phillips Petroleum	10,375	9,75
Pittston	14,875	14,25
Polaroid	61,5	61,625
Prime Computer	21	22
Procter & Gamble	72,5	73
RCA	65,4	65,375
Revlon	17,75	17,25
Reynolds Ind.	42,75	43,375
Rockwell Int.	46,375	44,5
Rorer Group	39,5	38,375
Salomon	–	52,75
Schlumberger	31,125	30,125
Sears, Roebuck	46,875	43,125
Singer	51,375	51,125
Sperry Corp.	73	55
Stand. Oil Calif.	40,75	39,25
Storage Techn.	4,375	3,5
Tandy	39,625	38,75
Teledyne	336,625	344,5
Telex Corp.	64,625	59,625
Tesoro	12,375	12,5
Texaco	33	31,875
Texas Instrum.	137	135,625
Tosco	4,375	4,125
Turner Broadcast.	24,125	24,75
Trans World Corp.	43,125	43,875
Transamerica	33,5	34,25
Travellers	50,125	49,625
UAL	59,625	61
Unocal Corp.	22,125	19,125
Union Carbide	23,125	24,25
Union Oil of Calif.	24,25	21,625
US Gypsum	73,625	69,75
US Steel	21	19,875
United Technologies	50	50,375
Walt Disney	46,25	46,375
Warner Comm.	48,25	46,75
Westinghouse El.	54,375	53,25
Weyerhaeuser	35,125	36,25
Whittaker	25,625	24,625
Woolworth	78	74,75
Xerox	59,75	59,375
Zenith Radio	29	26,875
Dow Jones Index	1789,43	1774,68
Stand. & Poors	237,85	234,79

Toronto

	9.5.	2.5.
Abitibi-Price	25	24,5
Alcan Alu.	40,25	41,875
Bk. of Montreal	33,75	33,5
Bk. of Nova Scotia	14,25	14,75
Bell Cda Enterprises	39,125	39,875
[illegible] Oil	2,6	2,4
Bow Valley Ind.	10,5	9,75
Brenda Mines	–	8,125
Brunswick M & Sm.	13	12,75
Cdn. Imperial Bk.	19,75	19,625
Cdn. Pacific Ltd.	17,125	17,375
Cominco	11,5	12,375
Coseka Res.	1,3	1,35
Denison Mines	7,75	7,375
Dome Petroleum	1,85	1,96
Domtar	31,25	32
Falconbridge Ltd.	20,875	21
Great Lakes Forest	24	25,25
Gulf Canada	13,25	13,125
Gulfstream Res.	0,62	0,6
Hiram Walker Res.	36,625	34,5
Hudson Bay Mng. Sm.	7,875	8
Husky Oil	8,5	8,25
Imperial Oil -A-	42,375	41,75
Inco	18,625	19
Inter City Gas Ltd.	15,375	15,75
Interprov. Pipeline	43,5	43,75
Kerr Addison	16,375	15,5
Lac Minerals	21,625	21,375
Massey Ferguson	5,2	3,25
Moore Corp.	34,875	36
Noranda Mines	17,875	18,125
Norcen Energy Res.	11,375	11,25
Northgate Expl.	4,75	4,4
Northern Telecom.	41,25	41,75
Nova An Alberta "A"	4,9	5
Nu West Group	0,3	0,33
Oakwood Petrol	3,8	3,8
Placer Development	22,25	22,5
Provigo Inc.	19,75	19,625
Ranger Oil	5,5	4,8
Revenue Properties	2,65	–
Rio Algom	23,5	24,5
Royal Bk. of Can.	32,75	32,5
Seagram	79,875	79,375
Shell Canada	23,5	22,25
Sherritt Gordon	6,75	7
Stelco -A-	25,875	25,625
TransCdn. PipeLines	18,75	17,25
Westcoast Transm.	14,125	13,75
Index TSE 300	3066,10	3078,00

Tokio

	9.5.	3.5.
Alps	1980	2010
Bank of Tokyo	782	775
Banyu Pharma	893	896
Bridgestone Tire	614	630
Canon	1050	1150
Daikin Kogyo	770	770
Daiwa House	1440	1440
Daiwa Sec.	1440	1370
Eisai	1510	1420
Fuji Bank	1480	1490
Fuji Photo	2240	2380
Fuji Radio	3520	3610
Hitachi	875	931
Honda	1170	1210
[illegible]	440	449
Isetan	998	906
Ito Yokado	4020	3850
Japan Air	9410	9390
Japan Met.	355	364
Japan Syn. Rubber	427	411
Kajima	815	742
Kansai Elec.P.	2390	2400
Kao Soap	1530	[illegible]
Kawasaki H	155	151
Kawasaki S	160	155
Kirin Brewery	1250	1210
Komatsu	490	470
Kubota Iron	346	344
Kyocera	4420	4680
Makita El.	1210	1220
Marui	2530	2390
Matsushita El. Ind.	1520	1480
Matsushita El. Wks.	1380	1320
Mitsubishi CP	753	725
Mitsubishi El.	354	362
Mitsubishi Estate	1890	1830
Mitsubishi Heavy I.	380	369
Mitsui Co. Ltd	459	442
Mitsukoshi	1050	898
Mitsumi El.	1160	1180
Nichicon	845	860
Nihon Cement	530	510
Nikko Sec.	1010	947
Nippon El.	1500	1540
Nippon Kokan	137	134
Nippon Oil	1190	1190
Nippon St.	173	165
Nippon Yusen	418	376
Nissan Motor	553	571
Nomura Sec.	2000	1890
Olympus	1240	1260
Penta-Ocean	485	575
Pioneer	2250	2350
Renown	977	910
Ricoh	950	970
Sankyo	1390	1420
Seiyu Stores	1330	1320
Sekisui Pref.	1210	1180
Sharp	960	975
Shiseido	1920	1900
Sony	3640	3830
Sumitomo Bank	1880	1880
Taisei Corp.	505	490
Taisho Marine	740	694
Takeda Chem.	1470	1410
Teijin	530	500
Tokyo Elec.	1220	1280
Tokyo Gas	395	397
Tokio Marine	1280	1120
Tokyo El. Power	3870	3900
Toray Ind.	540	543
Toshiba Elec.	417	432
Toto	1280	1260
Toyo Kogyo	398	407
Toyota Motor	1500	1580
Yamaichi	989	945
Yamanouchi	3210	3300
Yamaha	718	717
Yamazaki	1310	1270

L'OREAL / Marktanteil in der Bundesrepublik ausgebaut

Weltweit die Nummer eins

J. Sch. Paris

Der französische Kosmetik- und Pharmakonzern L'Oréal hat 1985 seinen konsolidierten Umsatz um vier *Prozent auf 16,43 Mrd. Franc erhöht.* Seine Verkäufe im Kosmetikbereich erreichten aber 19,5 Mrd. F – womit L'Oréal vor Avon weltweit an erster Stelle steht –, nachdem ihm die schweizerische Nestlé ihre US-kanadischen Töchter Cosmair zur Verwaltung übertragen hatte. An diesen Gesellschaften besitzt die Gründerfamilie Bettencout eine Minderheitsbeteiligung, während sie L'Oréal selbst über *eine* gemeinsame Holding mit Nestlé kontrolliert.

Der Reingewinn der Gruppe erhöhte sich um 6,3 Prozent auf 775 Mill. F. Der *Generalversammlung* wird eine Erhöhung der Dividende um sieben Prozent auf 30 F je Aktie vorgeschlagen. Konzernpräsident Charles Zviak erwartet für 1986 eine mindestens ebenso günstige Entwicklung. Während der Arzneimittelumsatz des *Konzerns 1985* auf 2,48 (2,90) Mrd. F zurückgegangen war, wurden in den einzelnen Schönheitsmittelbereichen mehr oder weniger große Zuwächse erzielt. An der Spitze stand weiterhin die Haarkosmetik, die den internationalen Ruf von L'Oréal begründet hat. Sehr gut entwickelte sich auch die Parfümerie.

Im Export, der 58,01 (59,63) Prozent des Umsatzes stellte, erzielte der Konzern beste Ergebnisse in den USA, Japan und Großbritannien. Das Deutschlandgeschäft war nach Angaben Zviaks „schwierig". Trotz verschärfter Konkurrenz hätten aber die Marktanteile *etwas* vergrößert werden können.

Von seinen wichtigsten Konkurrenten will sich L'Oréal weiterhin vor *allem qualitativ abheben.* Neben der Erneuerung seiner oft seit mehr als 50 Jahren bestehenden Traditionsmarken will L'Oréal verstärkt in die Innovation investieren. Für die Forschung im Kosmetikbereich wurden letztes Jahr 476 Mill. F ausgegeben, im Arzneimittelbereich 468 Mill. F.

TRINKAUS & BURKHARDT / 1985 glänzend verdient – Dividende auf acht Mark begrenzt

Vormarsch zur Merchant-Bank

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die anläßlich der Plazierung von 20,5 Mill. DM Aktien bei 20 000 neuen Kommanditaktionären im letzten Herbst von Analysten gebotene Erwartung von 19 DM Gewinn je Aktie für *1985* habe man übertroffen. Den Dividendenvorschlag (Hauptver*sammlung am 26. Juni*) begrenze *man* aus drei Gründen auf 8 DM. Erstens wolle man sich an der Ertragskraft der Bank orientieren. Zweitens könne man so gute Konstellationen an den Wertpapiermärkten wie 1985 nicht blindlings extrapolieren. Drittens schließlich bleibe man bestrebt, das weitere Wachstum der Bank auch mit Reservenstärkung zu stützen.

Ein Wachstum, das nun auch mit *dem „Vorratsbeschluß" einer Op*tionsanleihe von 100 Mill. DM gestützt werden soll; zu noch 20 Mill. DM genehmigtem Kapital kommen damit nun weitere 20 Mill. DM „bedingtes Kapital". Die persönlich haftenden Gesellschafter des Düsseldorfer Bankhauses Trinkaus & Burkhardt KGaA, das nach dem Gang ins Börsenpublikum noch mit „dauerhaften" 70 Prozent von 90 Mill. DM Aktienkapital zur Londoner Midland-Bank-Gruppe gehört, sehen nach dem glänzenden Abschluß von 1985 *mit einem auf 225 (187) Mill. DM oder* 4,8 Prozent der Bilanzsumme verstärkten Eigenkapital allerdings vorerst keinen Anlaß zu weiterer Kapitalzufuhr von außen.

Allen Anlaß hat man aber, den Ausbau des „Merchant Banking" (Konsortialgeschäft, Betreuung ausländischer institutioneller Anleger, Beteiligungsvermittlung) gezielt fortzusetzen. Der Ertragsglanz des Berichtsjahres gibt den Gesellschaftern da recht. Das Konzern-Teilbetriebser*gebnis besserte sich um 21 Prozent* auf 52,6 Mill. DM; es wäre sogar um 53 Prozent höher ausgefallen, hätte das Institut 1985 den Rechtsformwandel in die KGaA nicht mit 14 Mill. DM zu Rückstellungen für Ruhegeldzusagen an frühere und heutige Komplementäre benutzt.

Herausragend ertragreich war 1985 das Provisionsgeschäft mit Glanzlichtern wie einem Anstieg der für Kunden verwalteten Wertpapierdepots auf *14,2 (9,5) Mrd. DM* und im Konzern um die Hälfte erhöhten Um*sätzen im Wertpapierhandel.* Das Provisionsergebnis stieg dabei um 54 Prozent auf 77,2 Mill. DM und erreichte 85 Prozent des um fünf Prozent auf 91,3 Mill. DM erhöhten Konzern-Zinsüberschusses. Ein da voller Gleichklang, der den Charakter der Merchant-Bank noch mehr als bisher unterstreicht, wird angestrebt.

Der bei den Töchtern voll thesaurierte Jahresüberschuß stieg im Konzern auf 63,4 (51,3) Mill. und bei der KGaA auf 22,7 (20,1) Mill. DM, wovon *14 Mill. DM für die Ausschüttung* benötigt werden – dies nach „außergewöhnlicher" Dotierung der Einzelwertberichtigungen. Das erste Quartal 1986 habe vor allem dank nochmals besserem Provisionsergebnis ein „klar" über dem Vorjahresstand liegendes Gesamtergebnis gebracht.

SEEHAFENHINTERLANDVERKEHR / BDF-Manöver?

Appell an den Gesetzgeber

Mk. Bonn

Vertreter der Küstenländer, der Seehäfen und der Kammerorganisation haben jetzt noch einmal an die Abgeordneten des Verkehrs- und Wirtschaftsausschusses des Bundestages appelliert, *den Gesetzantrag* des Bundesrates zum Seehafenhinterlandverkehr zu befürworten. Die Ausschußberatungen finden am Mittwoch statt. Nur wenn es jetzt zu einem einhelligen Votum kommt, ist eine Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes noch in dieser Legislaturperiode möglich.

„Mit Empörung", so die Handelskammer Hamburg, hätten die deutschen Seehäfen die Entscheidung des Gesamtvorstandes des Bundesverbandes des Deutschen Güterfernverkehrs (BDF) aufgenommen. Dieser hatte der vom Hamburger CDU-Abgeordneten Dirk Fischer mit der Zentrale des Verbandes ausgehandelten Alternativlösung für eine angemessene Verbesserung der Wettbewerbssituation der Häfen in ihrem Hinter*landverkehr die Zustimmung* versagt. Fischer hatte sich in den vergan*genen Monaten intensiv darum* bemüht, statt der vom Bundesrat geforderten Angleichung der gesetzlichen Vorschriften für den Abschluß von Sondervereinbarungen (Paragraph 22 a Güterkraftverkehrsgesetz) einen speziellen Kontrakttarif zu erreichen, der in seiner praktischen Auswirkung dem Anliegen der deutschen Seehäfen weitgehend entsprochen hätte.

Unter diesen Umständen waren die Küstenländer und die Kammern bereit, für diese Legislaturperiode auf Gesetzesänderungen zu verzichten. Die hinhaltenden Manöver des Verbandes und letztlich die Uneinsichtigkeit des Gesamtvorstandes haben nach Ansicht der Hamburger Kammer aber überdeutlich gezeigt, daß *die deutschen Seehäfen jetzt auf* einer einwandfreien gesetzlichen Anpassung ihres Hinterlandverkehrs-Regimes an die grenzüberschreitenden Verkehre bestehen müßten.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Wandelanleihe

Berlin (VWD) – Die HV der Berli*ner Elektro-Beteiligungen AG am 19.* Juni soll die Voraussetzungen für die Begebung von Wandelschuldverschreibungen der Gesellschaft im Nennbetrag von bis zu 24 Mill. DM mit einer Laufzeit von längstens zehn Jahren schaffen. Die Ermächtigung wird bis zum *18. Juni 1991* befristet sein. Die Wandelschuldverschreibun*gen sollen von der* Deutschen Bank übernommen werden mit der Verpflichtung, sie den Stamm- und Vorzugsaktionären zum Bezug anzubieten. Für das Geschäftsjahr 1985 wird die Ausschüttung von 11,50 DM je Aktie auf die 5 Mill. DM Stammaktien und von *12,50 DM* je Aktie auf die 5 Mill. DM Vorzugsaktien vorgeschlagen.

Entstickungsanlage

Wilhelmshaven (dpa/VWD) – Das 770-Megawatt-Kohlekraftwerk der Preußenelektra in Wilhelmshaven erhält für 100 Mill. DM eine Entstikkungsanlage. Nach der Fertigstellung Ende 1988 wird die Anlage dem Unternehmen *zufolge* 85 Prozent der Stickoxide aus dem Rauchgas herausfiltern.

Salomon in Frankfurt

Frankfurt (cd.) – Die bedeutende New Yorker Investmentbank Salomon Brothers eröffnet in Frankfurt eine Tochtergesellschaft, die eine Lizenz als deutsche Vollbank anstrebt. Ihre Aktivitäten sollen sich auf das D-*Mark-Emissionsgeschäft – auch* als Konsortialführer –, das Underwriting und das Wertpapiergeschäft vor allem mit Großkunden außerhalb der Bundesrepublik konzentrieren. Ferner ist die Beratung deutscher Unternehmen bei internationalen Finanzierungen geplant.

IKB-Kapitalerhöhung

Düsseldorf (dpa/VWD) – Die Industriekreditbank AG Deutsche Industriebank (IKB), Düsseldorf, erhöht unter Inanspruchnahme des bestehenden genehmigten Kapitals ihr Grundkapital um 30 Mill. DM auf 210 Mill. DM. Den Aktionären werden die neuen Aktien im Verhältnis sechs zu eins zum Kurs von 220 DM je Stück angeboten; sie sind ab 1. April dividendenberechtigt.

Gutes Jahr

Düsseldorf (Py.) – Mit einem guten Geschäftsergebnis 1985 geht der Berliner Verein Krankenversicherung aG, Köln/Berlin, ins *50. Gründungs*jahr. Die Beitragseinnahmen wuchsen um 4,3 Prozent auf 271 Mill. DM. Dabei wäre die Steigerung ohne die zu Mindereinnahmen führende Änderung der Beihilfevorschriften für den öffentlichen Dienst noch höher ausgefallen. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle stiegen nur um 2 (10) Prozent auf 217 Mill. *DM*. Als Überschuß wurden wieder 13 Mill. DM erwirtschaftet, von denen 12 Mill. DM der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt werden. Neben Barausschüttungen an leistungsfrei gebliebene Mitglieder wurden aus dieser Rückstellung wieder 12,1 Mill. DM als Einmalbetrag zur Milderung von notwendigen Beitragserhöhungen zur Verfügung gestellt.

Wieder Dividende

Bremen (VWD) – *Die Actiengesellschaft* Norddeutsche Steingutfabrik, Bremen, will für 1985 zehn (i.V. acht) Prozent Dividende ausschütten (HV am 26. Juni). Trotz der schwierigen Marktverhältnisse habe die Gesellschaft im Geschäftsjahr 1985 wieder ein positives Ergebnis erwirtschaften können, hieß es.

Auslandsrepräsentanz

Frankfurt (cd.) – Beim Kassieren von Bargeld mit der Eurocard haben Touristen bei den 229 Zweigstellen der Cassa Centrale die Risparmo per le Province Siciliane – anders als sonst häufig im Lande – keine Schwierigkeiten, versicherte deren Präsident bei der Eröffnung einer Repräsentanz in Frankfurt. Diese erste *Auslandsrepräsentanz der drittgröß*ten italienischen Sparkasse mit einer Bilanzsumme von umgerechnet rund 32 Mrd. DM wird sich der Intensivierung des deutsch-sizilanischen Handels widmen.

PHILIP MORRIS / Mit dem Kauf von General Foods den „großen Coup" gelandet

Der Tabakkonzern stellt die Weichen neu

JB. Hamburg

*Mit einer Reihe bedeutender Trans*aktionen hat der US-Konzern Philip Morris 1985 die geschäftspolitischen Weichen neu gestellt. Im Geschäftsbericht schreibt der Vorstand zwar, daß die Bereiche Zigaretten und Bier im Mittelpunkt der Aktivitäten bleiben, doch werde man einen großen Teil der Mittel und Kräfte auch auf *andere Konsumgüter lenken.*

Der Konzern, der weltweit an zweiter Stelle bei Zigaretten steht und über das zweitgrößte Brauimperium in den USA verfügt, hat entsprechend der neuen Langzeit-Strategie mit dem Zu- und Verkaufen nicht lange gefackelt. Auf der einen Seite trennte er sich von der Philip Morris Industrial (*Spezialpapiere, Verpackungen*) sowie von der Getränkegesellschaft Seven Up. Während *die PM Industrial* ertragreich, aber zu klein war, hatte Philip Morris mit der 1978 erworbenen Seven Up wenig Glück.

Im Gegenzug landete Philip Morris mit dem Erwerb von General Foods „den großen Coup". Mit einem Umsatz von zusammen rund 60 Mrd. DM avancierte Philip Morris neben Unilever *zum größten Konsumgüter-Her*steller der Welt. Der Kaufpreis von 5,6 Mrd. Dollar wurde weitgehend fremdfinanziert und hat die Gesamtverschuldung des Konzerns auf rund 8 Mrd. Dollar gebracht. Nach den eigenen Cash-flow-Hochrechnungen soll die Verschuldung aus dem Erwerb sowie aus einem Investitions*plan von 3,6 Mrd. Dollar in den näch*sten fünf Jahren rasch abgebaut sein. *Die Entwicklung des Konzerns in* 1985 macht glaubhaft, daß der Kraftakt schnell verdaut werden kann.

Nachdem die 1984 angefallenen hohen Wertberichtigungen im Brauerei-Bereich weggefallen sind, wartet Philip Morris wieder mit stolzen Zuwachsraten auf. Der Umsatz (zwei Monate mit General Foods) ist um *15,6 Prozent auf 16 Mrd. Dollar gestie*gen, der Netto-Gewinn um 41,3 Prozent auf 1,25 Mrd. Dollar; die Nettorendite betrug 7,8 Prozent. Aus dem Zigarettengeschäft, bei dem Philip Morris weltweit einen Marktanteil von 6,6 Prozent und in den USA von *36 Prozent hält,* stammen fast 90 Prozent der Erträge. Der Umsatzanteil beträgt *demgegenüber 66 Prozent.*

GATT / Kritik der Entwicklungsländer: Keine Impulse vom Wirtschaftsgipfel in Tokio

Schwierige Handelsgespräche in Genf

ALFRED ZÄNKER, Zürich

Obwohl die Regierungschefs der sieben größten Industrieländer auf dem Gipfeltreffen in Tokio ihren Willen zur Liberalisierung des Welthan*dels bekräftigt haben, kommen die* Vorarbeiten des in Genf tagenden Gatt-Ausschusses für die neue Handelsrunde nur mühsam voran. Diese Expertengruppe soll bis 15. Juli eine Grundsatzerklärung und Tagesordnung ausarbeiten, um endgültige Beschlüsse auf einer Gatt-Ministertagung, die Mitte September in Punta del Este in Uruguay *stattfinden* soll, vorzubereiten.

Nun werden jedoch von den Entwicklungsländern neue Bedenken angemeldet. Vertreter der Dritten Welt, die sich nur mit Zögern zur Teilnahme an der geplanten Handelsrunde *bereitgefunden hatten,* fürchten im Agrar- und Textilbereich zu kurz zu kommen. Vor allem die EG suche – unter französischem Druck – zu verhindern, daß Landwirtschaftsprodukte auf den Verhandlungstisch kommen, meint man in Genf. Unter der neuen Regierung in Paris scheine sich der Widerstand eher noch zu versteifen. Es sei auch bezeichnend, daß der Agrarhandel im Kommuniqué von Tokio gar nicht erwähnt wurde.

Befürchtet wird nun, daß die EG *und die Vereinigten Staaten in den* Agrarfragen eine bilaterale „Großmachtlösung" anstreben auf Kosten Außenstehender, zum Beispiel Australiens und der Dritten Welt. „Der Wirtschaftsgipfel hat die Genfer Handelsgespräche keinen Schritt weitergebracht. Er hat die Skepsis der Entwicklungsländer eher noch verstärkt", heißt es in Gatt-Kreisen.

Dazu kommt Ungewißheit über die Zukunft des Welttextilabkommens, das Ende Juli abläuft, um weitere vier bis fünf Jahre verlängert werden und dann endgültig auslaufen soll. Die Entwicklungsländer verlangen hier *als Vorbedingung ihrer Teilnahme* an der Gatt-Runde, daß die Einfuhrbeschränkungen für Textilien gelockert und jedenfalls nicht weiter verschärft werden. Starke Kräfte im amerikanischen Kongreß drängen jedoch auf zusätzliche Restriktionen, um den Einfuhrdruck vor allem aus Asien abzuschwächen. Am Sitz des Gatt beobachtet man das handelspolitische Tauziehen in USA mit wachsender Besorgnis. Vor Jahresfrist verlangte Washington eine möglichst baldige *neue* Liberalisierungsrunde, um protektionistische Schritte im Kongreß abzuwehren. Später wurde eine massive Dollar-Abwertung durchgesetzt, um die amerikanische Wettbewerbsposition zu verbessern. Trotzdem scheint der Protektionismus nun *doch wieder an Boden zu gewinnen.*

Ob *der* Gatt-Ausschuß unter diesen Umständen imstande sein wird, ein für alle Partner annehmbares Arbeitsprogramm bis Mitte Juli vorzulegen, ist fraglich. Entscheidende Punkte werden jedenfalls bis zur Ministerkonferenz im September offenblei*ben, und der Beginn der eigentlichen* Verhandlungen, der für Anfang 1987 vorgesehen ist, bleibt ungewiß. Die Erfolgsaussichten der neuen Gatt-Runde hängen nun ganz entscheidend von „positiven Signalen" aus den USA und – im Agrarbereich – von der EG ab, betont man im Gatt.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Michael Jungblut: Wirtschaftsjahrbuch 1986, Goldmann Verlag, München 1986, 348 S., 14,80 Mark

Nach Jahren der Stagnation und wachsender Arbeitslosigkeit ist die deutsche Wirtschaft wieder in Schwung gekommen. Der Bundeshaushalt ist weitgehend saniert, der Export steht vor neuen Höhepunkten, die Umsätze und Gewinne der Unternehmen steigen, die Aktien*kurse sind geradezu explodiert.* Aber Zweifel stehen dennoch im Raum. Ist diese neue Blüte etwa eine Scheinblüte? Werden die Gewerkschaften in der Lage sein, ihre Rolle in einer sich wandelnden Wirtschaft und Gesellschaft neu zu definieren? Sind die *Zweifel* an Umfang und Erfolg der bisherigen Entwicklungshilfe *gerechtfertigt?* Gelingt die Reform der Alterssicherung und des Gesundheitswesens? Zu diesen und anderen aktuellen Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nehmen sachkundige Autoren Stellung. Der Text erfährt durch zahlreiche Tabellen und Schaubilder eine wichtige Ergänzung.

Handbuch für Wohnungsrecht und Wohnungswirtschaft 1986, *Verlag* Deutsche Wohnungswirtschaft GmbH, Postfach 32 12 20, 4000 Düsseldorf 30, 36 Mark

Mit seinem „Jahrbuch 1986" hat der Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer wiederum ein informatives Handbuch für Wohnungsrecht und Wohnungswirtschaft vorgelegt. In seinem einleitenden Teil zeichnet *das Jahrbuch in einer Zusammen*fassung die rechtliche und politische Entwicklung des Miet- und Wohnungswesens im Jahre 1985 nach. Auf rund 800 Seiten wird umfassendes Hintergrundmaterial geliefert. Allein die Zusammenstellung der Rechtsprechung mit insgesamt 1900 neuen Entscheidungen *aus dem gesamten Bau-, Boden-,* Wohnungs-, Steuer und Umweltschutzrecht ist eine Fundgrube für Anwälte und Richter sowie für jeden Praktiker der Wohnungswirtschaft. Durch ein detailliertes Stichwortverzeichnis wird das Auffinden der einschlägigen Gerichtsentscheidungen wesentlich erleichtert. Ein zentrales Thema des neuen Jahrbuches ist der Entwurf der Bundesregierung zum Baugesetzbuch. Die *Neuordnung der Besteuerung* und der einkommensteuerrechtlichen Förderung des Wohneigentums stehen im Mittelpunkt des steuerlichen Teils. Daneben werden weitere Probleme aus der täglichen Praxis des privaten Haus-, Wohnungs- und Grundeigentums erörtert.

Gerald Drews: Ihre Rechte als Nachbar, Heyne Verlag, München 1986, 171 S., 7,80 Mark

Ob als Hausbesitzer, Eigentümer einer Wohnung oder Mieter, wer kennt nicht die zahllosen Reibungspunkte, die sich zwischen *Nachbarn ergeben können?* Und wer lebt schon gerne in Unfrieden mit seiner Umgebung. Streitigkeiten in diesem Umfeld haben in aller Regel ihre Ursache in einer fehlenden oder falschen Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen. Kein *Wunder*, denn *Nachbar- und Miet*rechte sind schwierige Spezialgebiete. Der Autor versucht, die wichtigsten rechtlichen Bestimmungen zu „übersetzen" und rät zu gütlichen Einigungen unter Nachbarn.

Horst Jäger: Einführung in die Sozialversicherung, Erich Schmidt Verlag, Bielefeld 1986, 111 S., 12,80 Mark

Der Deutsche Bundestag hat in den Jahren 1984 und 1985 wichtige gesetzliche Änderungen auf fast al*len Gebieten des Sozialrechts* beschlossen. Einige sind am 1. Januar 1986 in Kraft getreten. Diese aktuelle Neuauflage gibt einen schnellen Überblick über das umfangreiche Gebiet des Sozialrechts, informiert über die sozialen Rechte des einzelnen und deren Voraussetzungen und trägt durch beispielhafte Erläu*terungen zum Verständnis der* teilweise schwierigen Vorschriften bei. Beispiele und Zahlenbilder erleichtern den Zugang zu den Vorschriften des Sozialrechts.

FUSSBALL / Brasilien in Not: Stars mit Steinen beworfen, Trainer verhöhnt – kommt nun der Retter?

Der 46 Jahre alte Pelé bietet seine Hilfe an. Er will wieder spielen

DW./U. S. **Mexico City**

Für Aprilscherze ist es eigentlich schon zu spät. Und wenn es ein Witz sein soll, dann ist es zumindest einer, über den man kaum lachen kann. Sei's drum: Das inzwischen 46 Jahre alte brasilianische Fußball-Idol Pelé, vielleicht der beste Fußballspieler aller Zeiten, soll sein Comeback für die Weltmeisterschaft in Mexiko angeboten haben. In einem Fernseh-Interview meinte Pelé, 1958, 1962 und 1970 dreimal mit Brasilien Weltmeister: „Wenn ich der Mannschaft helfen kann, werde ich helfen." Pelé hatte sein unglaubliches Angebot unterbreitet, nachdem Verteidiger Leandro Nationaltrainer Tele Santana für die WM eine Absage erteilt hatte.

Schon vor der Weltmeisterschaft 1974, so wird Pelé zitiert, habe ihn „die Regierung gebeten, beim Turnier in Deutschland zu spielen". Damals habe er abgelehnt, weil „ich mich vom Profi-Fußball zurückgezogen hatte". Doch nun, wo die Mannschaft so große Probleme habe und zu allem Überfluß auch noch Zico verletzt sei, fühle er sich verpflichtet, seine Hilfe anzubieten.

Der Brasilianer spielte zuletzt 1977 bei Cosmos New York und zum letzten Mal vor sechs Jahren bei einem Wohltätigkeitsspiel in Brasilien. In einem Interview mit der Zeitung „O Globo" ließ Pelé keinen Zweifel daran, daß es ihm ernst mit seinem Vorschlag sei.

Pelé: „Ich weiß, ich könnte höchstens 45 Minuten in jedem Spiel dabeisein. Aber vielleicht würde dies Brasilien schon helfen." Höchstens 20 Tage würde er benötigen, um in die notwendige Form zu kommen. Pelé: „Ich biete mich an. Es ist nun an Tele Santana, ob er mich nehmen will. Ich hoffe, er gibt seine Starrköpfigkeit auf und ruft mich."

Kurz nach dem Interview von Pelé, das in Brasilien für Aufregung sorgte, benannte Santana als Ersatzmann für Leandro den weithin unbekannten Verteidiger Josima von Botafogo Rio de Janeiro. Denn Santana wußte: Pelé saß mit Freunden in einer Kneipe irgendwo in Rio de Janeiro, und aus dieser fröhlichen Runde bekam ein Reporter des „O Globo" die Information.

Was immer Pelé auch dazu bewogen haben mag, in vertrauter Runde auch nur darüber zu plaudern – sicher ist, daß sich das brasilianische Team in großen Schwierigkeiten befindet. In Brasilien spricht man von der schwächsten Mannschaft, die das Land jemals bei einer Weltmeisterschaft vertrat.

Als Pelé sein tausendstes Tor geschossen hatte, läuteten im ganzen Land die Kirchenglocken. Als die brasilianische Elf 1970 mit Pelé in Mexico City zum dritten Male Weltmeister geworden war, zerfloß die Nation in Freudentränen und glaubte inbrünstiger als je zuvor, Gott sei ein Brasilianer. Wie hat sich doch das Bild bis heute gewandelt: Die Brasilianer steinigen heute ihre Nationalelf, sie verhöhnen die Stars, sie beleidigen den Trainer.

Im Stadion von Curitiba spielte die brasilianische Mannschaft gegen Chile (1:1) nach Zeitungsberichten „unter völligem Schweigen der 60 000 Besucher". Nach dem Schlußpfiff wurde jedoch Trainer Santana als „Esel" bezeichnet und mit nicht druckreifen Beleidigungen überhäuft. Als die Spieler dann ihren Bus bestiegen hatten, zertrümmerte ein Steinhagel die Fenster. Die Polizei griff ein. Der Bus raste davon. Auf der Rückfahrt sollten alle Spieler in einer Kirche Kerzen anzünden. Die meisten weigerten sich, weil sie sich vor der Weltöffentlichkeit nicht lächerlich machen wollten. Doch mehrere sollen für sich gebetet haben.

Schon Tage vor dem Spiel hatte die Zeitung „Zero hora" eine Fotomontage veröffentlicht: Santanas Kopf auf dem Rumpf eines Esels. Mehrere Zeitungen im ganzen Land druckten die Karikatur nach. Santana will nun klagen. Vor einer Woche hatten, auch in Curitiba, sechs Männer während der Halbzeit eines Fußballspiels einen Sarg über den Rasen getragen. Unter einem großen Kreuz war Santanas Name zu lesen. 16 000 Zuschauer bejubelten diese geschmacklose symbolische Beerdigung.



Das war Pelés Abschied von der Nationalmannschaft – vor 16 Jahren mit dem Weltmeistertitel in Mexiko
FOTO: SVEN SIMON

Ehe die Mannschaft nach Mexiko abreiste, pilgerten die Stars per Autobus von São Paulo aus zum 170 Kilometer entfernten Nationalheiligtum „Erscheinung unserer lieben Frau" und ließen eine Messe lesen. Santana war gegen diese Wallfahrt. Und wieder bekam sein Team Spott zu hören. Mit einer schwachen Mannschaft die WM gewinnen zu wollen, das sei selbst von „unserer lieben Frau" zuviel verlangt, lästerte das Magazin „Folha do São Paulo" und meinte süffisant, wenn Gelübde und Gebete im Fußball etwas ausrichten könnten, müsse die brasilianische Meisterschaft alle Jahre wieder unentschieden enden.

In ihrem mexikanischen Trainingscamp im Örtchen Nestle bei Toluca riegelten sich die Brasilianer gleich nach ihrer Ankunft hermetisch ab. Für das mitgereiste Journalistenheer ist die verhängte Blockade völlig ungewöhnlich. Sie finden dafür nur eine Erklärung: Die Mannschaft steckt drei Wochen vor WM-Beginn in einer tiefen Krise.

Besonders der Verzicht von Leandro dient als Beweis für die verwirrenden Zustände im Team von Trainer Tele Santana. Zunächst gab der Außenverteidiger taktische Gründe an. Er wolle lieber im Abwehrzentrum spielen. Selbst die Klubkameraden Zico und Junior konnten ihn nicht umstimmen. Dann gestand Leandro schließlich: „Unter Tele klappt wenig. Außerdem verzeihe ich ihm den Ausschluß von Renato nicht." Die beiden waren zuvor im Trainingslager als Nachtschwärmer negativ aufgefallen. Renato wurde später aus dem Kader gestrichen, Leandro (Santana: „Der beste Rechtsverteidiger der Welt") aber durfte bleiben. „Santana hat die Kontrolle verloren", sagte ein brasilianischer Stammspieler in Toluca zu einem befreundeten Journalisten, fügte jedoch ängstlich hinzu: „Schreib das aber nicht."

Auch innerhalb der Mannschaft macht sich Unverständnis breit. Während mit Eder, Sidney und Renato drei Angriffsspieler wegen Disziplinarvergehen zu Hause bleiben mußten, konnte der intellektuelle Kopf des Teams, der Kinderarzt Dr. Socrates, auf dem Rückflug von der Europatournee ungestraft Unmengen von Alkohol zu sich nehmen.

Die Niederlagen in Europa und der klägliche Auftritt gegen Chile erschwerten die Arbeit des Trainers, zudem ist seine Autorität in Gefahr. Die Stars Socrates, Zico, Falcao und Junior haben das Sagen. Nach Einschätzung vieler brasilianischer Journalisten ist die lange Leine des Trainers inzwischen zu lang geraten.

Noch gilt Brasilien als Favorit der Weltmeisterschaft in Mexiko – bei den englischen Buchmachern ebenso wie bei den internationalen Experten. Nicht aber bei den Fans im eigenen Lande...

FORMEL 1 / Grand Prix von Monaco

Danner nur Zuschauer. Kein Geld – zu schwach und viel zu langsam

dpa, **Monte Carlo**

Christian Danner mußte sich mit der Rolle des Zuschauers begnügen. Um eine Sekunde hatte der Münchner im Abschlußtraining die Qualifikation für den Großen Preis von Monaco verpaßt. „Es ging nicht schneller. Das war das Optimum, was ich aus dem Osella rausgeholt habe", sagte er nachher. Sein Osella hinkt der Formel-I-Technik um zwei Jahre hinterher. Dem Alpha-Turbo von Orsella fehlen im Vergleich zur Konkurrenz mindestens 200 PS. Das wirkt sich auch auf dem winkligen Straßenkurs von Monte Carlo aus, auf dem sonst auch PS-schwächere Wagen durchaus eine Chance hatten.

Warten auf das neue Auto

Höchstgeschwindigkeitsmessungen beweisen: Christian Danner ist auf der Geraden 40 km/h langsamer als die Schnellsten. Seit Beginn der Saison warten der Deutsche und sein italienischer Teamkollege Ghinzani auf ein neues Auto. Teamchef Enzo Osella hatte die Neukonstruktion für das Abschlußtraining in Monte Carlo angekündigt, mußte seine Fahrer aber erneut vertrösten.

Die Osella-Situation ist kritisch wie immer. Den Italienern fehlt das nötige Geld, deshalb sind sie zum hinterherfahren verdammt. Vor 14 Tagen in Imola gab es für Danner und Ghinzani die erste Ernüchterung. Sie müssen sich weiter mit den PS-schwachen Alpha-Turbos herumquälen. „Motori moderni ist für uns teuer", sagt Christian Danner in einer ironischen Mischung aus deutsch und italienisch.

Osella ist auf die Mitgift seiner Fahrer angewiesen, um Überleben zu können in dem immer teurer werdenden Formel-1-Geschäft. Der 28 Jahre alte Münchner hat sein Sponsorengeld in den Osella-Rennstall gesteckt. Auch wenn Erfolge nicht in Sicht sind, glaubt er, daß das Geld gut investiert ist. Bei Danner gilt der Grundsatz: Dabei sein ist alles. Die Erfahrung zeigt, daß ein Fahrer nur schwer wieder in die Formel 1 zurückfindet, wenn er einmal aus dem exklusiven Kreis herausgefallen ist. Und dann bleibt da noch die Hoffnung, durch einen Glücksfall mit Hilfe von BMW vielleicht doch noch irgendwo anders unterzukommen. So ist der Platz von Marc Surer bei Arrows-BMW nach wie vor nicht gefestigt.

Wer in der Formel 1 hochkommen will, *muß Opfer bringen*. „Im Moment verdiene ich von allen Fahrern sicher am wenigsten", sagt Danner, der seinen Lebensunterhalt aus Tourenwagen-Rennen für BMW oder Sportwagen-Einsätzen für Sauber-Mercedes bestreitet. Trotz der tristen Situation bei Osella fühlt sich Deutschlands einziger Formel-I-Fahrer wohl in seinem Team: „Die Stimmung ist gut und die Osella-Leute sind fair zu mir." Ghinzani bekommt zwar die besseren Motoren mit etwa 40 PS mehr Leistung, doch Danner hat als erster den Anspruch auf das neue Auto. „Das haben wir ausgewürfelt."

Was Ghinzani seinem deutschen Kollegen voraus hat ist die Sprache. Nur einer im Osella-Team spricht nämlich englisch, und da treten hin und wieder Verständigungsprobleme auf. Deshalb lernt Christian Danner auch fleißig italienisch.

Das deutsche Zakspeed-Team hatte mehr Glück als Danner. In letzter Minute konnte sich der Engländer Jonathan Plamer noch als 19. von zwanzig Fahrern für das Rennen qualifizieren. Team-Chef Erich Zakowski: „Das ist noch einmal gut gegangen." Sein zweiter Fahrer, der Holländer Huub Rothengatter, mußte gestern ebenfalls zuschauen. Seine Zeit hatte nur für den 23. Trainingsplatz gereicht.

Unfall beim Training

Einen schweren Unfall gab es beim Abschlußtraining des Grand Prix von Monaco (das Ergebnis des Rennens stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest). Jean Sage, der Sportleiter von Renault, mußte mit einer leichten Gehirnerschütterung und dem Verdacht auf Schulterbruch ins Krankenhaus gebraucht werden. Der Schwede Stefan Johannson hatte ihn in der Boxengasse mit seinem Ferrari erfaßt und zu Boden geschleudert.

FC LIVERPOOL

Kenny Dalglish: „Noch nie so stolz in meinem Leben"

sid/dpa, **London**

Der ehrenwerte englische „Double-Club" hat seit Samstag ein neues Mitglied: Nach Preston North End, Aston Villa, Tottenham Hotspur und Arsenal London gelang dem FC Liverpool der Gewinn von Meisterschaft und Pokal in einer Saison. Mit 3:1 (0:1) triumphierten die Liverpooler am Samstag im englischen Fußballpokal-Wettbewerb vor fast 100 000 Zuschauern im Londoner Wembley-Stadion über den Lokalrivalen FC Everton.

Zum ersten Mal führte ein Spielertrainer, Schottlands Rekordnationaler Kenny Dalglish (35), seinen Club zum Gewinn der beiden wichtigsten Trophäen im englischen Fußball. Und das ohne einen einzigen englischen Spieler. Vier Schotten, drei Iren, ein Waliser, ein Däne, ein Südafrikaner und ein Spieler aus Zimbabwe standen in der siegreichen Mannschaft.

Dalglish nach dem Finale: „Ich war noch nie in meinem Leben so stolz wie heute." Bei der Ehrung und Pokalübergabe – durch die Herzogin von Kent – stand der Spielführer von Liverpool, Alan Hansen, im Mittelpunkt.

Der Libero konnte zwar das 0:1 durch das 40. Saisontor von Englands Torjäger Barry Lineker (27.) nicht verhindern, half aber entscheidend mit beim Umschwung durch Tore des Walisers Ian Rush (57. und 84.) und des in Südafrika geborenen Australiers Craig Johnston (63.). „Wie wir das Finale noch umgedreht haben, war einfach grandios", lobte Hansen seine Kameraden.

98 000 Zuschauer brachten im Londoner Wembley-Stadion umgerechnet rund 3,8 Millionen Mark in die Kassen. Den Liverpool-Spielern winken für den Gewinn der Meisterschaft und des Pokals Prämien von zusammen 42 000 Mark. Ein Jahr nach der Katastrophe von Brüssel, als beim Europacup-Endspiel der Landesmeister zwischen Liverpool und Juventus Turin 39 Zuschauer bei Ausschreitungen den Tod fanden, wird der FC Liverpool wieder als der größte Verein in England gefeiert. Doch die europäische Fußball-Bühne dürfen die Spieler aus der Heimatstadt der Beatles noch nicht betreten.

Nach den Ereignissen von Brüssel wurden alle englischen Klubs von der Europäischen Fußball-Union (UEFA) auf unbestimmte Zeit von allen europäischen Klub-Wettbewerben ausgeschlossen. Eine Rückkehr der englischen Vereine in die europäischen Cup-Wettbewerbe ist frühestens in der Saison 1987/88 möglich.

HANDBALL / Niederlage von MTSV Schwabing – VfL Engelskirchen zum ersten Mal deutscher Pokalsieger bei den Frauen

Essen wieder einmal kurz vor Titelgewinn

sid/dpa, **Frankfurt**

Die Handball-Mannschaft von TuSEM Essen steuert weiter auf Titelkurs. Mit 29:16 (13:2) gewann sie in Berlin bei den als Absteiger feststehenden Reinickendorfer Füchsen. Vier Spieltage vor dem Ende der Bundesliga-Saison hat Essen jetzt drei Punkte Vorsprung vor dem TV Großwallstadt, der gestern wegen des Europapokal-Rückspieles kein Bundesligaspiel bestritt.

Nach zwei vergeblichen Anläufen steht Essen unmittelbar vor dem ersten Titelgewinn seiner Vereinsgeschichte, der nur noch durch eigene Fehler verloren gehen kann. „Wenn wir jetzt nicht Meister werden, wann dann?" fragte Nationalspieler Jochen Fraatz, in Berlin mit zehn Toren am Sieg beteiligt. Doch Trainer Petre Ivanescu bleibt angesichts der Enttäuschungen der beiden letzten Jahre skeptisch: „Abgerechnet wird am letzten Spieltag."

Dann nämlich muß Essen zum TV Großwallstadt reisen, seit dem Wochenende der einzige ernsthafte Konkurrent, da der MTSV Schwabing im Kampf um den Titel endgültig ausgeschieden ist. Durch die 20:23-Niederlage bei TuS Hofweier hat Schwabing jetzt sechs Punkte Rückstand auf Essen, wodurch die Chancen auf die Meisterschaft nur noch rein theoretischer Natur sind. 0:6 Punkte aus den letzten drei Spielen sind Ausdruck eines Formtiefs, das seit der Weltmeisterschaft sowohl in Schwabing als auch in Großwallstadt zu registrieren ist.

In dem Maße, in dem Schwabing und Großwallstadt an Form verloren, fanden TuSEM Essen und Vorjahresmeister VfL Gummersbach zu alter Leistungsstärke zurück. Gummersbach festigte mit dem 29:23-Sieg über Frisch Auf Göppingen zwar seinen vierten Tabellenplatz, hat in dieser Saison jedoch im Kampf um die Meisterschaft keine Rolle gespielt. Statt dessen konzentriert sich die Mannschaft, wie Trainer Klaus Brand sagt, „voll auf den Pokal". Die Aussichten sind gut, denn seit der Genesung der lange verletzten Stammspieler Thomas Krokowski und Rüdiger Neitzel *hat Gummersbach zu gewohnter* Stärke zurückgefunden. Sorgen bereitet eher die Planung für die kommende Saison. Der Däne Erik Veje Rasmussen, am Samstag mit elf Treffern wieder erfolgreichster Werfer, und der junge Markus Hütt werden den Verein verlassen. Rasmussen kehrt nach Dänemark zurück, Hütt wechselt zum OSC Dortmund.

Am Tabellenende spitzt sich die Lage zu. Fünf Mannschaften (Lemgo, Dankersen, Günzburg, Hofweier und Göppingen) schweben noch in der Gefahr, zu den beiden Klubs zu gehören, die Berlin in die Zweite Liga begleiten müssen. Der TBV Lemgo tat mit seinem 29:24-Sieg über TuRu Düsseldorf den ersten Schritt für den Klassenerhalt und auch Hofweier verbuchte beim überraschenden Sieg in Schwabing wichtige Punkte.

Erfolgsrezept: Umfeld eines Dorfes, starke Spielerinnen aus der Fremde

U. HOLTHOFF, **Engelskirchen**

Zwanzig Minuten nach dem Abpfiff verlor Trainerin Sigrid Bierbaum (33) die Übersicht: „Ich weiß überhaupt nicht mehr, was hier Sache ist", brach es aus ihr heraus. Ununterbrochen mußte sie Glückwünsche entgegennehmen, von Journalisten wurde sie pausenlos mit Fragen bedrängt, das WDR-Fernsehen wollte sie unbedingt noch im Studio präsentieren, und vor der Sporthalle standen bereits die offenen Autos für den Triumphzug durch die Gemeinde. In diesem Wirrwarr verlor sogar die sonst so souveräne Sigrid Bierbaum für einen Moment den Durchblick. Weil die Situation ebenso neu *wie aufregend war.*

Zum erstenmal gewann die Frauen-Mannschaft des VfL Engelskirchen am Samstag den deutschen Handball-Pokal. Mit 17:18 (8:11) verlor Engelskirchen zwar das zweite Endspiel gegen Rekordmeister Bayer Leverkusen, doch der Grundstein für den Gesamtsieg war zuvor beim 19:13-Hinspielsieg gelegt worden.

Jahrelang hatte Leverkusen dem VfL Engelskirchen die Rolle des ewigen Zweiten zugewiesen. Jetzt gelang endlich der erste Sieg in einem entscheidenden Spiel. Schon deshalb schätzt der erste Vorsitzende Willi Miebach (46) den Pokalsieg höher ein, als den zweiten Platz im Europapokal, der sechs Tage zuvor errungen wurde: „Die Mannschaft braucht auch mal einen ersten Platz. Sie muß auch mal das Gefühl haben, irgendwo die Beste zu sein."

Finanzberater Willi Miebach ist ein bekannter Mann in Engelskirchen, der 20 000-Seelen-Gemeinde im oberbergischen Land, das ein deutsches Handball-Zentrum ist. In unmittelbarer Nachbarschaft residiert der Renommier-Verein VfL Gummersbach. Sport genießt hohes Ansehen in dieser Gegend und in Engelskirchen sind allein 1100 der 20 000 Einwohner im VfL, dem „Verein für Leibesübung", organisiert. Er ist der größte und bedeutendste Verein, und sein Vorsitzender Miebach ist gleichtzeitig der Vorsitzende des Sportausschusses. Das ist praktisch und nützlich. Wie in jedem Dorf das Angenehme mit dem Nützlichen verbunden wird.

Und wie in jedem Dorf verweisen die Einwohner stolz auf ihren provinziellen Status und nutzen ihn als Grundlage bei dem Versuch, ein Ereignis zu erklären. „Wir sind eben ein Dorfverein", sagt Miebach auf die Frage nach der Ursache des Erfolges. „Hier kennt jeder jeden. Wir haben kein profihaftes Management sondern halten zusammen."

Während der Vorsitzende Miebach den Erfolg mit dem sozialen Umfeld erklärt, pocht Trainerin Bierbaum auf die sportliche Leistung: „Wir haben schon im Hinspiel Spielmacherin Britta Vattes und die starke Sam Jones von Beginn an kurz gedeckt. Dagegen fanden sie kein Mittel." Mit der Elf-Freunde-Mentalität sind auch im Frauen-Handball längst keine Pokale mehr zu gewinnen. Wer oben mitspielen will, braucht eine durchgängig stark besetzte Mannschaft. Deshalb spielen auch in Engelskirchen mittlerweile kaum noch Einheimische. Nur Rekord-Nationalspielerin Dagmar Stelberg und Gerda Umlauf, die am Samstag ihre Laufbahn beendete, stammen noch aus Engelskirchen. Alle anderen Spielerinnen sind zugereist. Annmari Winther ist dänische Nationalspielerin und kam gemeinsam mit Nationalspielerin Petra Platen vor Saisonbeginn aus Leverkusen, Nationalspielerin Corinna Kunze kam aus dem westfälischen Brambauer, Michaela Erler stammt aus Berlin, wo sie Jugend-Nationalspielerin war und National-Torhüterin Eike Bram kam aus Bremerhaven.

Das Wort vom „VfL Stelberg", wie Engelskirchen einst genannt wurde, gilt nicht mehr. Torjägerin Dagmar Stelberg hat endlich starke Mitspielerinnen, die den Erfolg erst ermöglichten. Für den Verein ist sie dennoch unersetzlich. Sie ist zum Symbol für den Engelskirchener Handball geworden und weit über die Ortsgrenzen hinaus bekannt. Ihre Popularität verschaffte der Mannschaft sogar einen Geldgeber: Der Chef des Hotels Königshof aus Köln wurde in seinen Bankgeschäften von der Bankkauffrau Stelberg so gut beraten, daß er spontan die Sponsorschaft übernahm, als er erfuhr, daß die freundliche Kundenberaterin Stelberg identisch ist mit der erfolgreichen Nationalspielerin Stelberg.

MOTORSPORT

Zweiter Erfolg für Mercedes auf der Berliner Avus

dpa, **Berlin**

Nur 14 Tage nach dem Sieg auf dem Nürburgring feierte Volker Weidler (Weinheim) unter dem Berliner Funkturm bei seinem zweiten Tourenwagen-Einsatz auf dem Marko AMG Mercedes seinen zweiten Erfolg. Platz zwei belegte der nunmehr nach dem vierten deutschen Meisterschaftslauf mit 70 Punkten führende Per Gunnar Andersson (Schweden) auf Volvo. Der dritte Rang ging durch Privatfahrer Johannes Breuer (Kassel) an einen weiteren Mercedes. Überraschungsvierte: Beate Nodes (Bürgstadt) auf Ford Sierra Turbo.

„Niemand hat das auf dieser Hochgeschwindigkeitspiste dem Mercedes zugetraut", sagte Fordfahrer Harald Grohs (Essen), der bereits in der ersten Runde mit Turboschaden ausschied. Nur AMG-Chef Hans-Werner Aufrecht wußte wohl um das Potential des 2,3-Liter-Aggregats: „Ich verstehe nicht, wieso ein Ford Sierra im Training zwei Sekunden schneller war als wir."

Der Trainingsschnellste und Vorjahressieger Klaus Niedzwiedz (Unna) schied mit dem Ford bereits in der zweiten von insgesamt 13 Runden auf der 8,1 km langen Strecke aus. In der Folge entwickelte sich ein Duell der beiden Nachwuchsstars Volker Weidler und Manuel Reuter (Mainz) im Ford Sierra Turbo. Die Führung wechselte ständig, ehe der Mainzer nach zwei Drittel des Rennens ausschied. Beate Nodes hielt jedoch mit ihrem vierten Rang die Ford-Fahne hoch und erntete dafür vom Berliner Publikum Szenenapplaus.

Das 65-Jahre-Jubiläum der Avus endete für den Waiblinger Joachim Winkelhock auf dem BMW 325 aus Kronach mit einer neuen Erfahrung. Der Computer seines Motors spielte verrückt. „Etwas enttäuscht bin ich schon, jetzt muß ich mich eben auf den Porsche 944 Turbo Cup konzentrieren", sagte der zum Zuschauen verdammte Schwabe. Joachim Winkelhock ist der Bruder des tödlich verunglückten Formel-1-Fahrers Manfred Winkelhock. Pech auch für den amtierenden Meister aus Schweden: Per Stureson (Volvo) mußte in der zehnten Runde nach einem Reifendefekt passen.

*

Beim Abschlußtraining für das 500-Meilen-Rennen in Indianapolis, das am nächsten Sonntag ausgetragen wird, wurde ein Rekord gebrochen: Der Amerikaner Rick Mears erreichte in einem March-Cosworth auf dem vier Kilometer langen Kurs eine Geschwindigkeit von 350,087 km/std. Der alte Rekord von Scott Brayton stand bei 344,646 km/std.

Turn-Politiker Wallmann: „Neutralität für mich Verpflichtung"

Aufschwung durch Präsident Walter Wallmann und Überraschungs-Sportwart Richard Möll? Neue Männer bestimmen nach dem Deutschen Turntag in Bremen die Zukunft des Deutschen Turner Bundes (DTB). Eine Woche nach dem Führungswechsel im Deutschen Sport-Bund (DSB) leitete die erwartete Wahl des 53 Jahre alten Frankfurter Oberbürgermeisters zum Präsidenten des mit 3,5 Millionen Mitglieder zweitgrößten Fachverbandes (nach dem Deutschen Fußball-Bund) eine Verjüngungskur ein. Der CDU-Politiker Wallmann löste nach zwölf Jahren den 75jährigen Willi Greite (Hänigsen) ab.

„Neutralität ist für mich eine selbstverständliche Verpflichtung", entgegnete der hessische CDU-Landesvorsitzende mit Bonner Ambitionen seinen Kritikern von der Turnerjugend. „Die gebotene parteipolitische Neutralität und Überparteilichkeit ist nicht gewährleistet", lautete das Argument der Wallmann-Gegner, die lieber einen Präsidenten aus den eigenen Reihen gehabt hätten. Die Spekulation über eine Kandidatur von Ex-Weltmeister Eberhard Gienger erwies sich jedoch als Gerücht.

Wallmann wurde als einziger Kandidat mit 310 Ja- zu 77 Nein-Stimmen (bei acht Enthaltungen) mit deutlicher Mehrheit gewählt. Vor der Wahl sagte Wallmann, der seit seinem Schulabgang nicht mehr geturnt hat: „Die sogenannte Ochsentour habe ich nicht absolviert. Sie als Delegierte müssen entscheiden, ob Sie das akzeptieren können oder nicht." Nachdem er gewählt worden war, wurde er mit stehenden Ovationen gefeiert.

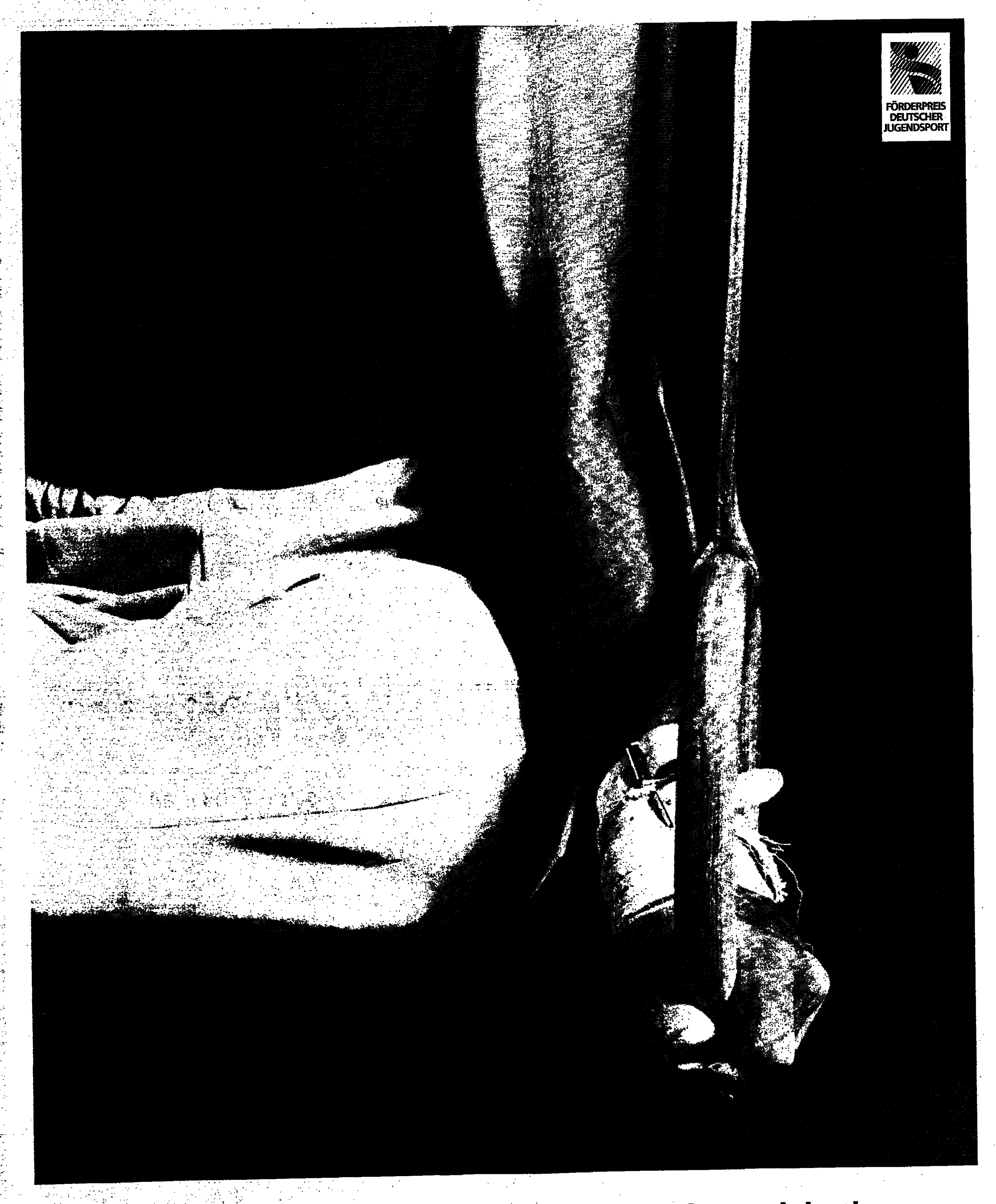
„Ich will nicht der Oberturner sein. Es gilt, Kontinuität zu wahren und sich mit den vorhandenen Problemen vertraut zu machen", erläuterte Wallmann seine vorrangigen Ziele. Doch der „politische" Präsident, der sich für soziale Belange einsetzen will, wird seine ganze Integrationskraft benötigen, um das Turnerlager zusammenzuhalten. Der stundenlange Wahlvorgang mit vielen Kampfabstimmungen, Stichwahlen, Postengerangel und verbandspolitischen Ränkespielen vermittelte ein zerstrittenes Bild des DTB.

Die Voraussetzungen für Wallmann sind nicht schlecht. DSB-Präsident Hans Hansen sicherte in seiner ersten Amtshandlung „notwendige Zusammenarbeit" zu. Durch einen Kooperationsvertrag mit einem hessischen Lebensmittelproduzenten (Kraft) fließen in den nächsten sechs Jahren sieben Millionen Mark in die Verbandskasse. Sie sollen analog dem Turntag-Motto „Vier Generationen im Turnverein – nicht isolieren, integrieren" dem Breitensport zugute kommen.

Amtsvorgänger Willi Greite, der 50 Jahre in „höherer Position" für den Turnerbund tätig war, verschaffte sich mit einer langatmigen und wenig strukturierten Abschiedsrede keinen glanzvollen Abgang. Für seine unbestrittenen Verdienste wurde er zum Ehrenmitglied und Ehrenvorsitzenden ernannt.

Der umstrittene Sportwart Hans-Jürgen Zacharias (Kleve) erhielt die Quittung für seine ständigen Querelen mit anderen Funktionären. Die 395 Delegierten aus 17 Landesverbänden entschieden sich in einer Kampfabstimmung mit 192 zu 186 Stimmen für Richard Möll aus Mannheim. Der 58 Jahre alte Sportdirektor – er gehörte zu den vier Direktoren des Bundesauschuß Leistungssport in der Gründungsphase – genießt das Vertrauen der Nationalriegen-Turner. „Unsere Leistungen, nicht der Funktionärskrieg sollen im Mittelpunkt stehen", forderte Aktiven-Sprecher Andreas Japtok (Hannover).

Nicht wiedergewählt wurde auch Bundespressewart Wolfgang Herder. Im 13köpfigen DTB-Präsidium – acht Posten wurden neu besetzt – befinden sich mit Vizepräsidentin Gertalis Schohs (Koblenz), Frauenwartin Dagmar Schröder (Jüchen), Kulturwartin Ilse Weber (Öhringen) und Jugendwartin Margret Beck (Hamburg) vier Frauen. Der Anteil der Frauen liegt nach Angaben von Ex-Präsident Willi Greite bei 70 Prozent. (dpa)



Förderpreis Deutscher Jugendsport. Leistung lohnt!

1986 wird zum erstenmal der Förderpreis Deutscher Jugendsport vergeben. Wer ihn erringen will, muß schon was geleistet haben. Und noch mehr leisten wollen. Dafür wollen wir, die Ruhrgas AG, uns engagieren. Mit Stipendien für den sportlichen Nachwuchs. Zum Beispiel für spezielle Trainingsaufenthalte.

Mitmachen können Sportlerinnen und Sportler des Jahrgangs 1970 und jünger. In allen olympischen Einzeldisziplinen. Aus den eingesandten Erfolgsnachweisen ermittelt eine prominente Fach-Jury die Besten. Beurteilt werden jeweils die sportliche Entwicklung eines Teilnehmers, sein Leistungsstand, seine Trainingsmöglichkeiten und seine Perspektive. Darunter könnte der Förderpreis schon eine gute Perspektive sein. Als Lohn der Leistung.

Also, jetzt heißt's: Aufschwingen zum Anfordern der Teilnahmebedingungen beim Organisationsbüro Förderpreis Deutscher Jugendsport, Postfach 270242, 4000 Düsseldorf 11. Leistung bringen. Mitmachen lohnt.

Energie und saubere Leistungen sind auch unsere Disziplinen. Wie im sportlichen Wettkampf. Was lag da näher für uns, als uns dort zu engagieren, wo Leistungen noch zu steigern sind: beim Nachwuchs, beim Jugendsport. Deshalb vergeben wir den Förderpreis Deutscher Jugendsport. An die ersten unter den Talenten im deutschen Sport. Und natürlich sorgen wir auch weiterhin dafür, daß immer Erdgas fließt.

ruhr gas

TENNIS / Ricki Osterthun in München besiegt – Becker wieder wütend über sich selbst – Weltklasse der Damen in Berlin

Nach starken Spielen Ernüchterung im Finale

dpa/sid, München

Der Traum vom zweiten Sieg in einem Grand-Prix-Turnier hat sich für den 22jährigen Hamburger Ricki Osterthun nicht erfüllt. Bei den Internationalen Bayerischen Meisterschaften verlor er nach einer für ihn enttäuschenden Partie gegen den ein Jahr jüngeren spanischen Meister Emilio Sanchez in nur 55 Minuten mit 1:6, 4:6.

Sanchez gewann nach Nizza sein zweites Grand-Prix-Turnier und kassierte dafür 20 000 Dollar. Für Osterthun war die 10 000-Dollar-Prämie nur ein schwaches Trostpflaster, da er nach den hervorragenden Leistungen in den Spielen vor dem Finale auf den Turniersieg gehofft hatte. Insgesamt wurden in München 117 000 Dollar an Preisgeldern ausgezahlt.

„Ich habe mir das Endspiel etwas anders vorgestellt, aber der Regen hat mein Volleyspiel nicht zugelassen", kommentierte Osterthun seine Leistung, die der Spielweise des Spaniers entgegenkam.

Sanchez beherrschte das Match von der Grundlinie aus und brauchte eigentlich nur die Bälle im Spiel zu halten. Die Fehler machte Osterthun, der sich trotz dieser Niederlage in der Weltrangliste um dreißig Plätze auf Rang 90 verbessern wird. Sanchez, derzeit auf Platz 37, wird sich ebenfalls verbessern.

Das Ziel von Ricki Osterthun ist ein Platz unter den besten zwanzig der Weltrangliste, sein großes Vorbild John McEnroe: „Der spielt genial, der hat Spielwitz", schwärmt Osterthun, der 1,86 m groß ist und in der Bundesliga für den TC Amberg spielt. Sein eigenes Können schätzt er so ein: „Technisch bin ich schon so weit", sagt Osterthun. „Nur die mentale Stabilität fehlt mir noch." In den drei Spielen bis zum Finale hatte Osterthun sein technisches Repertoire mehrmals in brillanter Manier demonstriert.

Hervorragend vor allem sein Spiel gegen den Amerikaner Eliot Teltscher, nach der Sandplatz-Saison die Nummer 13 in der Weltrangliste. Den zweiten Satz gegen Teltscher hatte Osterthun in nur zwanzig Minuten mit 6:0 gewonnen und damit selbst Bundestrainer Niki Pilic verblüfft: „Ricki war großartig, er muß jetzt nur auf dem Teppich bleiben."

Auf dem Weg zum Finale mußte Osterthun nur einmal über drei Sätze gehen, was Pilic zu der Bemerkung veranlaßte: „In dieser Form zählt Ricki sicher zum engeren Daviscup-Kader."

Allerdings war das Teilnehmerfeld nicht gerade hochklassig. Das bedauerte auch Turnier-Chef Rolf Klug: „Ich habe mir die Besetzung heuer auch anders vorgestellt." Die Schweden Jarryd und Nyström waren im Gespräch, beide lehnten einen Start in München ab.

Trotz der fehlenden Stars wurden die Spiele auf der Anlage des TTC Iphitos von 20 000 Zuschauern besucht. „Nächstes Jahr", prophezeit Klug, „finden die Internationalen Deutschen Meisterschaften in Hamburg wieder vor denen in München statt, dann kommen auch wieder die zugkräftigen Namen zu uns."



Comeback in Forest Hills nach hartem Training: Argentiniens ehemaliger Weltklassespieler Guillermo Vilas FOTO: AP

Navratilova: „Ankomme mit sehr viel Gepäck"

H.-J. POHMANN, Berlin

Die Ankunft ist für heute morgen aus Tokio geplant. „Ankomme mit sechs Personen und sehr viel Gepäck", so lautete das Telegramm von Martina Navratilova, der weltbesten Tennisspielerin. Damit gibt sie sich erstmals die Ehre, bei den Internationalen Deutschen Tennis-Meisterschaften zu starten. Eine Tatsache, die den LTTC Rot-Weiß Berlin nun endgültig in den Kreis der Veranstalter mit weltweiter Beachtung hievt.

Dabei ist es noch nicht einmal zwei Jahre her, als am Berliner Hundekehlen-See rote Zahlen geschrieben wurden. Unter dem Strich blieb ein Minus von knapp 100 000 Mark, für die die Klubmitglieder geradestehen mußten. Ein Umstand, der fast zum Verzicht auf die Veranstaltung geführt hätte, wenn nicht zu diesem Zeitpunkt die Wirtschaft und die Prominenz ihr Interesse zu dem Turnier bekundet hätte. Plötzlich hatte der für die Meisterschaften zuständige amerikanische Werbemanager McCormack aufgrund der erstklassigen Teilnehmerfelder keine Probleme mehr, Sponsoren zu finden. Indirekt von der ARD unterstützt, die das Turnier von den Anfangstagen an im Fernsehen übertrug, standen die Sponsoren auf einmal Schlange.

Heute, bei Turnierbeginn, scheint es, als ob der Bogen schon fast überspannt ist. Da wurden auf der so herrlichen im Grünen gelegenen Anlage Zusatztribünen für den kleinen M-Platz sowie den Centre Court aus dem Boden gestampft. Auf den gepflegten Rasenflächen parken in diesen Tagen Autos, und für rund 100 000 Mark baute das Interconti Hotel nicht nur eine Restaurant-Straße auf, es installierte für die VIP-Gäste und Logenbesitzer ein feines Zelt für 600 Gäste – auf den Nebenplätzen, wo sonst trainiert wurde.

Aber dieser Zauber gehört dazu, zumal die Einnahmen kontinuierlich steigen. Der Turnier-Etat von 850 000 Mark, für den McCormack geradesteht, wird leicht gedeckt. Bei 450 000 Mark aus Eintrittsgeldern und 700 000 Mark Sponsoreneinnahmen lohnt sich dieses Geschäft auch für die „international renommierteste Management-Group" (McCormack).

Kein Wunder, daß bei einer derartigen Konstellation auch die Prominenz präsent ist. Neben dem Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der am nächsten Montag zum Finale einfliegt und mittlerweile schon Stammgast auf der Rot-Weiß-Anlage ist, erscheint auch der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen. Und sozusagen als sportliches I-Tüpfelchen wird mit dem Franzosen Philippe Chatrier der Präsident des Internationalen Tennis-Verbandes erwartet. Hinzu kam der Wunsch vom Berliner Senat, fünf der bekanntesten in Bonn akkreditierten politischen Korrespondenten aus den USA zu einem Berlin-Besuch einzuladen: „Damit die amerikanische Öffentlichkeit erfährt, daß Berlin nicht nur aus der La-Belle-Diskothek besteht."

Ihnen allen wird ein Teilnehmerfeld präsentiert, daß sich vor keinem der Grand-Slam-Turniere in Paris, Wimbledon, Flushing Meadow und Melbourne zu verstecken braucht. Angeführt von der Weltranglisten-Ersten lauern im Hintergrund Steffi Graf und Claudia Kohde-Kilsch, um eine Überraschung zu schaffen. Mit Hana Mandlikova, Helena Sukova, Bettina Bunge, Eva Pfaff, Joe Durie und Caterina Lindquist stehen weitere Spitzenspielerinnen im Feld der 64 Teilnehmerinnen.

Das Hauptaugenmerk liegt jedoch auf den deutschen Damen, die mit elf direkt qualifizierten Spielerinnen das größte Kontingent bilden. Und für Steffi Graf und Claudia Kohde, die sich zurecht häufig über das mangelnde Interesse der Medien am Damen-Tennis beschweren, bietet das Berliner Turnier die ideale Plattform, in Deutschland noch populärer zu werden.

Denn eins muß festgestellt werden: Rein sportlich stehen die beiden deutschen Spitzenspielerinnen Boris Becker zur Zeit in nichts nach. Geradezu phantastisch, wie sich die 16jährige Steffi in den letzten Wochen mit der besten Vorhand im Damen-Tennis nach vorne gespielt hat. Bewunderswert, mit welchem Fleiß die technisch fast perfekte Claudia Kohde mittlerweile in die Gruppe der ganz Großen vorstieß.

Beide haben in dieser Beziehung den Weltranglisten-Vierten Boris Becker überholt. Weder Steffi Graf noch Claudia Kohde-Kilsch haben jemals in ihrer Karriere so häufig hintereinander verloren wie der Wimbledonsieger. Sie haben mittlerweile jene spielerische Konstanz gefunden, der Becker seit Monaten hinterherläuft. Dabei zählt auch jenes Argument nicht, das hauptsächlich von Beckers Kollegen benutzt wird: „Das Damen-Tennis ist doch viel schwächer, die Konkurrenz nicht so attraktiv."

Was die Damen allerdings von Boris Becker noch trennt, ist dessen Wimbledonsieg vom Vorjahr und der damit ausgelöste Tennis-Boom in Deutschland. Berlin kann für sie im Kampf gegen Martina Navratilova auch da etwas zurechtrücken.

Bosch über Boris: „Manchmal ist er eben einfach zu grün"

sid/dpa, Forest Hills

Der Champion fand – wieder einmal – seinen Meister. Wimbledonsieger Boris Becker kann jubeln und auftrumpfen wie kaum ein anderer in der internationalen Tennisszene. Aber er kann auch selbstkritisch sein, wenn es sein muß. So wie bei seiner 2:6, 6:7-Niederlage gegen den 21 Jahre alten Argentinier Martin Jaite (Weltranglisten-Nummer 16) im Viertelfinale des Turniers der Meister im New Yorker Vorort Forest Hills. Mit seiner Erkältung allein wollte Boris Becker die Niederlage nicht erklären: „So wie ich gespielt habe, brauche ich mich nicht zu wundern, daß ich verloren habe."

Boris Becker macht es sich wirklich nicht einfach: „Ich habe gegen Jaite wirklich schrecklich gespielt. Ich bin von Anfang an nicht richtig ins Spiel gekommen und habe viel zu viele Bälle verschlagen. Ich habe es einfach heute nicht gebracht und kaum etwas getroffen." Boris präsentierte dann auch sein Rezept, wie er künftig die Mängel abstellen will: „Ich muß noch mehr trainieren, vor allem die Grundschläge und die Beinarbeit." Sein Trainer Günter Bosch sieht das Grundübel jedoch woanders: „Er muß einfach endlich kapieren, daß nicht jeder Tag Sonnenschein ist, wo alles klappt. Er muß auch mal akzeptieren, mit Bedingungen fertig zu werden, die eben nicht immer ideal sind. Manchmal ist er einfach zu grün, geht auf den Platz und meint, alles läuft seinen Weg."

Mit seinem jugoslawischen Partner Slobodan Zivojinovic hielt sich Boris Becker im Doppel dann schadlos. Nach einem hervorragenden Spiel gegen die Schweden Jan Gunnarsson und Joakim Nyström gewannen die beiden mit 7:5, 6:7, 7:4 und stehen damit im Finale.

Das Herren-Finale bestreiten mit Guillermo Vilas (Argentinien) und Yannick Noah (Frankreich) zwei Spieler, die dort nicht erwartet wurden. Noah schaltete den Weltranglisten-Ersten Ivan Lendl („Ich spiele einfach nicht gut zur Zeit und dies ist für mich frustrierend") mit 6:3, 7:5 aus. Im zweiten Halbfinale besiegte Vilas den Becker-Bezwinger Jaite, der vor zehn Jahren sein Balljunge war, mühelos mit 6:3, 6:3.

Der 33 Jahre alte Vilas hatte vor einigen Monaten schon seinen Rücktritt erklärt und wollte nur noch Gedichte schreiben. Der Erfolg über seinen Landsmann war für ihn mehr als nur ein Sieg in einem Spiel: „Die Leute können sich nicht vorstellen, wie hart ich für dieses Comeback gearbeitet habe. Teilweise habe ich bis zu sieben Stunden am Tag trainiert, davon manchmal vier Stunden Gymnastik am Morgen. Ich weiß, was ich mit meinen bald 34 Jahren noch erreichen will, aber ich sage es nicht. Das soll mein Geheimnis bleiben."

Tennis, so meinte Vilas später, sei auch eine Sache des Kopfes, „und mein Gehirn arbeitet immer noch ganz gut." Mit einem intelligenten Spiel könne man vor allem auf einem Aschenplatz viel ausrichten, „auch wenn die Beine langsamer geworden sind". Besonders erfreut über die Erfolge war Ion Tiriac, der frühere Manager des Argentiniers. Tiriac: „Wenn es einer im Tennis verdient hat, wieder zu siegen, dann Guillermo. Er hat alles alleine gemacht."

SPORT-NACHRICHTEN

Langer kommt in Form

Irving (GAB) – Golfprofi Bernhard Langer (Anhausen) hat bei der „Byron Nelson Classic" in Irving (Texas) nach einem mäßigen Start nun als Siebter mit 72+66+66=204 Schlägen durchaus noch Chancen auf den ersten Saisonsieg. Vor der letzten Runde führt Andy Bean (USA) mit 66+68+67=201 Schlägen bei Par 70.

Spandau vor achtem Titel

Berlin (sid) – Europapokal-Sieger Wasserfreunde Spandau 04 Berlin steht vor seiner achten deutschen Wasserball-Meisterschaft in Folge. Im direkten Vergleich mit dem einzigen Konkurrenten Duisburg 98 siegten die Berliner mit 11:6 (3:2, 3:3, 1:1). Vier Spieltage vor Saisonende haben sie vier Punkte Vorsprung.

Kratschmer: Bestleistung

Bensheim (dpa) – Guido Kratschmer (USC Mainz) gewann in Bensheim einen Fünfkampftest der deutschen Zehnkämpfer. Er erreichte eine Jahresweltbestleistung von 4146 Punkten. Zweiter wurde Karlheinz Fichtner (MTV Ingolstadt) mit 3947 Punkten.

Schlappner bleibt

Mannheim (sid) – Trainer Klaus Schlappner hat seinen Vertrag beim Fußball-Bundesligaklub SV Waldhof Mannheim um ein weiteres Jahr verlängert.

Auftakt-Erfolg für Coe

Birmingham (sid) – Der englische Olympiasieger Sebastian Coe gewann zu seinem Saisonauftakt in Birmingham ein Rennen über 1500 m. Er erreichte 3:45,27 Minuten.

Sammer entmachtet

Dresden (dpa) – Klaus Sammer, Trainer des „DDR"-Oberligaklubs Dynamo Dresden, wurde die alleinige Verantwortung für die Mannschaft entzogen. Sein Stellvertreter Bernd Kießling rückte gleichberechtigt als zweiter Trainer auf. Die Maßnahme gilt als Folge des Dresdner Ausscheidens gegen Bayer Uerdingen im Fußball-UEFA-Cup.

Montreal im Finale

Montreal (sid) – Durch einen 3:1-Sieg im Halbfinale gegen die New York Rangers erreichten die Montreal Canadiens das Endspiel um den Stanley-Cup der nordamerikanischen Eishockey-Meisterschaft. Der zweite Finalist wird in der Begegnung zwischen den Teams aus Calgary und St. Louis ermittelt.

Bein bleibt in Köln

Köln (sid) – Mittelfeldspieler Uwe Bein (25) hat seinen Vertrag beim Fußball-Bundesligisten 1. FC Köln um zwei Jahre bis zum 30. Juni 1988 verlängert.

Niederlage für Bremen

Tokio/Fukuoka (sid) – Der deutsche Fußball-Vizemeister Werder Bremen unterlag zum Auftakt eines internationalen Turniers in Tokio gegen die brasilianische Mannschaft FC Palmeiras São Paulo mit 0:4. Bremen trifft am Mittwoch in Tokio auf die japanische Nationalelf.

Kubanerin über 1,99 m

Tokio (sid) – Beim ersten Internationalen Leichtathletik Sportfest des Jahres in Tokio meisterte die Kubanerin Silvia Costa 1,99 m. Sie verfehlte damit ihren Landesrekord im Hochsprung um zwei Zentimeter.

Hinault gab auf

Dünkirchen (dpa) – Beim Etappenrennen „Vier Tage von Dünkirchen", an dem auch die neugebildete deutsche Nationalmannschaft der Radprofis teilnimmt, gab der fünfmalige Tour-de-France-Sieger Bernard Hinault auf der vierten Etappe auf. Bei Kilometer 81 klagte der Franzose über Schmerzen im rechten Knie.

Fechter siegreich

Nördlingen (dpa) – Zum dritten Mal nach 1981 und 1984 gewannen die deutschen Fechter in Nördlingen das Sieben-Nationen-Turnier im Herrenflorett. Es gab Siege über China, Deutschland B, Polen, Ungarn, Frankreich und die UdSSR.

Lewis nur Zweiter

Modesto (sid) – Der viermalige Olympiasieger Carl Lewis aus den USA mußte sich beim internationalen Leichtathletik-Meeting im kalifornischen Modesto über 100 m in 10,15 Sekunden mit dem zweiten Platz zufrieden geben. Es siegte Harvey Glance in 10,07 Sekunden.

AMATEURBOXEN / Bundesrepublik bei der Weltmeisterschaft in Reno stärker als die Amerikaner

Weinend vor Freude rief Künzler seine Eltern an

dpa, Reno

Jubel bei den Amateurboxern der Bundesrepublik in Reno/Nevada: Mit fünf Siegen in sieben Einsätzen an den ersten drei Tagen der Weltmeisterschaft hatte keiner gerechnet. Damit steht die Staffel des Deutschen Amateur-Box-Verbandes (DABV) in der Länderwertung völlig überraschend besser da als die USA, die vor zwei Jahren bei den Olympischen Spielen in Los Angeles der Konkurrenz keine Chance gelassen hatte.

DABV-Mannschaftsleiter Walter Spindler sagte: „Hervorragend! Ich bin sehr zufrieden. Fünf Siege können sich sehen lassen." Die Stimmung hatte vor allem Alexander Künzler gesteigert. Der fünfmalige deutsche Meister und Olympiafünfte von 1984 riß in der Schlußrunde den schon verloren geglaubten Sieg im Halbweltergewicht gegen den 20 Jahre alten Amerikaner Nick Kakouris noch aus dem Feuer. Mit Tränen in den Augen eilte der 23jährige Karlsruher sofort ans Telefon, um seinen Eltern mitten in der Nacht die Botschaft vom 3:2-Punktsieg zu verkünden: „Mein Endspurt entschied. Da habe ich noch fünf-, sechsmal getroffen."

Zuvor hatte Halbmittelgewichtler Norbert Nieroba (22) vom Bundesliga-Titelanwärter BSK Ahlen, zum erstenmal bei einem Weltturnier eingesetzt, Jervis Rodgers (19) von den Bahamas förmlich deklassiert und nach drei Verwarnungen wegen Kopfstoßens in der dritten Runde durch Disqualifikation geschlagen. Auch Wolfgang Kamm (22) aus Neumarkt im Fliegengewicht gegen Victor Enyiaka (Nigeria) und Reiner Gies (23) aus Kaiserslautern im Leichtgewicht gegen Francisco Pereira (Brasilien) kamen ins Viertelfinale.

Gegen diese Erfolge verblaßten die Niederlagen von Klaus Niketta (22) aus Berlin im Ost-West-Duell der Federgewichtler gegen den boxerisch zu starken Andreas Zülow aus Schwerin und von Helmut Gertel (25) aus Worms im Weltergewicht gegen Europameister und Weltcupsieger Israel Akopkochjan (UdSSR).

In den nächsten WM-Tagen kommen nun allerdings fast nur noch dikke Brocken auf die DABV-Staffel zu: Im Viertelfinale und damit bereits im Kampf um die Medaillen Kamm gegen David Gritman (Venezuela), Künzler gegen Mirko Puzovic (Jugoslawien) und Nieroba gegen Nanwel Awetisjan (UdSSR), im Achtelfinale Gies gegen Eric Tormos (Frankreich) und schließlich Markus Bott (Karlsruhe) gegen Loren Ross (USA).

Vor allem auf Ross setzt das Publikum in Reno große Hoffnungen. Denn bisher blieb das US-Zwölferteam weit unter den Erwartungen. Wann hatte es schon einmal – und dazu noch auf amerikanischem Boden – fünf Niederlagen bei lediglich zwei Siegen gegeben? Überzeugend im Ring dagegen die Kubaner. Elf Siege in elf Kämpfen sind die Bilanz. Ein überraschendes Comeback feierte im Superschwergewicht der 35 Jahre Teofilo Stevenson, WM-Sieger 1974 in Havana und 1978 in Belgrad.

Ulli Kaden (27) aus Gera konnte seine beherzte Vorstellung vom März in Halle mit einem 5:0 nicht wiederholen und mußte in einem hochklassigen Kampf die Überlegenheit von Kubas Sportdenkmal anerkennen. Am Tag danach sprach der Castro-Freund: „Ich bin noch nicht am Ende. Olympia 1988 bleibt mein Ziel."

GALOPP / Trainer Peter Lautners Erfolgsserie

„Es ist schwieriger, Besitzer als Pferde zu trainieren"

K. GÖNTZSCHE, Düsseldorf

Vier Pferde sattelte der Düsseldorfer Trainer Peter Lautner (49) am Samstag bei den Galopprennen in Krefeld – viermal erreichten seine Schützlinge als erste das Ziel. Der Sieg mit Silhouette war Lautners 400. Erfolg, seit er im November 1975 ins Trainergeschäft einstieg. „Mit etwa einem Dutzend ziemlich schrecklicher Tiere", erinnert sich Lautner heute. Lange Zeit mußte er sich mit zweitklassigen Pferden herumplagen. Lautner: „Es ist schwieriger, Besitzer zu trainieren als Rennpferde. Leider glaubt heute jeder, der einmal ein Pferd gestreichelt hat, er könne schon trainieren."

Mit dem Makel der Zweitklassigkeit ist es heute weitgehend vorbei. Hinter den drei großen Persönlichkeiten Sven von Mitzlaff (71), Heinz Jentzsch (66) und Hein Bollow (66) taucht in der Trainer-Hitliste zusammen mit Bruno Schütz (46) auch schon der Name Peter Lautner auf. 1985 gewannen seine Pferde schon mehr Rennen als die von Hein Bollow und Sven von Mitzlaff. Lautner arbeitet – eher still und heimlich – deutlich auf Erfolgskurs. Noch am Himmelfahrtstag belegten zwei seiner Pferde in Deutschlands höchstdotiertem Handicap-Rennen in Dortmund unter 14 Startern die beiden ersten Plätze.

Mit Pferden ist Lautner tatsächlich aufgewachsen, denn im Dolomit-Stall des Gestüts Schlenderhan in Bergheim an der Erft ist er zur Welt gekommen, sein Vater Vitus war 30 Jahre lang dort Gestütswärter. Sohn Peter begann dann auch eine Jockey-Lehre (kein Sieg), siedelte später nach Düsseldorf um, heiratete die Trainertochter Asta Schäfer. Im Laufe der letzten Jahre wurde der Stall Lautner eine immer bessere Adresse in der Branche. Als ihn ein kaum sachkundiger Journalist vor zwei Jahren drängend fragte, warum seine Pferde so erfolgreich seien, flachste Lautner: „Ich fütterte sie mit japanischem Lufthafer. Außen Schale, innen Luft. Deshalb schweben sie nur so über die Rennbahnen."

Im klassischen Schwarzgold-Rennen gestern nachmittag (das Ergebnis stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest) sattelte Lautner die Außenseiterin Night Line.

JUDO / Überraschend Silber bei der EM

Unberechenbarer Brenner plötzlich ein großer Star

sid/dpa, Belgrad

In Belgrad wurde er zum Hit: Joachim Brenner gewann für den Deutschen Judo-Bund (DJB) sensationell die Silbermedaille bei der Europameisterschaft im Halbleichtgewicht (bis 65 kg). Der für den TSV München-Großhadern startende 26 Jahre alte Saarländer unterlag erst im Endkampf gegen den sowjetischen Weltmeister Juri Sokolov.

Dabei galt das Halbleichtgewicht im DJB schon immer als Problemklasse. Nicht erst seit dem Rücktritt des Wolfsburgers James Röhleder nach den Olympischen Spielen in Los Angeles hat es um die personelle Besetzung in dieser Kategorie ständige Diskussionen gegeben. Im Wechsel wurden der Bremer Stefan Buben und eben Brenner aufgeboten, ohne auf internationaler Ebene den Durchbruch zu schaffen. Nach Belgrad scheint es, als wenn diese Personaldebatten nun zugunsten von Joachim Brenner entschieden ist.

Brenner, der in einem Massage-Institut am Starnberger See arbeitet, galt schon immer als Talent mit einem ausgeprägten Bewegungsgefühl. Er ist einer der vielseitigsten Techniker in der Auswahl der Bundesrepublik. Doch er galt bisher als ein unsicherer Kandidat, der auf der einen Seite die Judo-Welt aus den Angeln heben konnte, dann aber wieder tief abstürzte. Für Gegner und Funktionäre war Joachim Brenner kaum berechenbar.

„Hit oder Niete", hieß es im DJB auch vor den Kämpfen in Belgrad, als über die Chancen von Joachim Brenner gesprochen wurde. Optimistisch äußerte sich Bundestrainer Heiner Metzler: „Brenner hat in den letzten Wochen bei uns im Kölner Leistungszentrum hart gearbeitet, der ist in bester Verfassung." Nach anfänglichen Problemen besiegte er den Dänen Fevre, den Ex-Europameister Pawlowski aus Polen, den britischen Weltmeisterschafts-Dritten Gawthorpe und den Belgier Laats, um dann an dem sowjetischen Ausnahme-Athleten Sokolov zu scheitern.

Bereits am Freitag war Olympiasieger Frank Wieneke Europameister im Halbmittelgewicht geworden – eine gute Bilanz des Deutschen Judo-Bundes.

ZAHLEN

FUSSBALL

Englisches Pokalfinale in London: Everton – Liverpool 1:3. – **„DDR"-Oberliga,** 24. Spieltag: Magdeburg – Aue 6:0, Karl-Marx-Stadt – Erfurt 0:0, Brandenburg – Zwickau 3:0, Dynamo Berlin – Frankfurt 2:2, Dresden – Jena 0:0, Lok Leipzig – Riesa 1:0, Rostock – Union Berlin 2:0. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 32:16, 2. Lok Leipzig 29:19, 3. Jena 28:20. – **Freundschaftsspiele:** Burghausen – Bayern München 3:5, Nürnberg – Polen 0:1, Oftersheim – Nürnberg 5:8, Perlach – Bayern München 3:18, Mannheim – Hertha BSC 4:3, Bulgarien – VfB Stuttgart in Stuttgart 5:2, in Nördlingen: Bulgarien – Stuttgart 5:1, Aschaffenburg – Bulgarien 1:2.

HANDBALL

Bundesliga, 22. Spieltag: Lemgo – Düsseldorf 29:24, Gummersbach – Göppingen 29:23, Reinickendorf – Essen 16:29, Kiel – Minden 23:14, Günzburg – Weiche-Handewitt 19:22, Hofweier – Schwabing 23:20. – Deutsches Pokalfinale der Frauen: VfL Engelskirchen – Bayer Leverkusen 17:18 (Hinspiel 19:13).

HOCKEY

Bundesliga, Herren, Feld, Gruppe Nord: RW Köln – Leverkusen 3:2, SW Köln – Mülheim 3:1, Düsseldorf – Gladbach 4:4. – Gruppe Süd: Berlin – Frankenthal 1:1, Mannheim – Heidelberg 1:2, Limburg – Stuttgarter Kickers 3:0, Heidelberg – Berlin 2:8. – **Damen,** Gruppe Nord: RW Köln – Mülheim 3:0, Krefeld – Klipper Hamburg 2:1, Braunschweig – UHC Hamburg 1:0, Leverkusen – Raffelberg 1:0, BW Köln – Mülheim 3:0. – Gruppe Süd: Charlottenburg – SC Frankfurt 1:5, Berlin – Brandenburg 2:0, RW Stuttgart – Hanau 0:1, Stuttgarter Kickers – Eintr. Frankfurt 1:0, RW Stuttgart – Eintr. Frankfurt 0:7, Stuttgarter Kickers – Hanau 2:1, Berlin – Charlottenburg 8:1, Brandenburg – SC Frankfurt 1:0.

TURNEN

Bundesliga, 3. Wettkampftag, Gruppe Nord: Bergisch-Gladbach – Berlin 211,45:210,80, Hannover – Heusenstamm 222,95:219,10, Weiskirchen – Sachsenhausen 216,00:217,80. – Gruppe Süd: Bayern München – Stuttgart 225,45:224,55, Oppau – Herbolzheim 216,10:216,75, Saar – Neckarsulm 220,15:217,65.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, Endrunde, Meisterrunde: Düsseldorf – Jülich 9:3, Reutlingen – Altena 9:1. – Aufstiegsrunde: Grün-Weiß Hamm – Frankfurt 9:3, Bayreuth – Berlin 9:1, Hamm – Bayreuth 8:8, Frankfurt – Berlin 8:8, Hamm – Berlin 9:2, Bayreuth – Frankfurt 9:1. – Tabellenspitze: 1. Bayreuth 5:1, 2. Hamm 5:1, damit beide in die Bundesliga aufgestiegen. – Abstiegsrunde: Bremen – Hertha BSC 3:9, Heusenstamm – Steinhagen 2:9. – **Bundesliga,** Damen, Nachholspiele: Stuttgart – Soest 1:9, Donauwörth – Soest 7:9.

WASSERBALL

Bundesliga, 18. Spieltag: Spandau – Duisburg 98 11:6, Offenbach – Köln 6:6, Cannstatt – Hamm 8:8, Braunschweig – Düsseldorf 6:10, Würzburg – ASC Duisburg 9:10, Esslingen – Hannover-Linden 8:7. – 19. Spieltag: Esslingen – Hamm 10:9, Cannstadt – Hannover-Linden 13:8, Braunschweig – Duisburg 98 9:8, Spandau Berlin – Düsseldorf 14:10, Würzburg – Köln 11:7, Offenbach – ASC Duisburg 7:6.

TENNIS

„Turnier der Meister" in Forest Hills/USA, Halbfinale: Vilas – Jaite (beide Argentinien) 6:3, 6:3, Noah (Frankreich) – Lendl (CSSR) 6:3, 7:5. – Doppel: Becker/Zivojinovic (Deutschland/Jugoslawien) – Gunnarsson/Nystroem (Schweden) 7:5, 6:7, 6:4, Gildemeister/Gomez (Chile/Ekuador) – Flach/Seguso (USA) 7:6, 6:4. – **Einladungsturnier** in Osaka, Finale: Edberg – Borg (beide Schweden) 6:3, 6:4, Navratilova – Gadusek (beide USA) 6:4, 6:0. – **Damenturnier** in Houston, Halbfinale: Evert-Lloyd (USA) – Gildemeister (Peru) 6:7, 6:0, 6:0, Rinaldi – Casale (beide USA) 6:4, 6:4. – **Grand-Prix-Turnier** der Damen in Barcelona, Halbfinale: Garrone (Italien) – Medrado (Brasilien) 6:2, 6:4, Huber (Österreich) – Sanchez-Vicario (Spanien) 6:0, 2:6, 6:4. – **Internationales Turnier** in Bournemouth/England, Finale, Herren: Maasdorp (Südafrika) – Pham (Frankreich) 6:4, 7:5. – **Damen:** Zvereka (UdSSR) – Okamoto (Japan) 6:2, 4:6, 7:5.

JUDO

Europameisterschaften in Belgrad, 3. Wettkampftag, Halbleicht: 1. Sokolow (UdSSR), 2. Brenner (Deutschland), 3. Pawlowski (Polen), Alexandre (Frankreich). – Leicht: 1. Haitos (Ungarn), 2. Brown (England), 3. Gamba (Italien), Blach (Polen).

GEWICHTHEBEN

Europameisterschaften in Karl-Marx-Stadt: Schwergewicht, Zweikampf: 1. Zacharewitsch 430 kg, 2. Nagirni (beide UdSSR) 410, 3. Oberburger (Italien) 400, 4. Baraniak (CSSR) 395, 5. Jacso (Ungarn) 387,5, . . .7. Zawieja 352,5, 8. Seipelt (beide Deutschland) 347,5. – Reißen: 1. Zacharewitsch 195 kg, 2. Nagirni 185, 3. Oberburger 180, . . .8. Zawieja 162,5, . . .10. Seipelt 152,5. – Stoßen: 1. Zacharewitsch 235 kg, 2. Nagirni 225, 3. Oberburger 220, . . .7. Seipelt 195, 8. Zawieja 195.

REITEN

CSIO-Turnier in Luzern, Jagdspringen: 1. Melliger (Schweiz) Nobility 64,65 Sek., 2. Arioldi (Italien) Danzica 69,04, 3. Koof (Deutschland) Wallenstein 75,90. – 6. **Wertungsprüfung:** 1. Schockemöhle mit So Long 44,83, 2. Reinacher (beide Deutschland) Windus 46,89, 3. Arioldi mit Fou de Foenix 50,01, 4. von Buchwaldt (Deutschland) Ricarda 51,06, . . .8. Koof mit Well Done 553,29.

GALOPP

Rennen in Krefeld: 1. R.: 1. Silhouette (R. Suerland), 2. Moravia, 3. Rolling Speed, Toto: 88/38, 21, 54, ZW: 544, DW: 21 776, 2. R.: 1. Suitefano (R. Suerland), 2. Fantic, 3. Moky, Toto: 192/34, 22, 46, ZW: 1580, DW: 34 404, 3. R.: 1. Borama (S. Stokes), 2. Agiros, 3. Nou-Nou, Toto: 20/11, 14, 13, ZW: 44, DW: 204, 4. R.: 1. Mouata (R. Suerland), 2. Malbowie, 3. Chorprobe, Toto: 40/20, 22, 18, ZW: 224, DW: 1260, 5. R.: 1. Königsfarn (P. Alafi), 2. Oramos, 3. Isertaler, Toto: 72/34, 30, –, ZW: 360, DW: 1540, 6. R.: 1. Argentit (L. Mäder), 2. Norofino, 3. Zypernus, Toto: 14/11, 21, 17, ZW: 168, DW: 700, 7. R.: 1. Andoras (P. Remmert), 2. Apricot Brandy, 3. Aarcor, Toto: 88/26, 18, 42, ZW: 456, DW: 15 048, 8. R.: 1. Garanga (Frl. R. Molenda), 2. River Boy, 3. Roaring Sea, Toto: 80/42, 26, 30, ZW: 976, DW: 10 088.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 3, 8, 14, 37, 41, 42, Zusatzzahl: 23. – **Spiel 77:** 5 4 3 9 2 7 4.

(Ohne Gewähr).

Pankraz, die Gans und der Wiener Hausdichter

Welchen Sender Pankraz in den letzten Tagen auch einschalten mochte, in welchen Kanal er auch immer hineinblickte – stets begegnete er dem bekannten antifaschistischen Hausdichter mit dem englisch-österreichischen Hintergrund, mit den sechs Kindern von den drei verschiedenen Frauen und mit dem halbrunden Geburtstag. Er sah ihn im Kreis der Familie Frühstücksbrötchen verzehren, sah ihn nachdenklich im Park spazierengehen, hörte zu wiederholten Malen die Liebeserklärung des Dichters für Ulrike Meinhof, seine Meinungen zur politischen Lage.

Und Pankraz dachte bei sich: Was für ein erfolgreicher Mann! Ein Liebling der Medien, ein charmanter Meister *der Kommunikation* und der Eigenvermarktung! Soeben haben sie ihm in Wien einen hohen Staatspreis umgehängt. Weitere Ehrungen werden zweifellos folgen, und wahrscheinlich gibt es auch schon einige Doktorarbeiten über sein Œuvre. Nur dichten kann er eben nicht. Er ist wie jener Professor Robert in der Erzählung von Slawomir Mrozek, der bei allen als großer Komponist gilt, weil es ihm während eines ansonsten völlig erfolglosen Musikstudiums gelang, *seine Willenskräfte derart zu stählen*, daß er sich nun aus eigener Kraft zwei Meter über den Erdboden erheben und eine halbe Minute lang oben bleiben kann.

Unser Wiener ist in seinem jahrzehntelangen Bemühen, ein Dichter zu werden, immerhin zu einem versierten Zeitungsleser geworden. Artikel, *die ihn besonders interessieren*, schneidet er aus, verteilt ihre Sätze in merkwürdiger Brechung über das Papier, so daß sie eine rhythmische Form ergeben, und klebt dann aus eigener Produktion ein resümierendes Donnerwort an, des Inhalts etwa, daß das eine große Schweinerei sei oder aber eine edle Sache, *zu der man sich als echter* Humanist uneingeschränkt bekennen müsse.

Das Unternehmen ist wahrscheinlich deshalb so erfolgreich, weil es viele andere frühstückende und Zeitung lesende Väter im Grunde *nicht* anders machen; *nur* mußte erst einmal einer darauf kommen, daß sich Frühstückskommentare als Poesie verkaufen lassen. Auch unser Wiener kam nicht von selbst darauf. Er hing in seiner Jugend den Kommunisten an, und von denen lernte er, daß Dichter Leute sind, die die Zeitungsphrasen der Partei *rhythmisch* ordnen und in holprige Verse übertragen. Später entsagte er der orthodoxen Parteilinie, doch der einmal gelernten Art zu dichten blieb er treu.

Seitdem dichtet und dichtet er unentwegt aus der druckfrischen Zeitung vom jeweiligen Tage, und er ist dabei „leidenschaftlich engagiert", *d. h. immer* noch hart am Kommunismus, für den Sozialismus und gegen die Amerikaner, für den Vietkong, aber nicht für Afghanistan, für Baader/Meinhof (mit Einschränkungen), aber nicht unbedingt für Solidarność, für die Grünen und für die *„Friedensbewegung"* und gegen „Mutlangen" und gegen die Verkabelung und für die sterbenden Wälder und gegen SDI und für den Umweltschutz und für die Palästinenser und gegen die Zionisten und gegen Helmut Schmidt und gegen den Atomtod und für Nicaragua und gegen Reagan usw. usw.

Unser Wiener hat es auf diese Weise geschafft, zum luzidesten, nämlich *durchschaubarsten* Barden deutscher Zunge zu werden. Nicht einmal im Osten gibt es seit dem Abtritt der Kurt Barthel und Armin Müller noch etwas Ähnliches. Die Themen und die Bekenntnisse, die Wortwahl und die Moral – alles, aber wirklich alles läßt sich voraussagen. Nie muß man sich auf Überraschungen gefaßt machen, kann die Gedichte blind als Wortdekoration *für Wackersdorf-Demos* oder evangelische Kirchentage buchen.

Und man braucht für sie nicht einmal Gitarrenbegleitung oder einen versierten Sprecher. Denn im Gegensatz zu bestimmten Bänkelsängern, die in der Tradition Bérangers politische Aussagen in elegante, sangbare, *von der Botschaft* abhebbare Verse verwandeln, verwandelt unser Wiener absolut nichts. Seine Verse sind weder elegant noch sangbar, und seine Pointen erreichen allenfalls den Witz des erhobenen Zeigefingers. Ein bißchen *Sinnspruch-Getue*, ein paar feierliche, bedeutungsschwangere Fermaten und Codas – das ist schon das ganze poetische Instrumentarium, über das er verfügt. Politische Aktualität und das Vorzeigen der richtigen, „engagierten" Gesinnung sind ihm allemal wichtiger als originelle Prosodie.

Es spricht schon *sehr* gegen unseren Literaturbetrieb, daß es noch kein *einziger gewissenhafter* Germanist für nötig befunden hat, sich einmal ernsthaft und kritisch mit den Gedichten unseres Wieners auseinanderzusetzen, daß es bisher immer nur Gesinnungsbeifall oder verlegenes Wegsehen gab. Unter *solchen* Umständen konnte es natürlich nicht ausbleiben, daß der Stil des Wieners Schule zu machen begann, sogar außerhalb der Politik. Es erschien etwa die „Gebrauchs-Liebeslyrikerin" Kristiane Allert-Wybranietz, die unüberhörbar von den „Vietnamgedichten" des Wieners gelernt hat und fleißig *aktuelle Gefühlslagen auf Bierzeitungsniveau* in Verse bricht.

Inzwischen hat der Wiener auch selbst einen Band „Liebesgedichte" auf den Markt geworfen, der sich, wie den Preisreden zu entnehmen ist, würdig an den Band „Vietnamgedichte" anschließe, ihn ergänze und auch schon 150 000 Käufer gefunden habe. „Meine *Leier* kennt auch noch andere Themen", verkündete *der* Dichter dazu triumphierend. Aber das ist eben das Verhängnis: Seine Leier kennt tatsächlich nur Themen, keine Töne, geschweige denn Melodien.

Um noch einmal an Mrozeks „Professor Robert" zu erinnern: Dieser scheitert spektakulär, als er versucht, eine gebratene Gans allein *durch die Kraft* seines Willens aus der Küche ins Speisezimmer fliegen zu lassen. Die Leier unseres Wieners gleicht jener Gans; sie müßte erst einmal wirklich berührt werden, um sich zu bewegen und zu erklingen.

Pankraz

Wien: Taboris „Bajazzo"

Dreifach gebrochene Eifersucht



Debüt als Opernregisseur: George Tabori inszenierte in Wien den „Bajazzo" FOTO: DPA

Eines der (Erfolgs-)Geheimnisse von George Taboris Theater ist sein Respekt vor dem Darsteller. Für ihn sind Schauspieler oder Sänger nicht einfach knetbare Masse, sondern in *ihrer Unterschiedlichkeit* Ausgangspunkt für Typenzeichnung und „menschliches" Theater. Bei seiner ersten Operninszenierung überhaupt, Leoncavallos „Bajazzo", das ja den Gegensatz zwischen Theater und Leben pur auf die Bretter bringt, verzichtet Tabori nicht auf ein Vorspiel, das die Brechung zwischen Privat- und Bühnenleben ins Spiel bringt.

Auf der leeren, mit schwarz bemaltem Packpapier ausgehängten und nach hinten offenen Bühne (Ausstattung: *Kazuko Wastanabe*) treffen die Sänger allmählich ein, nachdem zuvor *ein Mann im Frack* ausgiebig auf dem Piano Töne zusammensuchte. Kein Zweifel, da beginnt eine Theaterprobe. Unter den Künstlern herrscht Aggression, der Tenor ist eifersüchtig ... Lache, Bajazzo. Man spielt mit einem Apfel. Die Anspielung sitzt.

Die Komödianten, leidenschaftliche Charaktere, ziehen herein. Der Chor sitzt vorne im Zuschauerraum oder singt sein Glöckchenlied im Straßengewand auf der Bühne. Das Theater als Raum ist Taboris Theater: Schein und Wirklichkeit.

Das Spiel kann seinen Lauf nehmen, gekonnt gemacht, scharf gezeichnet und unter totalem Verzicht auf Kulissenzauber. Gefühlvoll, doch nicht sentimental, vor allem aber lebendig und spannend, blutig ernst. Mit einer Anspielung auf das Puppentheater nimmt das illustrierte Zwischenspiel das tödliche Finale vorweg, *das im Kontrast* zwischen flattriger Commedia – ein Huhn gakkert über *die Szene – und brutalem* Lebens-Verismo mit Feinsinn aufgebaut ist. Auf dem Höhepunkt aber läßt Tabori, der alte Fuchs, das Stück wieder ausklicken: Canio fordert seine Mordopfer zum Aufstehen auf. Die Komödie ist aus. Was folgt nun? Morgen wieder dasselbe?

Unter Hans Zauners musikalischer Leitung des ORF-Orchesters meistern junge Sänger ihre anspruchsvolle Aufgaben: Louis Gentile (Canio), Ewa Izykowska (Nedda), Georg Dihel (Tonio), Reinhard Brussmann (Beppo) und Florian Prey (Silvio). Tabori ist im *Begriff*, „*Wiener*" zu werden: Ihm wurde die Leitung des Schauspielhauses angetragen.

WALTER GÜRTELSCHMIED

Die große Futurismus-Schau im Palazzo Grassi: Venedig arbeitet ein verdrängtes Kapitel der Kunst auf

„Laßt uns den Mondschein umbringen!"

Ein Flugzeug ist schöner als die Nike von Samothrake: Blick in die Eingangshalle des Palazzo Grassi FOTO: ARICI & SMITH

Am Futuristen-Galaabend in Venedigs Opernhaus „La Fenice" donnerten Motorräder durch jenen Zuschauerraum, vor dem der Vater des Futurismus, Filippo Tomaso Marinetti (1876–1944), im Juli 1910 seine Rede gegen die Venezianer gehalten hatte: „Als wir schrieen, ‚laßt uns den Mondschein umbringen', meinten wir dich, altes, vor Romantik triefendes Venedig! Venezianer, warum wollt ihr immer noch Sklaven der Vergangenheit sein, schmierige Kustoden des größten Bordells der Geschichte, nur bedacht, die Gesellschaft der großen Hotels zu bereichern...?

Es klingt wie Ironie des Schicksals, daß jetzt ausgerechnet in Venedig die umfassendste Ausstellung über den Futurismus eröffnet wurde: diese erste spürbare Regung der italienischen Kunst nach jahrhundertelangem Dornröschenschlaf und wohl auch die einzige Stilrichtung der klassischen Moderne, die kunsthistorisch noch arg vernachlässigt ist. Über ihre direkte Ausstrahlung in alle Welt und ihren indirekten Einfluß auf fast alle folgenden Kunstformen will die Schau „*Futurismus und Futurismen*" im Palazzo Grassi informieren.

Oder wären die Futuristen, die Dynamik, Schnelligkeit und Technik priesen und erklärten: „Ein Rennauto ist schöner als die Nike von Samothrake", versöhnt, weil ihr Mammutfest im Namen der Fiat in der einzigen Stadt der Welt gefeiert wird, die *kein Auto kennt*? Würden *sie*, die den Markusplatz mit Flugblättern mit der Aufschrift: „Beeilen wir uns, die stinkenden Kanäle mit den Trümmern der morschen, leprakranken Paläste aufzufüllen" zugedeckt hatten, mit Genugtuung erfahren, daß der spätbarocke *Palazzo Grassi* (von der Fiat 1984 für 7 Milliarden Lire erworben) in der Rekordzeit von 13 Monaten von den Architeken Gae Aulenti und Antonio Foscari (für 15 Milliarden Lire) in eines der modernsten Museen der Welt verwandelt wurde? Würde der im Privatleben sanfte, in der Öffentlichkeit vor Polemik gegen alles Alte rasende Poet *Marinetti* mit uns über die Karikatur des als Doge verkleideten Fiat-Herren Agnelli und die Unterschrift „Fiat Venezia Nostra" schmunzeln, obwohl ihm und seinen Weggefährten mit Ausnahme von Severini die Gabe der Ironie fehlte?

Zu verbissen waren sie in dem Kult der Gegenwart, des revolutionär Neuen, der totalen Kunst, die alle Gebiete umfaßte: von der Malerei und *der Skulptur bis zur Architektur*, von der Musik, der Literatur und Poesie zu Film und Fotografie, von der Politik bis zur Küche, zur Mode, zum Alltagsgegenstand, um Sinn für Humor und Ironie zu haben. Dafür besaßen sie einen bis zum Exzeß getriebenen Spaß an Exzentrik, der ihnen bei ernsthaften Zeitgenossen den Ruf eintrug, sie seien etwas verrückt.

Den Einfluß der Futuristen auf die Kunst des 20. Jahrhunderts ganz zu ermessen, der in Rußland von Majakowski bis zu Igor Strawinsky führte, im Westen von *Marinettis* „Parole in libertà" zu Dada und der visiven Poesie, von Boccionis „Stati di anima" zum Action Painting Pollocks, de Koonings und den Lichtspielen der Kynetiker, von Balla zur Environment-Kunst, war bisher aus verschiedenen Gründen nicht möglich gewesen.

Die explosivsten, für die bildende Kunst wichtigsten Jahre des Futurismus lagen vor dem Ersten Weltkrieg. Sein Grauen hat sie verdunkelt und verwischt. Der Faschismus, der sich in Marinettis Verherrlichung von Virilität und Krieg („Krieg, einzige Hygiene der Welt" heißt eines seiner Bücher) bestätigt fühlte und zunächst *von etlichen Futuristen begeistert* bejaht wurde, hat den Futurismus in Italien bis vor kurzem zum politisch anrüchigen Tabu gemacht.

Dazu kam, daß die Kunstwerke der Vorkriegsjahre seit der ersten großen Ausstellung in Paris 1912 und der wenige Monate später fast en bloc verkauften Ausstellung in Herwarth Waldens Berliner Galerie „Der Sturm" in Europa und Amerika verstreut sind. Jetzt sind sie zum ersten Mal fast vollständig (nur einige Bilder aus sowjetischen Museen fehlen) in Venedig zu sehen und erlauben die nie zuvor mögliche und schwerlich zu *wiederholende Bestandsaufnahme* des gesamten Futurismus und der Futurismen von Rußland bis Japan, von Westeuropa bis Mexiko.

Es war nicht einfach gewesen, die Museumsdirektoren der Welt zu Leihgaben zu bewegen. Erst nachdem sie sich persönlich überzeugt hatten, daß der „neu erfundene" Palazzo Grassi, an dessen Bausubstanz nichts verändert wurde, allen modernen Ansprüchen genügt, waren sie bereit, ihre Werke zu schicken und Mitglieder des Vereins der „Freunde des Palazzo Grassi" zu werden. Nun hütet der riesige Palast mit über 500 Objekten die Summe der futuristischen Produktion.

Dem Gründungsmanifest von Marinetti folgt 1910 das „Manifest der futuristischen Malerei", gezeichnet von Boccioni, Carrà, Russolo, Balla und Severini. 1911 das „Manifest der futuristischen Musik", gezeichnet von Pratella, 1912 das „Manifest der Literatur" (Marinetti) und der „futuristischen Frau" (Valentine de Saint Paul). 1913 treten Apollinaire und Delaunay der Bewegung bei. Das Feuerwerk der Manifeste gipfelt 1915 im Manifest der „Futuristischen Rekonstruktion des Universums" und verlöscht mit Italiens Kriegseintritt. 1920 beginnt der „Zweite Futurismus", der 1944 mit Marinettis Tod endet.

Das Erstaunlichste unter den Futuristenwerken kann nur jeder für sich entdecken. Für mich sind es die Ar*chitekturentwürfe von Sant'Elia*, der sehr jung im Ersten Weltkrieg gefallen ist wie Boccioni, Franz Marc und viele andere Künstler. Sant'Elias Stadt der Zukunft sind mit Glas und Stahl bedeckte Alpengipfel, verbunden durch Rolltreppen und Aufzügen, erleuchtet mit Neonlicht und gepflastert mit riesigen Reklamen. Viele seiner *damals* unverständlichen Ideen wurden von Gropius und Le Corbusier aufgegriffen und später in den sechziger Jahren von Buckminster Fuller und der Londoner Archigram Group. Wie längst Wirklichkeit gewordene Science-fiction muten auch die futuristischen Filme an, die im eckigen Stummfilmtempo mit Weltraumraketen und Mondlandungen aufwarten.

Zwei Flugzeuge aus dem Ersten Weltkrieg schweben wie zerbrechliches Spielzeug in der hellen Eingangshalle des Palazzo Grassi über Autoveteranen. In vier Sälen daneben erzählen Bilder, Skulpturen, Zeichnungen und Schriften vom „Weg zum Futurismus" (1880–1909).

Im ersten Stock sehen wir die Werke des italienischen Futurismus (1909–1918), im zweiten Stock „Futurismen", die Entwicklung der Idee rings um die Welt, eingeteilt nach Nationen. Für den Futurismus in *Deutschland zeichnen hier* Franz Marc, Max Ernst, Otto Dix und *George Grosz; außerdem zeigt* man Literatur, Poesie sowie Ausgaben von Waldens „Sturm" und Kataloge seiner Galerie. „Futurismus und das tägliche Leben" beendet den Gang mit Möbeln, Mode, Spielzeug, Lampen, Taschen etc., entworfen von Balla, *Depero, Prampolini, Bugatti. (Zum* Teil werden sie als Multiples zum Kauf angeboten.)

Direktor und Spiritus rector der Schau im Palazzo Grassi ist Pontus Hulten, assistiert von Germano Celant und den Franzosen Stanislas Zadora und Serge Faucheron, die Hulten seit zehn Jahren zur Seite stehen. *Als nächste Ausstellungen* im fürstlichen Kultur-Schaufenster der Fiat *am Canale Grande* plant Pontus Hulten Arcimboldi, Tinguely und die Phönizier. Ein Programm, das womöglich sogar den Futuristen, die alle Museen verbrennen wollten, gefallen hätte (bis 12. Oktober, Katalog: 48 000 Lire).

MONIKA von ZITZEWITZ

Stuttgarter Ballett: Novitäten von Robert North

Schrei des Entsetzens

Ob Robert North mit seiner Stuttgarter Ballett-Novität „Der Schlaf der Vernunft (Lieder und Tänze vom Tod)" eine ähnliche Zeitlosigkeit erreichen kann, wie *sie* John Cranko einmal in seinem den Abend einleitenden „Présence" zur Musik von Bernd Alois Zimmermann gelungen war, das scheint nach der Uraufführung ungewiß. Der bisherige Direktor des Ballett Rambert bleibt bei seiner bruchstückhaften Ausdeutung der 14. Sinfonie von Dmitri Schostakowitsch noch viel zu nahe an den Gedichttexten von Garcia Lorca, Apollinaire und Rilke, die dem Liederzyklus zugrunde liegen.

Er läßt sich kaum einen Spielraum, montiert die schwarzen Tische, die ihm Andrew Storer vor einem erdigen, *düsteren Landschaftshinter*grund hilfreich bereitgestellt hat, immer wieder zu neuen Tableaux, auf denen der Tod (Stephen Greenston in Punker-Maske und -Montur) wie ein mächtiger Schatten dominiert. Niemand ist ihm gewachsen, weder die liebliche *Loreley* der Marion Jäger noch der kleine Soldat des Thierry Michel, der aufgeregt über den Schützengräben wacht. Selbst das Leben, von Lisi Grether mit aller Sinnlichkeit verkörpert, erstickt am Ende mit einem stummen Schrei des Entsetzens und der Verzweiflung in den *starken Armen des großen Makabren.*

Auf die Dauer wird eher ein Werk wie „Entre dos Aguas" bestehen können. North beschwört hier ein Spanien auf eine ganz und gar eigene Weise, indem er die Gitarrenmusik von Paco de Lucia mit den synthetischen Kontrastklängen von Simon Rogers konfrontiert. Seine Tänzer hämmern nicht den Zapateado in den Boden. Sein Ballett kommt vielmehr auf leisen Sohlen und gibt dem Flamenco eine choreographische Leichtigkeit, die er von Natur aus gar nicht hat.

Das Ensemble stürzt sich hinein in *den tänzerischen Taumel, der immer* mal wieder wie ein Herzschlag aussetzt, und gibt sich, von Benito Marcelino und Annie Mayet angeführt, dem Schwung der Bewegungen wie der Kostüme hin, ohne auch nur einen Augenblick die Selbstkontrolle zu verlieren. *Ein Widerspiel* von Emotion und Kalkül, Flamenco und Blues, das die Zuschauer in Begeisterung versetzt.

HARTMUT REGITZ

Tilo Medeks „Rheinische Sinfonie" uraufgeführt

Ökologische Staustufen

Wenn der junge Russe Viktor Jekimowski ein neues „Brandenburgisches Konzert" komponiert, warum dann nicht ein Kollege auch *einmal – noch dazu im Kompositions*auftrag des Landes Rheinland-Pfalz – eine „Rheinische Sinfonie"? So mochte sich Tilo Medek als Auftragnehmer gedacht haben, den es gleich Robert Schumann aus dem Mitteldeutschen ins Rheinische verschlug.

Der Erfolg jedenfalls dieser Uraufführung durch die Rheinische Philharmonie unter James Lockhart in Andernach gab dem Konzept recht, wie sich überhaupt das Mainzer Kultusministerium über die Resonanz seiner Musiktage nicht beklagen kann: Immer mehr Orte möchten da künftig einbezogen werden.

Tilo Medek schöpft den herkömmlichen Orchesterapparat mit herkömmlichen Mitteln aus, steckt aber die ausgefahrenen Gleise doch ein bißchen anders zusammen: Besonders aufmerksam behandelt und skurril rhythmisiert wird das Blech; *abbrechende*, wie *stenographisch* hingeworfene Motive und Kontrapunkte bringen eine nervöse Herbheit in das sonst eher lyrische und elegische Werk. Seinen Adagio-Mittelpunkt bildet das Volkslied „Ich hab *die Nacht* geträumet", vielleicht eine Huldigung an Brahms. Die vier Sätze *haben ein Programm*: Nach „Wasserzeichen" und „Traumdeutung" beschäftigt sich der dritte, „Staustufen", kritisch mit den Flußregulierungen am Oberrhein, die die Auenlandschaften vernichteten.

Dies geschieht in sarkastischer Ab*sicht mit jenen mechanistischen Mit*teln, wie sie um 1934 Juli Mejtus in seiner Sinfonischen Dichtung „Dnjepr-Staudamm" eben zur Verherrlichung dieses Industrialisierungs-Projekts aufwandte: Musikalisches Material ist eben ideologisch ziemlich ambivalent. Der Schlußsatz „Rheinländer" knüpft dann wiederum eher elegisch ans Hauptmotiv der Couperinschen „Favorite" an.

Es begegnen uns also vertraute Töne, deren Sinn es wohl auch ist, Vertrauen herzustellen. Bemerkenswert scheint seine innere Unrast und ruhelose Beflissenheit, alles zu tun, um *dieses Ziel zu erreichen. Mischen sich* da am Ende Zweifel hinein, ob es auf diese Weise erreichbar sei?

DETLEF GOJOWY

Lessings bürgerliches Trauerspiel „Miß Sara Sampson" unter David Mouchtar-Samorai in Bonn

Ein Glas Sekt aufs bittere Joch der Ehe geleert

In *den Literaturgeschichten steht* geschrieben, Lessings „Miß Sara Sampson" *sei* das erste bürgerliche Trauerspiel. Da aber kaum jemand die „Sara" je gelesen hat, geschweige denn auf der Bühne gesehen, müssen sich die meisten aufs Hörensagen verlassen. Darauf hat wohl auch der neue Bonner „Hausregisseur" David Mouchtar-Samorai gebaut. Er brauchte ja kaum zu fürchten, daß das Bonner Theaterpublikum so recht bemerken würde, was er aus Lessings Frühwerk gemacht hat. Aber daß aus einem Trauerspiel urplötzlich ein *Lustspiel wurde, damit* hatten wohl selbst die Unkundigsten *nicht gerechnet*.

Nun, Mouchtar-Samorai brachte das gleichsam mühelos fertig. Bei Lessing wird Miß Sara von ihrer Nebenbuhlerin *Marwood* vergiftet; und der ewig zaudernde Verführer beider Damen, der Luftikus Mellefont, nimmt sich an Saras Leiche das Leben. *Nichts davon bei der Bonner* Inszenierung. Die Dame Marwood reist ab, nachdem sie Sara über den wahren Charakter ihres Liebhabers aufgeklärt hat. Sara ist ein bißchen traurig. Da taucht der liebende, verzeihende Vater auf und zwingt die beiden „Liebenden" mit sanftem Nachdruck ins bittere Joch der Ehe. Sekt wird gereicht und – Vorhang! Wahrscheinlich sieht der griechische Regisseur, der sich in Deutschland schon durch mehrere unkonventionelle *Inszenierungen* einen Namen gemacht hat, darin die wahre Tragödie *unserer Zeit: heiraten zu müssen*, was man auch ohne Trauring haben kann.

Demnächst wird man also auch *„Romeo und Julia"* nicht *mehr* sterben sehen, denn so unwiderrufliche *Eingriffe ins menschliche Leben* sind nicht nur unmoralisch, sondern auch unzeitgemäß und belastend. Viel passender ist es doch, den tragischen *Liebhaber, wie es Mouchtar-Samorai* in Bonn getan hat, als Sexualneurotiker à la Woody Allen über die Bühne rasen zu lassen: die Haare wirr, die Krawatte lose über der Schlafanzugjacke, die Hosenträger über der Weste. Robert Hunger-Bühler kopiert den New Yorker Komiker mit Bravour. Er dreht seinem Diener (René Toussaint) sadistisch die Brustwarzen um, tritt ihm an alle möglichen Körperteile, ist der Liebe bestenfalls in sexueller Hinsicht mächtig, stürzt betrunken mitsamt dem *Dusch*-Vorhang (natürlich in voller Montur) ins *Zimmer und* seufzt am *Boden* liegend: „Ich bin mir selbst ein Rätsel ..." Das Publikum krümmt sich vor Lachen.

Doch Lessing rächt sich: *In der* großen Szene, in der die (in Bonn) *bieder-dümmliche* Sara (Susanne Seidler) und die trauerumflorte Marwood (Susanne Tremper) aufeinandertreffen, kommt plötzlich doch Tra*gik ins Spiel. Man weiß nicht mehr*, wo man ist – bei Lessing oder bei *Mouchtar-Samorai*. Da spürt man plötzlich Verletzungen. Vor allem Susanne Tremper gibt der Marwood Tiefe, nichts mehr ist zu spüren von jenem Vamp, der eben noch in einer wahren Kleiderorgie (sieben Bekleidungs-Versuche hintereinander!) seine Verführungskünste vorbereitete.

Aber wenn man schon fürchtet, doch noch ins falsche (richtige) Stück geraten zu sein, taucht der Vater (Günter Lampe) auf und rettet das Leben der Beteiligten wie die gute *Laune des Publikums*. Und Wilfried Weber klimpert dazu auf dem Piano *ein paar Takte* von *Carl Philipp* Emanuel Bach. Das Publikum dankte artig *mit herzlichem Beifall. Zu seinen* Gunsten darf man annehmen, daß es nicht wußte – na, siehe oben!

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

(*Nächste Vorstellung*: 25. Mai, Karteninformationen: 0228/72 81)

JOURNAL

Darmstädter Akademie: Sprache der Computer

dpa, **München**

Der Frage „Werden wir die Sprache der Computer sprechen?" wollen die Mitglieder der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung ihre Frühjahrstagung widmen, die morgen in München beginnt. Gemeinsam mit ausländischen Gästen werden dabei bis zum 16. Mai der philosophische und pädagogische Aspekt des Problems so*wie das Thema* „Sprache und Literatur" diskutiert.

Die Geschichte der Zwangsarbeiter bei VW

M.J. **Wolfsburg**

Vorstand und Betriebsrat der Volkswagen AG haben den Bochumer *Neuhistoriker Hans Mommsen* beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Münchner Institut für Zeitgeschichte und dem Koblenzer Bundesarchiv die Geschichte der Zwangsarbeiter bei VW zur Zeit des Nationalsozialismus zu erforschen. Die Forschungsgruppe soll Zugang zu allen einschlägigen Unternehmensdokumenten erhalten.

Französische Theater zu Gast im Saarland

dpa, **Saarbrücken**

Mit neuem Konzept und unter neuer Leitung startet das französische Theater-Festival „Perspectives du théâtre" am 16. Mai in Saarbrücken ins neunte Jahr. Der frühere Leiter des Frankfurter Theaters am Turm, Peter Hahn, hat Jochen Zoerner-Erb als Festivalchef abgelöst *und eine Umorientierung* angekündigt. Erwartet werden u. a. die Compagnien von Renaud-Barrault und Solov-Chabert, das Théâtre de la Huchette sowie Carol Robinson.

Erweiterungen für das Landesmuseum Mainz

epl. **Mainz**

Das Mittelrheinische Landesmuseum in Mainz hat seine Räumlichkeiten erweitert und seinen Namen verkürzt. *Es heißt jetzt* einfach Landesmuseum Mainz. Die Eingliederung des Areals des früheren Peter-Cornelius-Konservatoriums ermöglichte die Einrichtung zweier neuer Abteilungen. Eine wichtige Abteilung darin bildet die Judaika-Sammlung des zerstörten Jüdischen Museums. Neu eingerichtet wurde auch die „Landesgalerie", die Künstlern aus Rheinland-Pfalz vorbehalten ist.

Große Ausstellung der Surrealisten

dpa, **Marseille**

Eine große Surrealismus-Ausstellung wird unter dem einem Bild von Max Ernst entlehnten Titel „Der verwirrte Planet" in Marseille gezeigt. Bis zum 30. Juni sind 400 Bilder, Skulpturen, literarische Zeugnisse und Fotos in der „Vieille Charité", einem renovierten Spitalskomplex, zu sehen. Die gezeigten Werke entstanden zwischen den beiden internationalen Surrealismus-Ausstellungen, die André Breton, der Haupttheoretiker des Surrealismus, und der dadaistische Künstler Marcel Duchamp 1938 und 1947 *in Paris veranstalteten.*

Pläne der Münchner Kammerspiele für 86/87

dpa, **München**

Mehrere Uraufführungen haben die Münchner Kammerspiele für die Spielzeit 1986/87 angekündigt. Auf besonderes Interesse dürfte dabei die Uraufführung eines Stücks nach Heinrich Bölls Roman „Frauen vor Flußlandschaft" in der Regie von Volker Schlöndorff stoßen. *Die Musik liefert* Hans Werner Henze, das Bühnenbild die amerikanische Künstlerin *Jennifer Bartlett*. Außerdem sind vorgesehen: die Uraufführung von „Der verbotene Garten – Fragmente über d'Annunzio" von Tankred Dorst (Regie: Dieter Dorn) sowie die Neufassung von Harald Muellers „Totenfloß" in *der Regie von George Tabori.*

Staatsgalerie zeigt Julius Bissier

akk, **Stuttgart**

Nachdem Werke von Julius Bissier jetzt eine ständige Heimat in der neuen Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen *gefunden haben* (s. WELT v. 20. März), zeigt nun auch die Staatsgalerie Stuttgart eine Auswahl seiner Arbeiten von 1948–1965. Die Ausstellung läuft bis zum 25. Mai, der Katalog kostet 30 Mark.

Impulse fürs Revier: Westfälisches Musikfest

dpa, **Gelsenkirchen**

Musik aller Genres, von Folklore über Rock bis hin zu Kirchenmusik und Opern, soll beim „Westfälischen Musikfest" vom 30. Mai bis 8. Juni in Gelsenkirchen erklingen. Nach dem bereits bei den „rheinischen" Musikfesten der letzten beiden Jahre erfolgreich verwirklichten Konzept soll in der Vielfalt der 57 Einzelveranstaltungen ein Bild des Musiklebens einer Stadt gezeichnet werden.

Kau- und Schnupftabak sind Renner in den USA

Die seit Jahren geführten öffentlichen Kampagnen gegen das Rauchen in den Vereinigten Staaten zeitigen eine neue, unerwartete Entwicklung: Kauen und Schnupfen von Tabak kommen wieder in Mode. Die Tabakindustrie kann zufrieden sein. Nach der gesellschaftlichen Ächtung der Raucher durch Gesundheitspolitiker und Mediziner hat sie sich durch die Umstellung auf eine geänderte Produktpalette und gezielte Werbung anscheinend einen neuen Markt erschlossen.

Seit der Jahrhundertwende, als das Kauen nicht nur im Mittelwesten zum öffentlichen Erscheinungsbild gehörte, war der Verbrauch von Kautabak ständig zurückgegangen. In den sechziger Jahren betrug er nur noch ein Zehntel, der von Schnupftabak war auf die Hälfte reduziert. Es war eben nicht mehr im Stil der Zeit, auf einem Priem zu kauen oder eine kräftige Priese aus der Tabatiere zu nehmen.

Doch der Trend kehrte sich anfangs langsam, nun aber immer rasanter um. Seit Anfang der achtziger Jahre hat der Verkauf von Schnupftabak um nicht weniger als 55 Prozent zugenommen und steht jetzt bei 16 000 Tonnen; Kautabak stieg zwar weniger dramatisch, aber immerhin auf 39 000 Tonnen.

Die amerikanischen Gesundheitsbehörden halten die Entwicklung für so gefährlich, daß sie jetzt auch auf die Kau- und Schnupftabak-Päckchen eine Warnung vor Gesundheitsschädigung aufdrucken lassen. Zum Herstellungsprozeß der Tabake gehört nämlich mehrmaliges Soßen und Fermentieren, beim Kautabak auch Räuchern. Sie enthalten daher neben den tabakeigenen Cancerogenen hohe Mengen an krebserregenden Nitrosaminen. Zu den geringeren Risiken des Tabak-Kauens gehört eine höhere Parodontose-Anfälligkeit. Schwerwiegender ist das Risiko einer Krebserkrankung, besonders in den Bereichen der Mundhöhle, der Speiseröhre oder des Kehlkopfs.

Sollte der gegenwärtige Trend anhalten, ist zu befürchten, daß die vielen Initiativen gegen das Rauchen das Gegenteil ihres ursprünglichen Ziels erreichen. Anstatt Tabak zu meiden, steigen breite Bevölkerungskreise aufs Kauen oder Schnupfen um und vermeiden so eine gesellschaftliche Diskriminierung. Gerade aus medizinischer Sicht aber erscheint das als besonders bedenklich – wegen der noch höheren Krebsgefährdung und des zum Teil sehr niedrigen Alters der Erstkonsumenten. Elf Prozent der Tabakkauer sind nach einer Umfrage erst acht bis neun Jahre alt.

War früher diese Art des Tabakgenusses vor allem in den unteren sozialen Schichten der Vereinigten Staaten weit verbreitet, so gilt sie heute besonders unter Intellektuellen als schick. So schnupfen oder kauen bis zu 36 Prozent aller College-Studenten – allerdings nur die jungen Männer. Den Kommilitoninnen ist das denn doch zu derb.

ROLF H. LATUSSECK

Der Pfad des Tornado

DW. Edmond

Es war Nacht, als der unheimlich schlingernde Luftrüssel des Wirbelsturms seine zerstörerische Bahn über Edmond in Oklahoma zog. Sekunden nur, dann lagen die Wandstreben, Verkleidungen und Dachsparren der leichtgebauten Holzhäuser wie Streichhölzer in der Gegend verstreut. Die Bewohner waren darauf vorbereitet gewesen. Das radargestützte Warnsystem hatte funktioniert.

Im Mittelwesten der USA sind Szenen wie diese vom Wochenende in Edmond keine Seltenheit. Zu hunderten rasen die Wirbelstürme im Frühling über das Land und erhalten dabei von den Menschen, die obdachlos werden, zuweilen rührende Namen. Im bisher verheerendsten dieser Wirbelstürme starben 1925 in Missouri, Illinois und Indiana 695 Menschen, mehr als 2000 wurden verletzt.

Gemessen an Hurrikanen oder Taifunen der tropischen Meere ist das Zentrum eines Tornado mit oft nur wenigen, höchstens aber 250 Metern geradezu „lächerlich" klein. Was ihm die zerstörerische Kraft verleiht, ist nicht seine Zug- sondern seine Rotationsgeschwindigkeit. Sie liegt zwischen 600 und 800 Stundenkilometer.

Im Zentrum des Wirbelsturms entsteht durch die extreme Drehung der Luftmassen ein starker Sog, die selbst fest gebaute Häuser hochzuheben vermag. Wie Tornados entstehen, ist noch immer nicht restlos geklärt. Sicher ist aber, daß sie sich in 800 bis 1600 Meter Höhe, an den Schnittstellen von feucht-warmen und kalten Luftmassen bilden.

FOTO: AP



Die Pariser Metro versinkt im Schmutz

SAD, Paris

Weil ein Franzose zu einem Gastarbeiter „du dreckiger Araber" sagte, häufen sich jetzt in der Pariser Metro Berge von Unrat. Seit 7. Mai streiken die Putzkolonnen. Die Sauberhaltung der Metro wird nämlich von einer privaten Reinigungsfirma besorgt, und deren Angestellte sind fast ausschließlich Gastarbeiter aus Nordafrika. Vor drei Tagen verlangten sie eine Lohnerhöhung. Der Personalchef der Firma soll den Sprecher angeblich mit den Worten: „Du dreckiger Araber. Wenn ich Firmeninhaber wäre, würde ich euch alle in die Wüste schicken", empfangen haben. Der Sprecher des Personals verließ daraufhin den Raum und rief seine 1411 Kollegen zum Streik auf. „Zur Zeit geht es noch", sagte ein Sprecher der Metro gestern, „aber spätestens in zwei Tagen wird es katastrophal."

Sommerliches Wetter

AP, Frankfurt

Nach Vorhersage der Meteorologen des Deutschen Wetterdienstes wird sich der Mai in den kommenden Tagen von seiner besten Seite zeigen. Es soll „schön und heiter bis wolkig" werden. Für morgen erwarten die Meteorologen sogar sommerliche Wärme mit Temperaturen bis 25 Grad, ab Mittwoch muß im Südwesten Deutschlands mit den ersten Wärmegewittern gerechnet werden.

Urteil zu Kindergeld

AP, Kassel

Das Bundessozialgericht in Kassel hat in einem schriftlichen Verfahren grundsätzlich entschieden, daß Eltern nicht verlangen können, daß ihnen der Staat auf dem Wege des Familienlastenausgleichs für alle Aufwendungen zum Unterhalt ihrer Kinder durch Kindergeld oder steuerliche Vergünstigungen vollen Ersatz leistet. Das gilt nach dem höchstrichterlichen Urteil vor allem für Eltern mit hohem eigenen Einkommen, deren Existenz durch die Unterhaltspflicht nicht beeinträchtigt wird. Das Grundgesetz wird dadurch nicht verletzt. Vom Bundessozialgericht wurde deswegen die Klage eines Vaters aus Hamburg abgewiesen, dem wegen seines hohen Einkommens das gesetzliche Kindergeld für seine vier Kinder von monatlich 370 auf 260 Mark gekürzt worden ist. Der Unterschiedsbetrag von 110 Mark wurde sogar für zwei Monate zurückgefordert und von der laufenden Zahlung einbehalten. (Az.: 10 RKg 28/84)

Pannen-Hilfe

AP, München

Der Allgemeine Deutsche Automobilclub (ADAC) hat 1985 allein für Pannenhilfe fast 100 Millionen Mark ausgegeben. Dies geht aus dem Leistungsbericht des ADAC hervor. Mit knapp 390 Millionen Mark hat der Klub nach eigener Angabe seine Aufwendungen für die Mitgliederleistungen im Vergleich zum Jahr zuvor um 3,9 Prozent gesteigert. Überdurchschnittlich wurden die Ausgaben vor allem für solche Arbeitsbereiche verstärkt, die direkt oder indirekt der Verkehrssicherheit und Lebensrettung dienen, so um acht Prozent für die Straßenwacht, um 11,8 Prozent für Kraftfahrzeugtechnik und Tests, um 12,6 Prozent für Verkehrserziehung und um 25 Prozent für Unfallhilfe und Luftrettung. Erhebliche Zusatzarbeit gab es vor allem bei der Aufklärung über die Abgasentgiftung und das neue Kfz-Steuersystem. Für die Mitgliederzeitschrift „Motorwelt" wurden 43,1 Millionen Mark ausgegeben.

WETTER: Warm, im Westen Regen

Lage: Ein Tief westlich der Britischen Inseln lenkt milde Meeresluft nach Norddeutschland. Die übrigen Teile werden von einem Hoch über dem Alpenraum beeinflußt.

Vorhersage für Montag: Im Norden strichweise Regen. Temperaturen 14 bis 18, nachts um 13 Grad. Mäßiger Südwestwind. Im Westen in den Frühstunden etwas Regen. Temperaturen bis 20, nachts um 12 Grad. Frischer Wind aus Südwest. Im Süden niederschlagsfrei. Temperaturen 22, nachts 12 Grad. Schwacher Südwestwind.

Weitere Aussichten: Am Dienstag im Süden und Osten gewittrige Regenfälle, nochmals warm, ab Mittwoch allgemein kühler.

Sonnenaufgang am Dienstag: 5.35 Uhr*, Untergang: 21.03 Uhr; **Mondaufgang:** 7.55 Uhr, Untergang: 1.14 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 12. Mai, 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	14	bd
Bielefeld	14	bw
Braunlage	13	bw
Bremen	13	bd
Dortmund	14	bw
Dresden	18	bd
Düsseldorf	14	bw
Erfurt	18	bw
Essen	13	bw
Feldberg/S.	8	Ne
Flensburg	12	bd
Frankfurt/M.	19	be
Freiburg	17	bw
Garmisch	17	bd
Greifswald	16	bw
Hamburg	14	bd
Hannover	14	bw
Kahler Asten	8	bw
Kassel	16	bw
Kempten	13	bw
Kiel	12	bd
Koblenz	17	bw
Köln-Bonn	14	bw
Konstanz	14	R
Leipzig	17	bw
List/Sylt	10	bw
Lübeck	14	bw
Mannheim	20	bw
München	14	Rs
Münster	13	Rs
Norderney	12	bd
Nürnberg	18	bw
Oberstdorf	15	R
Passau	18	bw
Saarbrücken	15	bw
Stuttgart	17	bw
Trier	16	bw
Zugspitze	-1	S

Ausland:		
Algier	23	wl
Amsterdam	13	be
Athen	22	be
Barcelona	20	wl
Belgrad	19	be
Bordeaux	18	be
Bozen	23	bw
Brüssel	14	bw
Budapest	19	bw
Bukarest	20	bw
Casablanca	32	wl
Dublin	13	bw
Dubrovnik	21	be
Edinburgh	12	bw
Faro	27	wl
Florenz	22	wl
Genf	18	bw
Helsinki	11	bw
Hongkong	25	Gw
Innsbruck	18	bw
Istanbul	17	be
Kairo	27	wl
Klagenfurt	21	be
Konstanza	19	bw
Kopenhagen	13	bw
Korfu	23	be
Las Palmas	21	be
Leningrad	6	bd
Lissabon	25	wl
Locarno	23	bw
London	14	bw
Los Angeles	15	bd
Luxemburg	14	be
Madrid	24	be
Mailand	22	be
Malaga	24	wl
Mallorca	22	wl
Moskau	12	wl
Neapel	24	be
New York	11	be
Nizza	18	be
Oslo	9	Sp
Ostende	12	bw
Palermo	21	be
Paris	14	bw
Peking	19	bw
Prag	15	bd
Rhodos	23	be
Rom	23	wl
Salzburg	18	bd
Singapur	31	bw
Split	21	be
Stockholm	9	R
Straßburg	20	be
Tel Aviv	21	be
Tokio	22	be
Tunis	23	be
Valencia	26	wl
Varna	17	Rs
Venedig	21	be
Warschau	18	be
Wien	19	be
Zürich	15	bd

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Was Beckenbauer aufs Brot schmiert

Die Schwierigkeiten der Fußball-Nationalmannschaft mit den „offiziellen Ausrüstern"

CHRISTIAN GEYER, Köln

Der Countdown für die Fußballweltmeisterschaft in Mexiko läuft. Die Sportbegeisterten unserer Republik zählen täglich mit. Noch 23 Tage bis zum ersten Spiel der Deutschen gegen Uruguay. Eine Woche fehlt noch bis zum Abflug der Kicker, und in drei Tagen bereitet eine Vorhut des DFB in Mexiko die Quartiere vor.

Doch das Zählen allein schafft noch kein Wir-Gefühl. Echte Solidarität nimmt Anteil am Alltag unserer Spieler, weiß um ihren Lieblingssänger Peter Maffay und kennt Rummenigges Spezialgericht, die Seezunge. Freilich, Seezunge läßt sich nicht täglich essen, und sei die Fußballiebe noch so groß. Der WM-Fiebrige ist deshalb dankbar, wenn er in diesen Tagen auf preiswerten Nahrungsprodukten die Aufschrift entdeckt: „Offizieller Lieferant der deutschen Nationalmannschaft." Denn die Gelegenheit, sportlichen Gemeinsinn auch beim Essen zu zeigen, will er sich nicht entgehen lassen. So greift er entschlossen zu der Nuß-Nougat-Creme, die offenbar auch Beckenbauer sich aufs Butterbrot schmiert. Und kauft bereitwillig jene Bonbons, die Nationalspieler laut Verpackung in der Halbzeit lutschen.

Was der solidarische Fußballfan nicht wissen kann: Die verlockende Produktaufschrift hält nicht unbedingt, was sie verspricht. Zwar verkaufen die DFB-Wirtschaftsdienste nach Angaben ihres Geschäftsführers Goetz Eilers „glaubwürdigen Firmen" den Werbetitel – „doch das heißt noch gar nichts", sagt Mannschaftskoch Fritz Westermann gegenüber der WELT. „Die Interessen der Wirtschaftsdienste sind oft ganz andere als unsere vom Spielbetrieb."

Westermann möchte die Produkte bestimmter „offizieller Ausrüster" in Mexiko am liebsten erst gar nicht auf dem Tisch sehen. „Manche werden von den Spielern sowieso nicht angerührt, weil sie ihnen einfach nicht schmecken. Andere kann ich aus gesundheitlichen Gründen nicht empfehlen". Der Geschmack der Mannschaft geht an den Produkten der „Hoflieferanten" geradeweg vorbei. Teamchef Beckenbauer bevorzugt Steinpilze mit Semmelknödeln, Karl-Heinz Förster böhmische Knödel mit Kraut, und Wolfgang Funkel ißt am liebsten Rouladen.

Das offizielle Mineralwasser jedoch hebt der Koch wegen seines hohen Mineraliengehaltes lobend hervor: „Das sollte man am besten auch zum Zähneputzen benutzen; denn im mexikanischen Wasser lauert Montezumas Rache."

Wenn Spanier sich Rodriguez nennen

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Die Zentrale hat immer recht", sagte schon Kurt Tucholsky. Mit dieser Weisheit werden sich die Spanien-Korrespondenten trösten, wenn es Ende Juni dieses Jahres bei den Wahlen in diesem Land wieder um spanische Namen geht.

Ein berühmtes Beispiel: Der Chef der Opposition heißt Fraga Iribarne. Muß der Redakteur in der deutschen Zentrale kürzen, streicht so mancher den Namen Fraga, weil er ihn für den Vornamen hält. Aber das ist er nicht, der lautet Manuel.

Wenn man dem Politiker aber einen Brief schreibt, dann heißt die Anrede korrekt: Señor Don Manuel Fraga Iribarne. *Señor – Herr – ist jeder Mann.* Aber nur einer unter 40 Millionen Spaniern führt Señor als Titel: der König. Das Protokoll wertet dies genauso wie die Anrede Majestät.

Ein Don im Kaufhaus

Don war einst der Titel der Noblesse. Noch Christoph Kolumbus ließ sich diesen Titel von seinen Königen extra bestätigen. In der modernen Hierarchie der Ministerien und Kaufhäuser ist man Don vom Abteilungsleiter aufwärts. Aber immer nur mit dem Vornamen verbunden.

Neben seinem Vornamen führt jeder Spanier zwei Nachnamen, den ersten des Vaters und den ersten der Mutter. So steht es auf seiner Kennkarte. Ins Deutsche übertragen: Wenn Lieschen Müller Kurt Birnbaum heiratet, bleibt sie weiter Lieschen Müller. Ihre Tochter aber hieße Beate Birnbaum Müller. Und wenn Beate Herrn Krause heiratet und keine Pille nimmt, dann hießen ihre Kinder mit Nachnamen Krause Birnbaum. Ohne Bindestrich.

Nun läßt man im Umgangston den zweiten Nachnamen meistens weg. So heißt die Ehefrau des spanischen Ministerpräsidenten Felipe González der Einfachheit halber Carmen Romero (nach ihrem Vater), offiziell angesprochen wird sie aber als Doña Carmen. Nur in ihrem Trauschein erscheint: verheiratet mit Felipe González Marques, denn so heißt ihr Mann mit vollem Namen. Seine Frau Carmen aber erscheint nirgendwo unter dem Namen Carmen González.

Den Vorteil dieses Systems entdeckten die Herren „Rodriguez". So nennt man in Madrid jeden Strohwitwer, der während der Sommerferien, die hier mehr als zwei Monate dauern, wegen der Arbeit zu Hause bleiben muß, während seine Familie zu den Großeltern aufs Dorf oder eben nach Marbella fährt. Zu dieser Zeit nennt sich der Señor Gomez gelegentlich Rodriguez, weil er sich unter diesem häufigen Namen in das Hotelregister einträgt – wenn er mal mit seiner Sekretärin verreist. Beide könnten übrigens auch ihre Ausweise vorzeigen, denn aus ihnen geht bestenfalls hervor, daß sie verheiratet sind – aber nicht, wer mit wem.

Vom Vater auf den Sohn

Beim Adel gehört der Titel nicht zum Namen. So gibt es die Geschichte hindurch immer nur einen Herzog Alba. Der Titel vererbt sich vom Vater auf den Sohn oder die Tochter oder einen nahen Verwandten. Zur Zeit also gibt es nur eine Herzogin Alba, Cayetana mit Vornamen, wie ihre Urgroßmutter, von der die Familie offiziell immer noch nicht wissen will, daß sie einst die Geliebte Goyas war. Mit Namen aber heißt sie: Maria del Rosario Cayetana Fitz James Stuart y Silva. Danach folgt im „spanischen Gotha" eine halbe Seite mit Titeln, von denen zwölf mit dem Grande de España verbunden sind. Ihre Kinder aber nennen sich ebensowenig Herzog und Herzogin wie ihr Mann, der Herzogsgemahl Jesus Aguirre y Ortiz. (SAD)

LEUTE HEUTE

Unter Tränen

Einen Kimono zu tragen, will gelernt sein. Das mußte am Wochenende auch **Lady Diana** erfahren. Während einer Gartenparty in der alten Kaiserstadt Kyoto mußten die japanischen Gastgeber selbst Hand anlegen, um dem Gewand den richtigen Faltenwurf zu geben (Foto). Gestern besuchte sie an der Seite ihres Mannes **Prinz Charles** in Tokio ein Turnier der schwergewichtigen Sumo-Ringer. Von der Loge aus betrachtete sie eher gelangweilt die fetten, fast nackten Männer. Rund 100 000 Japa-



ner, die meisten davon weibliche Teenager, schrien sich heiser, als das britische Thronfolgerpaar dann in einer offenen Limousine durch das Zentrum fuhr. „Diana, Diana" riefen sie bis zur Erschöpfung und versicherten sich gegenseitig unter Tränen: „Ich hab sie gesehen." 4500 Beamte waren eingesetzt, um die Menge mit scharfen Blicken zu mustern und mögliche Attentäter rechtzeitig überwältigen zu können. Zu Dianas persönlichem Schutz aber wurde der 36 Jahre alte Inspektor **Koichi Shigenobu** beordert. Er gilt als „Japans schönster Polizist" und hat noch einen anderen Vorteil: Mit 1,81 Metern überragt er die meisten seiner Landsleute weit und braucht auch zur Prinzessin nicht aufzublicken.

ZU GUTER LETZT

„Da jedoch der stille Gesellschafter niemals im Handelsregister eingetragen wird, insbesondere dann nicht, wenn es sich um einen typisch stillen Gesellschafter handelt ..." (Aus: Dieter Schulze zur Wiesche, Die GmbH & Still, eine alternative Gesellschaftsform). Aufgespießt im Berliner Anwaltsblatt.